Nr. 68. 28. Jahrg.

**Abonnements-Bedingungen:**
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Die Insertions-Gebühr**
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 21. März 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Würdelos und verblendet!

Die Geschäftsordnungskommission des preußischen Abgeordnetenhauses hat am Montag den Antrag auf Einstellung des gegen unseren Genossen Liebknecht vor dem Ehrengericht der Anwaltkammer schwebenden Verfahrens abgelehnt und dadurch einen Bruch mit der seit Jahrzehnten geübten Praxis herbeigeführt, einer Praxis, die auch der Reichstag ständig verfolgt.

Nach Artikel 84 der Verfassungsurkunde wird jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied der Kammer und eine jede Untersuchungs- und Zivilhaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben, wenn die betreffende Kammer es verlangt. Das ist auch bisher immer anstandslos geschehen. Nicht nur Strafverfahren, sondern auch Disziplinarverfahren gegen Beamte sind auf Verlangen des Landtags oder Reichstags stets eingestellt worden. Mit dem Fall eines ehrengerichtlichen Verfahrens gegen einen Rechtsanwalt freilich hatte sich das Abgeordnetenhaus noch niemals zu befassen gehabt; nur im Reichstage hat sich im Jahre 1886 ein Präzedenzfall ereignet, aber die Rechtsfrage ist dabei nicht zur Sprache gekommen.

Die Geschäftsordnungskommission hatte also zunächst zu prüfen, ob der Artikel 84 auch auf ehrengerichtliche Verfahren gegen Rechtsanwälte Anwendung findet. Der Berichterstatter bejahte diese Frage; ihm schloß sich der Vertreter des Justizministers an, und nicht ein einziges Mitglied der Kommission vertrat den entgegengesetzten Standpunkt. Man hätte also erwarten können, daß die Kommission ohne weitere Debatte die Einstellung des Verfahrens beschließen würde. Aber man wollte es offenbar auf eine Machtprobe ankommen lassen. Der konservative Redner, der ausdrücklich zugab, daß es sich um ein Strafverfahren im Sinne der Verfassung handle, betonte die Notwendigkeit, die bisherige Praxis zu verlassen und in jedem einzelnen Falle zu prüfen, ob die Einstellung des Verfahrens am Platze ist. Speziell im vorliegenden Falle verneinte er, daß eine Veranlassung vorliege, von der dem Landtage gegebenen Befugnis Gebrauch zu machen. Dieser Standpunkt ist um so verwunderlicher, als die Parlamente bis auf den heutigen Tag nicht nur alle Strafverfahren auf Antrag der Beteiligten zu suspendieren gewohnt sind, sondern sogar Abgeordneten, die den Wunsch aussprachen, daß ein Verfahren gegen sie seinen Fortgang nimmt, Schwierigkeiten gemacht haben. Der konservative Redner protestierte gegen den angeblichen Mißbrauch, das, was die Verfassung als Ausnahme gedacht habe, gedankenlos als Regel hinzustellen, er bezog sich auf einen Kommissionsbeschluß aus dem Jahre 1853, wonach es 1. nicht Aufgabe der Kammer sei, zu prüfen, ob eine Anklage begründet ist, oder nicht, 2. der Artikel 84 der Verfassung kein absolutes Privileg der Kammermitglieder begründe, während der Dauer der Sitzungsperiode der Untersuchung entzogen zu werden, 3. der Artikel 84 den Kammern vielmehr nur die Befugnis gebe, ihre Mitglieder nur dann solchen Untersuchungen vorübergehend zu entziehen, wenn sie die Aufschiebung der Untersuchung im Interesse der auch in dieser Richtung zu sichernden vollen Wirksamkeit der Volksvertreter liegend finden, und 4. die im Artikel 84 vorgesehene Sistierung des Strafverfahrens während der Session der Natur der Sache nach nur dann eintreten dürfe, wenn ganz überwiegende Gründe dafür vorliegen. Der Fall, auf den sich der konservative Redner bezog, war der Fall des Abg. Lette. Allerdings hat die Kommission damals in Betracht gezogen, daß der Gerichtshof für das dem Abg. Lette zur Last gelegte Vergehen sich am Orte befindet, und daß der Angeklagte daher in dem einzuleitenden Verfahren nicht durch Reisen seinem Beruf entzogen würde, aber andererseits hatte der Abg. Lette selbst gewünscht, daß dem Verfahren kein Aufschub gegeben werde. Etwas anders lag der Fall Lette also doch als der Fall Liebknecht, und dazu kommt — worauf immer und immer wieder hingewiesen werden muß — die Praxis des Landtages in den letzten Jahrzehnten.

Einige Bemerkungen des konservativen Redners veranlaßten unseren Genossen, der als Vertreter der Antragsteller zu der Sitzung hinzugezogen war, zu der Erklärung, daß der Wunsch auf Einstellung des Verfahrens nicht etwa von Liebknecht ausgehe, sondern daß sich vielmehr die Fraktion aus eigenem Antriebe und gegen das anfängliche Sträuben von Liebknecht zur Einbringung des Antrages entschlossen habe, und zwar aus prinzipiellen Gründen im Interesse der Würde des Parlaments.

Ein nationalliberales Mitglied schloß sich dem konservativen Redner an, gab aber zu bedenken, ob es politisch klug sei, in diesem Falle den Antrag abzulehnen; man erteile Liebknecht dadurch die Rolle eines Märtyrers, und man wisse ja, wie ein solcher Beschluß ausgebeutet werde. Lediglich aus diesen rein praktischen und politischen Gründen, um Liebknecht nicht die Rolle des Märtyrers zu erteilen, bitte er, dem Antrag zuzustimmen.

Dem konservativen Redner traten auch zwei Zentrumsangehörige bei, die beide zu bestreiten suchten, daß es sich hier um ein Präjudiz handele, da das Abgeordnetenhaus ja erst kürzlich die Vernehmung eines Abgeordneten als Zeugen außerhalb gegen dessen Willen beschlossen haben. Demgegenüber betonte das fortschrittliche Mitglied mit Fug und Recht, daß zwischen der Vernehmung eines Abgeordneten als Zeugen und zwischen der Strafverfolgung eines Abgeordneten ein himmelweiter Unterschied bestehe. In den letzten Jahrzehnten sei jedes Verfahren auf Wunsch des betreffenden Abgeordneten eingestellt worden, der jetzt vorliegende Fall sei nicht dazu angetan, einer langjährig geübten Praxis zu widersprechen. Im übrigen sei doch nicht nur die Frage maßgebend, ob ein Mitglied des Hauses verhindert werde, an einer Sitzung teilzunehmen, sondern es sei vielmehr die ganze Stellung des Abgeordneten maßgebend.

Besonders bemerkenswert waren die Ausführungen des freikonservativen Redners, der der Ansicht Ausdruck gab, daß die Kommission zwar auf die Schuldfrage nicht eingehen könne, daß sie aber prüfen müsse, ob es sich um einen schweren oder leichten Fall handle. Hier handle es sich tatsächlich um einen schweren Fall. Stelle es sich später heraus, daß das Verfahren Liebknecht so in Anspruch nahm, daß seine parlamentarische Tätigkeit dadurch gestört werde, so werde ja eine Nachprüfung des Falles stattfinden können. Zurzeit müsse er verneinen, daß Liebknecht in der Ausübung seiner parlamentarischen Tätigkeit durch das Verfahren gestört werde.

Hierauf wurde gegen die drei Stimmen des Nationalliberalen, des Fortschrittlers und des Polen der Antrag auf Einstellung des Verfahrens abgelehnt!

Wir sind der Kommission deshalb nicht böse, im Gegenteil, wir freuen uns, daß es uns so leicht gelungen ist, durch unseren Antrag auf Kommissionsberatung sie zur Enthüllung ihrer wahren Absichten zu bewegen. Tritt das Plenum, wie zu erwarten ist, dem Antrage bei, so hat das Abgeordnetenhaus damit wieder einmal gezeigt, daß politischer Haß und politische Verblendung, nicht aber Rechtsgründe für sein Tun maßgebend sind.

Interessant ist übrigens die Mitteilung des Regierungsvertreters, daß das Verfahren seinen Ausgang genommen hat von einer Eingabe, die ein Rechtsanwalt in Berlin im Oktober vorigen Jahres an den Justizminister gerichtet hat mit dem Antrage, gegen Liebknecht wegen seines Auftretens auf dem Magdeburger Parteitag einzuschreiten. Hoffentlich gelingt es noch, den Namen dieses Denunzianten festzustellen. Vielleicht beschäftigt sich auch das Ehrengericht der Anwaltskammer einmal mit der Frage, ob es nicht gegen einen solchen Burschen, der sich so gemeiner Waffen gegen politische Gegner bedient, einschreiten soll. Der Justizminister hat — auch das ist charakteristisch — die Eingabe weitergegeben an den Oberstaatsanwalt des Kammergerichts mit dem Auftrage, zu prüfen, ob Veranlassung vorliegt, ehrengerichtlich oder strafrechtlich einzuschreiten. Der Oberstaatsanwalt hat dann als unmittelbarer Beauftragter des Justizministers alle weiteren Schritte unternommen, er hat sich u. a. an den Oberreichsanwalt gewandt, und dieser hat sich dahin geäußert, daß er keinen Anlaß zum Einschreiten habe. In gleichem Sinne hat sich der Oberstaatsanwalt in Naumburg in Uebereinstimmung mit dem Ersten Staatsanwalt in Magdeburg geäußert, und zwar ist letzterer davon ausgegangen, daß, soweit es sich um eine Beleidigung des Zaren handelt, ein Strafverfahren nicht stattfinden könne, weil kein Strafantrag vorliegt, ganz abgesehen davon, ob der Gegenseitigkeitsvertrag mit Rußland verbürgt sei.

Wie bereits bemerkt, sind wir unseren politischen Gegnern dankbar für den guten Agitationsstoff, den sie uns geliefert haben. Daß wir ihn nach Kräften ausnutzen werden, dessen können sie sicher sein. Der Schlag, zu dem sie ausholen, indem sie sich als Helfershelfer des Justizministers aufspielen, wird, soweit es sich um Liebknecht handelt, ein Schlag ins Wasser bleiben. Der Sozialdemokratie aber wird er nutzen, und so wird sich der preußische Landtag auch diesmal als der beste Agitator für die Sache des Sozialismus erweisen.

## Ein Jubiläum.

(Zum 21. März 1911.)

Heute vor vierzig Jahren wurde der am 3. März 1871 gewählte erste Deutsche Reichstag des neuerrichteten Deutschen Reichs eröffnet. Allzugroß war das Interesse der neugebackenen deutschen Staatsbürger bei den ersten Wahlen zum Reichsparlament nicht gewesen. Von 7 656 273 Wahlberechtigten hatten nur 3 884 803 abgestimmt, ungefähr die Hälfte. Beinahe ein Drittel aller abgegebenen Stimmen (1 176 615) entfielen auf die nationalliberale Partei, 724 837 auf das Zentrum, 549 661 auf die Konservativen, 342 409 auf die Fortschrittspartei, 273 857 auf die (seit 1877 verschwundene) Liberale Reichspartei, 176 342 auf die Polen und 124 655 auf die Sozialdemokraten. Der Rest verteilte sich auf Welfen, Süddeutsche Volkspartei, Dänen, Partikularisten usw. Schon bei dieser ersten Wahl machte sich der Mangel des Proporzes, d. h. die Verteilung der Abgeordnetenzahl nach Maßgabe der abgegebenen Stimmen auf die einzelnen Parteien geltend. Beispielsweise konnten die Welfen mit 52 341 Stimmen 5, die Polen mit 176 342 Stimmen 13 Abgeordnete entsenden, während auf die Sozialdemokraten bei 124 655 Stimmen nur 2 Abgeordnete entfielen. Dieses Unrecht hat sich die ganzen 40 Jahre hindurch erhalten und von Wahl zu Wahl noch verschärft, vornehmlich zuungunsten der Sozialdemokratie, die schon bei den Wahlen 1890 nach der Höhe der auf sie entfallenen Stimmenzahl an die Spitze aller übrigen Parteien trat, in der Mandatsziffer aber bis heute aufs schwerste benachteiligt wurde.

Von den 382 Abgeordneten, die der erste Reichstag zählte — Elsaß-Lothringen wählte erst 1874 mit — sind nur zwei übriggeblieben, die heute noch dem Hause angehören. Es sind dies unser Genosse Bebel und der Zentrumsabgeordnete Lender. Genosse Bebel wurde vom 17. sächsischen Reichstagswahlkreise (Glauchau-Meerane), den er schon im Norddeutschen Reichstage von 1867—1870 vertreten hatte, gewählt und hat mit Ausnahme einer kurzen Unterbrechung (1881—1883) dem Reichstage ständig angehört, jetzt also eine 42jährige Abgeordnetentätigkeit hinter sich. Der Abgeordnete Lender, der seit 39 Jahren in dem badischen Dörfchen Sasbach bei Achern als Pfarrer amtiert, wurde im 8. badischen Reichstagswahlkreise (Rastatt-Baden) gewählt und hat diesen Kreis 40 Jahre hindurch ununterbrochen vertreten.

Von den Parteiführern aus der ersten Legislaturperiode, die damals im Vordertreffen des parlamentarischen Kampfes standen, gehört nur Bebel dem Reichstage heute noch an. Die bedeutendsten Führer des Liberalismus, wie Lasker, Stauffenberg, Marquardsen, Benda, Bamberger, Bennigsen, Miquel und Richter, die streitbaren Zentrumsmänner Windthorst, Franckenstein, die beiden Reichensperger und Lieber sind alle zu ihren Vätern versammelt, zuletzt Graf Ballestrem, der 1872 in den Reichstag einzog und sofort im Kulturkampfe eine bedeutende Rolle spielte. Auch von den konservativen Führern ist aus der Zeit der ersten Reichstagssession keiner mehr auf dem Plane; als letzter schied v. Kardorff aus, der von 1868 bis Ende 1906 dem Reichstage ununterbrochen angehört hatte.

Außer Bebel befinden sich unter den heutigen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten noch fünf, die, wenn sie auch nicht von Beginn an im Deutschen Reichstage gesessen haben, doch auf eine mehr als fünfundzwanzigjährige parlamentarische Tätigkeit im Reichsparlament zurückblicken können: Dietz, Frohme, Stolle und Vollmar, die sämtlich 1881 in den Reichstag hineingewählt wurden, und ferner Genosse Geyer, der zuerst 1886 als Abgeordneter das hohe Haus betrat.

Von parteigenössischen Abgeordneten, die zwar zurzeit dem Reichstage nicht angehören, aber eine lange parlamentarische Tätigkeit hinter sich haben und sicher bei den nächsten Reichstagswahlen das ihnen 1907 bei den Hottentottenwahlen verloren gegangene Mandat zurückerobern werden, dürfen die Genossen Blos und Bock nicht unerwähnt bleiben. Genosse Blos wurde 1877 als kaum Siebenundzwanzigjähriger für Reuß ä. L. (Greiz) in den Reichstag gewählt. Bei den Attentatswahlen 1878 unterlag er dort, hatte aber 1881 den Kreis wieder, vertrat dann 1884—1887 und 1890 bis 1906 Braunschweig, wo er bei den bevorstehenden Wahlen wieder kandidiert. Genosse Bock trat 1884 in den Reichstag ein, wo er Gotha bis 1887 vertrat. 1890—1893 vertrat er Magdeburg, 1893 bis 1906 wieder Gotha, das uns bei den nächsten Wahlen wieder zufallen muß.

In den vierzig Jahren seit Bestehen des Deutschen Reichstages haben 148 sozialdemokratische Abgeordnete 102 Wahlkreise, also mehr als ein Viertel aller Reichstagswahlkreise vertreten. Hierzu wären noch der Abgeordnete Schraps zu zählen, der nach seiner Wahl 1871 den Demokraten beitrat, und Johann Jacoby, der 1874 in Leipzig-Land gewählt wurde, die Wahl aber ausschlug. Unter Hinzurechnung der im Norddeutschen Reichstage vertreten gewesenen Abgeordneten unserer Partei, die später aus ihr schieden und mit Ausnahme von Ferd. Göz nicht wieder in den Reichstag gewählt wurden, hat die deutsche Sozialdemokratie seit ihrem Bestehen 155 Abgeordnete in den Reichstag entsandt.

* * *

Einen eigenartigen Artikel leistet sich Herr Georg Oertel in der „Deutschen Tageszeitung" zur Jubiläumsfeier des Reichstages. Er räsonniert über die Untauglichkeit des Reichstagswahlrechts und die politische Verrohung der ärmeren Volksschichten:

„Das allgemeine, gleiche, geheime und unmittelbare Wahlrecht bringt es mit sich, daß die Wahlen selbst immer gröbere Formen annehmen. Man bedient sich in immer weiteren Kreisen der brutalen Mittel, die man mit dem Gesamtausdrucke des Amerikanismus bezeichnet. An die Stelle der ruhigen Aufklärung tritt mehr und mehr die unmittelbare Einwirkung auf den Wähler, die sich an die Leidenschaft und an niedrige Instinkte wendet. Böse Beispiele verderben gute Sitten. Die Versammlungen sind immer stürmischer geworden. Sprengungen sind nichts Ungewöhnliches mehr. Man hat ein wirklich künstliches System der Sprengungen erfunden. Die Versammlungsfreiheit wird durch den Mob illusorisch gemacht. Bedrohungen der Redner sind nicht selten, ja Gewalttätigkeiten waren zu verzeichnen. Man behauptet, daß die politische Bildung der Wählermassen fortschreite. Das ist schwer zu glauben, wenn man hört und erlebt, wie die Verrohung der Masse zunimmt. Hält diese Entwicklung an, so wird sich schließlich kein Mann, der auf sich hält, in die schmutzigen Wogen eines Wahlkampfes stürzen wollen. Das ist der Fluch des Radikalismus, der sich mit einer nach dem Fallgesetze zunehmenden Geschwindigkeit auf der schiefen Ebene fortbewegt."

Daß die Agrarkonservativen auf den Deutschen Reichstag und das Reichstagswahlrecht schlecht zu sprechen sind und das preußische Dreiklassenhaus als die höchste Stätte politischer Bildung betrachten, ist begreiflich; denn das Reichstagswahlrecht hat nicht gehalten, was sie sich von ihm versprochen haben. Sie glaubten, durch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht dem Liberalismus ein Gegengewicht bieten und ihn dadurch niederhalten zu können; die ärmeren unterdrückten Volksschichten haben aber längst gelernt, dieses Wahlrecht im eigenen Interesse zu gebrauchen und sozialdemokratisch zu wählen. Dafür, daß sie sich der konservativen Bevormundung entzogen haben, werden sie heute von den Wortführern des Junkeriums der Verrohung und der Unmoral geziehen. Von

ihrer einstigen Vorliebe für das „konservativste" und „antiplutokratische" Reichstagswahlrecht sind die Junker und ihre bäuerliche Gefolgschaft wieder zu den Wahlrechtsidealen des jüdischen Renegaten und feudalen Staatsrechtsphilosophen Friedrich Julius Stahl zurückgekehrt, der neben einem größtenteils vom Monarchen ernannten Herrenhaus eine zweite ständische Kammer verlangte, in der durch die Art des Stimmrechts dem ländlichen Grundbesitz zwei Drittel aller Sitze gesichert würden.

## Klassenjustiz in Köln!

Das Kölner Schwurgericht hat am Sonnabendabend in dem Deutzer Landfriedensbruchprozeß ein ungeheuerliches Urteil gefällt. Es hat sämtliche Schuldfragen nach Landfriedensbruch und die Annahme mildernder Umstände bejaht. Das Gericht hat darauf auf insgesamt 23 Jahre und zwei Monate Gefängnis gegen die 15 Angeklagten erkannt. Im einzelnen betrugen die Strafen gegen den Gewerkschaftsbeamten Fröhlich 2 Jahre 7 Monate, gegen Schulz 1 Jahr 9 Monate, Peltzer 1 Jahr 9 Monate, Uelpenich 1 Jahr 6 Monate, Priester 6 Monate, Kubitza 1 Jahr, Küpper 1 Jahr 3 Monate, Emil Müller 9 Monate, Bersheim 7 Monate, Wechsler 1 Jahr 6 Monate, Ziemendorf 1 Jahr 3 Monate, Dörks 9 Monate, Strunden 1 Jahr 6 Monate, Jacob Müller 1 Jahr 6 Monate und Dipper 6 Jahre Gefängnis.

Empörend ist die Verurteilung insbesondere des Gewerkschaftsbeamten, Genossen Fröhlich, dessen völlige Schuldlosigkeit in der einwöchigen Verhandlung erwiesen ist. Eine große Reihe von Zeugen haben bekundet, daß Fröhlich stets, insbesondere aber auch in diesem Fall, außerordentlich besonnen vorgegangen sei. Vor dem Streik hat er darauf hingewiesen, daß es keine Kleinigkeit sei, zu streiken, denn es seien viele Unorganisierte da. Als der Streik dennoch einstimmig beschlossen wurde, hat er gewarnt, Alkohol zu trinken und dringend gebeten, nicht zuviel an der Baustelle zu stehen und der Polizei aus dem Wege zu gehen. Selbst der Leiter der christlichen Gewerkschaft, Becker, konnte dem Genossen Fröhlich nur das beste Zeugnis ausstellen und erklären, daß auch nach seiner Ueberzeugung der Unternehmer Tarifbruch begangen hatte. Ein Arbeitswilliger, Bertram, bekundete, es sei nicht wahr, daß Fröhlich ihn irgendwie mit Gewalttätigkeiten bedroht habe. Im Gegenteil: in anständiger Weise habe Fröhlich vor dem Zusammenstoß zwischen Polizei und Arbeitern ihn gefragt, warum er Streikbrecher spiele. Fröhlich sei stets, auch nach dem Zusammenstoß, zu ihm anständig gewesen und habe ihn gebeten, nicht in die Wirtschaft zu gehen, in der die Streikenden saßen. Hätte jeder so anständig geredet wie Fröhlich, dann hätten sie auch die Arbeit niedergelegt. So das Zeugnis eines als Hauptbelastungszeugen der Anklage vorgeführten Mannes. An dem Zusammenstoß zwischen Polizei und Arbeitern hat Fröhlich sich nicht beteiligt. Dennoch verlangte der Staatsanwalt ein Schuldig wegen Bedrohung und wegen Anstiftung zum Landfriedensbruch. Und worauf baut sich dies Verlangen auf? Auf dem Zeugnis eines achtmal wegen Betruges vorbestraften Arbeitswilligen namens Hauptmann! Zurzeit verbüßt dieser Kronzeuge der Staatsanwaltschaft zehn Monate wegen Betruges und Unterschlagung. Dieser Kronzeuge — und nur er — bekundete, Fröhlich habe gedroht, den Arbeitswilligen würden die Knochen zerschlagen werden, wenn sie weiter arbeiten. Ein Antrag der Verteidigung, einen Schutzmann darüber zu vernehmen, daß Hauptmann auch ihn wissentlich falsch angeschuldigt habe, wurde vom Gericht für „unerheblich" abgelehnt. Die Aussage eines solchen Zeugen reichte aus, um gegen einen ehrenhaften Mann ein Schuldig auszusprechen, das im krassesten Gegensatz zu den Bekundungen aller anderen Zeugen stand!

Möglich wurde der ungeheure Fehlspruch dadurch, daß, wie wir bereits in dem Bericht vom 9. d. M. hervorgehoben haben, die Geschworenen lediglich der Unternehmerklasse angehörten und daß die Anklage eine Behauptung gegen Fröhlich aufstellte, die in der Verhandlung als unwahr sich herausstellte. Es hatte nämlich die Anklage behauptet, Fröhlich habe ein Interesse am Streik, denn er bekomme für jeden Tag eine Streikzulage von vier Mark. Die Beweisaufnahme ergab, daß an diesem schmutzigen Anwurf nicht ein Atom Wahres sei. Fröhlich bekommt so wenig wie irgend ein anderer Gewerkschaftsbeamter trotz der erheblichen Arbeit, die ein Streik ihm verursacht, irgendeine Zulage. Im Gegenteil wurde erwiesen: Fröhlich hat wiederholt bei Streiks selbst Opfer gebracht, auf einen halben Monatslohn z. B. zugunsten der Streikkasse verzichtet. Der Staatsanwalt ließ freilich nach diesem Ergebnis der Beweisaufnahme diese schmähliche Behauptung fallen. Aber die Aufstellung einer solchen Behauptung, die bei umsichtiger Führung der Voruntersuchung als eine elende Lüge schon vor Erhebung der Anklage in sich hätte zusammenbrechen müssen, hatte Stimmung gegen den Angeklagten gemacht. Dazu kamen dann von dem Staatsanwalt unerwiesene aber mit um so kräftigerer Stimme vorgetragene Behauptungen über einen Terrorismus des Verbandes. Das und die Auswahl der Geschworenen wie die Art der Leitung des Prozesses hat den Schuldspruch gegen einen erwiesen Unschuldigen zuwege gebracht.

Mit Recht führte der Verteidiger an, daß mehr als zweifelhaft sei, ob überhaupt ein Landfriedensbruch vorlag. Polizeibeamte haben, wie die Verhandlung ergab, in einer Reihe von Fällen völlig Unbeteiligte, ruhig ihres Weges Gehende mit Säbeln traktiert. Bei einem Angriff auf Arbeiter ist einem Polizeibeamten Kassel der Säbel entrissen. Der Angeklagte Dipper will, selbst von mehreren Polizeisäbeln bedroht, den Säbel ergriffen und in Notwehr gebraucht haben. Der Schutzmann Kassel wurde von einem Säbelhieb getroffen. Er ist nicht an der Folge des erlittenen Schlages, sondern wie die Sachverständigen begutachteten, an der Folge einer Infektion der Wunde gestorben. Und dennoch fünf Jahre Gefängnis gegen den Angeklagten Dipper, dessen Täterschaft zum mindesten zweifelhaft blieb.

Das Empörendste ist aber das Urteil gegen Fröhlich. Aus des Vorsitzenden, Landgerichtsrats Westermann, Verhandlungsweise ging die wenn auch unbewußte Voreingenommenheit dieses Richters gegen die Arbeiter und deren Organisationen klar hervor. Sonst ist beispielsweise die von ihm an Fröhlich gerichtete Frage, warum er sich um den Tarifbruch des Bauunternehmers Tatas kümmere, das gehe ihn doch nichts an, da er doch dort nicht gearbeitet habe, völlig unverständlich. Tatas zahlte statt der tariflichen 58 Pf. Stundenlohn 42 bis 45 Pf. Das gab den Anlaß zum Streik. Während des Streiks wurden Arbeiter in ihrem Recht, Streikposten zu stehen, gehindert. Die überflüssige Heranziehung von Polizisten führte dann zu einem Zusammenstoß, der später juristisch als Landfriedensbruch konstruiert wurde. Man vergleiche gegenüber dieser Anschauung die Anklagen gegen Studenten, die mit vereinten Kräften Sachbeschädigung vornahmen, Polizeibeamte verbläuten, Eisenbahntransporte gefährdeten und schließlich nur wegen groben Unfugs zu Geldstrafen verurteilt wurden. Hier aber über 23 Jahre Gefängnis gegen Arbeiter, die im schlimmsten Falle nicht mehr verbrochen haben als randalierende Studenten!

Und unter diesen Arbeitern verurteilt der Gewerkschaftsbeamte Fröhlich, dessen absolute Schuldlosigkeit die Verhandlung ergeben hatte.

Dieser Fehlspruch der Klassenjustiz schreit danach, daß Geschworene aus allen Teilen der Bevölkerung auf Grund einer allgemeinen Wahl gewählt, nicht aber ernannt werden und in der Regel allein oder überwiegend der Unternehmerklasse angehören. Unter den 28 zur Auslosung bestimmten Geschworenen befanden sich sieben Kaufleute, sechs Fabrikanten, drei Direktoren, drei Architekten, zwei Rentiers, zwei Ingenieure, ein Generalagent, ein Prokurist, ein Ziegeleibesitzer, ein Hauptmann a. D. und ein Landwirt, aber kein einziger der sozialen Stellung der Angeklagten Gleichstehender. Verächtlich meinte das Magdeburger Landgericht in einem Urteil gegen den Schuhmacher Genossen Märtens, ist eine Gesetzgebung, die bestimmt, daß die Geschworenen nur der herrschenden Klasse entnommen werden dürfen. Ist die Wirkung der Art der gesetzlichen Auswahl der Geschworenen minder verächtlich, die zeitigt, daß gerade in Strafprozessen, die aus Anlaß von Arbeitsstreitigkeiten konstruiert werden, lediglich Angehörige der herrschenden Klasse als Geschworene fungieren?

Möglich, daß das Reichsgericht den zum Himmel schreienden Fehlspruch aufhebt und der Freisprechung des unschuldig Verurteilten die Wege bahnt. Möglich, weil insbesondere der Beweis über die moralische Qualität des Kronzeugen der Staatsanwaltschaft abgeschnitten war. Aber sei dem, wie ihm wolle: das Urteil im Deutzer Landfriedensbruchprozeß schreit gebieterisch danach, daß eine Berufung gegen Schwurgerichtsurteile eingeführt wird, und daß bei der demnächst zur Beratung stehenden Strafprozeßnovelle die Anträge angenommen werden, die seitens der Sozialdemokratie zur Organisation der Gerichte gestellt sind.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. März 1911.

### Ueberarbeit im Reichstag.

Aus dem Reichstag, 20. März. Am achten Tage der Beratung des Etats des Innern ergriff Genosse Sachse das Wort, um mit bestimmten Angaben seine früheren Behauptungen von der Vergebung von Darlehen an Wohlfahrtsgesellschaften zu belegen. Er wies darauf hin, daß der Fürst Pleß zwar Geld zu anderen Zwecken habe, seine Beamtenvereine aber zum Reich gehen ließe, wenn sie Unterstützung brauchten.

Beim Kanalamt rügte Genosse Severing, daß die Verwaltung den Ausbau des Nordostseekanals vorzugsweise durch ausländische Arbeiter besorgen lasse, und zwar weil sie billiger zu haben sind als inländische. Wir müßten verlangen, daß Ausländer nur unter den nämlichen Bedingungen beschäftigt würden wie deutsche. Wo bleibe denn da der vielgerühmte Schutz der nationalen Arbeit? Der Geheimrat v. Jonquières behauptete daraufhin, daß geeignete deutsche Arbeiter in genügender Zahl nicht zu bekommen gewesen seien.

Dann gab es weitschweifige Debatten über verschiedene Fragen, in deren Verlauf der Konservative Diederich Hahn in beständigem Kampf mit dem Präsidenten abermals eine agrarische Wahlrede einzuschmuggeln wußte.

Eine wichtigere Auseinandersetzung gab es noch bei den einmaligen Ausgaben zwischen dem Staatssekretär Delbrück und dem Genossen Hoch darüber, ob nach dem Regierungsvorschlage nur 2 Millionen Mark als Darlehen für Baugenossenschaften in den Etat eingesetzt werden sollten oder 4 Millionen wie in früheren Jahren. Hoch wies nach, daß der Staatssekretär sich im Vorjahre so ausgedrückt habe, daß die Baugenossenschaften diesmal die Einsetzung von 4 Millionen hätten erwarten können. Trotzdem wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt.

Mittlerweile war es 8½ Uhr geworden. Der Präsident Spahn wollte noch weiter tagen lassen. Dagegen protestierten die Freisinnigen Wiemer und Mugdan und die Sozialdemokraten Ledebour und Hoch, die auf die unverantwortliche Ueberarbeitung der Mitglieder und der Angestellten hinwiesen und geltend machten, daß wichtige Fragen durch die Fertigstellung des Etats zum 1. April unmöglich werden. Durch Anzweifelung der Beschlußfähigkeit wurde die Vertagung erzwungen.

Morgen kommt die Kalifrage an die Reihe.

### Durchpeitschung des Etats.

Ein mehr als unwürdiges Schauspiel ist es, das sich jetzt täglich in der Prinz-Albrecht-Straße abspielt: in Anwesenheit einer Handvoll Abgeordneter wird unter allgemeiner Unaufmerksamkeit sechs bis sieben Stunden am Tage und drei bis vier Stunden am Abend der Etat beraten. Aber all das, was das Abgeordnetenhaus bisher auf diesem Gebiete geleistet hat, wird übertroffen durch die Beschlüsse vom Montag, denen zufolge wichtige Einzeletats zunächst einmal angenommen werden, daß aber die Debatte darüber bis nach Ostern oder Pfingsten vertagt wird. In dieser Weise verfuhr man zunächst beim Etat der Ansiedelungskommission. Vergebens wies Genosse Hirsch auf den Widersinn eines solchen Vorgehens hin, vergebens beantragte er die Vertagung, die Mehrheit setzte ihren Willen durch. Beim Etat der Bergverwaltung wiederholte sich das Spiel. Der Referent der Budgetkommission beantragte, daß alle Beamten- und Arbeiterfragen aus der Erörterung auszuscheiden hätten, bis der Bericht einer von der Budgetkommission eingesetzten Unterkommission über die Bergwerksverhältnisse vorläge. Wieder erhob namens unserer Fraktion Genosse Hirsch Einspruch, und in der Geschäftsordnungsdebatte, die sich nun entspann, mußten auch verschiedene Redner zugeben, daß es so nicht geht, aber — so sagte man — man sei in einer Zwangslage, der Etat müsse fertig werden. Allseitig wurde verlangt, die Regierung solle in Zukunft den Landtag zeitiger einzuberufen. Diesem Verlangen stimmte auch unser Redner bei, der im übrigen die Vorwürfe der Rechten, daß die Sozialdemokraten die Etatsberatung durch lange Reden aufhielten, scharf zurückwies. Der Antrag des Referenten gelangte zur Annahme, und nun begann die sogenannte Etatsberatung; man redete mancherlei und vertagte sich dann auf den Abend, wo gleichzeitig Plenum und verschiedene Kommissionen arbeiten.

Vorher hatte das Haus den Etat der Generalordenskommission beraten, der dem Abg. Gyßling (Vp.) Gelegenheit gab, über erhebliche Etatsüberschreitungen zu klagen, während Genosse Liebknecht eine Satire auf die Ordensverleihungen zum besten gab und in pointenreicher Rede sich lustig machte über die Bedeutung, die gewisse Schichten den Ordensauszeichnungen beimessen.

•

In der Abendsitzung hielt Genosse Hoffmann beim Bergetat überaus gründliche und wirksame Abrechnung mit der Regierung und den bürgerlichen Parteien. Gestützt auf reiches Material wies er zunächst nach, daß die Einnahmen in künstlicher und gewaltsamer Weise rechnerisch herabgedrückt worden sind, damit die privaten Schlotbarone Recht mit ihrer Behauptung behalten, daß die Staatsbetriebe auf dem Gebiete der Montanindustrie wenig rentabel seien. Diese überaus vorsichtige Veranschlagung der Einnahmen diene auch dem Zwecke, die Geschäftslage derart ungünstig erscheinen zu lassen, daß die Aufbesserung der elenden Löhne der staatlichen Bergproletarier untunlich erscheine. In Wirklichkeit nehme die ganze fiskalische Politik nur Rücksicht auf das Ausbeuterinteresse des privaten Grubenkapitals, das nicht durch höhere Löhne auf den fiskalischen Werken gleichfalls zu Lohnaufbesserungen gezwungen werden wolle. Redner schildert eingehend die traurige Lage der Bergarbeiterschaft im allgemeinen und der fiskalischen Grubensklaven im besonderen. Trotz der allgemeinen Lebensmittelverteuerung seien gewaltige Lohnreduktionen zu verzeichnen. Dabei müßten sich die christlichen Bergarbeiter gefallen lassen, von den Unternehmern an ihre Führer und „Arbeitervertreter" in den Parlamenten verwiesen zu werden, die ja durch ihr Eintreten für Brot- und Fleischwucher und den ganzen Steuerraub die allgemeine Lebensmittelverteuerung mitverschuldet hätten! Auch sonst konnte der sozialdemokratische Redner den „Arbeitervertretern" des Zentrums rücksichtslos die Maske vom Gesicht reißen. Als die gekennzeichneten Zentrumsmannen über die Dauer der Ausführungen Hoffmanns murrten, sprach er ihnen sein ironisches Bedauern darüber aus, daß sie um die Genüsse ihres offiziellen Bierabends kämen, was ihn aber nicht von der Erfüllung seiner parlamentarischen Pflicht abhalten werde. Was unser Redner dann an der Hand zahlloser Einzelfälle an Akten des Terrorismus der Bergbehörden und der christlichen Organisationen festzunageln vermochte, war in der Tat geeignet, den Brust, Imbusch und Konsorten höchstes Unbehagen zu erregen. Herr v. Pappenheim, der Schutzpatron der Schwarzen, wurde denn auch von einem wahren Entrüstungsanfall heimgesucht, der sich volle 5 Minuten lang in fortgesetzten Zwischenrufen Luft machte, ohne daß der sonst so interventionseifrige Präsident Jordan v. Kröcher sich zum Eingreifen veranlaßt gesehen hätte.

Erst nach 2¾ Stunden schloß Genosse Hoffmann seine wuchtige Anklagerede — daß er trotzdem nur in den größten Zügen ein Bild der Leiden und Beschwerden der Bergknappen zu geben vermochte, beweist die Trostlosigkeit der Zustände, in deren volle Tiefe ja nur die Sozialdemokratie hineinzuleuchten wagt.

Den Bericht über die Abendsitzung erhalten unsere Leser in der nächsten Nummer des „Vorwärts".

### Liberale Parteikonferenzen.

Die Liberalen des linken und rechten Flügels haben am Sonntag Ausschußsitzungen abgehalten, um sich über ihre Taktik bei den nächsten Reichstagswahlen zu verständigen — natürlich hinter verschlossenen Türen. Die Zentralvorstände der nationalliberalen Partei und der Fortschrittlichen Volkspartei tagten nämlich gleichzeitig im Reichstage, doch getrennt in verschiedenen Räumen. Da die Sitzungen nicht öffentlich waren, liegen über sie nur die kurzen offiziellen Nachrichten der nationalliberalen und freisinnigen Parteipresse vor.

In der Sitzung des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei vom 19. März 1911 wurde, nach der Meldung der „Nationall. Korresp.", folgende Resolution angenommen:

„Der Zentralvorstand, überzeugt, daß die Parteifreunde im Lande sich des Ernstes der politischen Lage und der Verantwortung bewußt sind, die der bevorstehende schwere Wahlkampf ihnen zuweist, spricht die Erwartung aus, daß die Wahlkreisorganisationen vor der endgültigen Aufstellung von Kandidaten und vor dem Eingehen taktischer Wahlabkommen sich mit dem Geschäftsführenden Ausschuß des Zentralvorstandes ins Einvernehmen setzen. Wird auf Wunsch oder im Einverständnis von Landesorganisationen oder, wo solche fehlen, von Wahlkreisen eine Verständigung mit anderen Gesamtparteien vom Geschäftsführenden Ausschuß herbeigeführt, so sind die hierbei getroffenen Vereinbarungen von den betreffenden Wahlkreisen oder Landesorganisationen als verbindlich anzuerkennen."

Eine eingehende Debatte ergab Einverständnis des versammelten Zentralvorstandes über den Inhalt dieser Resolution und deren Annahme gegen fünf Stimmen. Im Laufe der Diskussion wurde die politische Lage eingehend erörtert. Abgeordneter Bassermann wies darauf hin, daß nach der Haltung des Bundes der Landwirte und der von diesem abhängig gewordenen konservativen Partei, in deren Verhalten und ihrer der nationalliberalen Partei grundsätzlich feindseligen Politik sowie in dem immer enger werdenden Anschluß der Konservativen an das Zentrum die politische Lage gekennzeichnet und gleichzeitig die Richtlinien für die nationalliberale Politik bestimmt sind.

In der Zentralausschußsitzung der Fortschrittlichen Volkspartei erstattete Abg. Fischbeck zunächst Bericht über die Geschäftslage. Dann sprach Abg. Naumann über die nächsten Reichstagswahlen, insbesondere über das Verhältnis zu den Nationalliberalen. Der Redner betonte, daß sich die Einigung der Linksliberalen so gut bewährt habe, wie es auch die größten Optimisten nicht geglaubt hätten. Der Eindruck wirklicher Geschlossenheit sei da, Spaltungsgeist dürfe sich nicht geltend machen. Aus allgemeinen politischen Gründen trat Naumann für eine parteitaktische Verständigung mit den Nationalliberalen bei den nächsten Wahlen ein. Eine größere Zentralisation in der Kandidatenaufstellung hielt Redner für nötig, die Wahlkreise dürften nicht ohne Verständigung mit der Parteileitung vorgehen.

Die Versammlung stimmte diesen Ausführungen zu.

### Zur Psychologie des elsässischen Notabelntums.

In dem Augenblick, in welchem der Reichstag in seiner Kommission über eine Regierungsvorlage berät, welche in Elsaß-Lothringen durch die Einrichtung einer Ersten Kammer und durch die Verhunzung des Wahlrechtes zur Zweiten Kammer dem einheimischen Notabelntum die überlegene Stellung vor der fluktuierenden Arbeiterbevölkerung neu garantieren will, ist ein Brief von doppeltem Interesse, der anläßlich des Todes seines Schreibers dieser Tage bekannt geworden ist. Vor kurzem starb in Straßburg der Vizepräsident des Landesausschusses und Präsident des Staatsrates Landgerichtsrat Dr Gungert. Ein Führender unter dem neuen Regime nach der Annexion Elsaß-Lothringens, eine der stärksten Stützen des Deutschtums, wie man nach seinem Auftreten bei mancherlei Gelegenheit allgemein annahm! Jetzt ergibt sich, daß er als Präsident des Weißenburger Denkmalkomitees einige Zeit nach den Weißenburger Feierlichkeiten, bei welchen bekanntlich auch Frankreich vertreten war, an den Vertreter Frankreichs General Bonnal den folgenden Brief schrieb:

„Straßburg, den 7. Januar 1910. Mit tiefer Bewegung habe ich Kenntnis genommen von der schmeichelhaften Widmung und der soeben eingetroffenen Karte, und ich spreche Ihnen dafür aus vollem Herzen meinen Dank aus. Seit den Weißenburger Festtagen haben Sie selbst urteilen können, wie sehr die Elsässer das Andenken an die vergangenen Zeiten bewahrt haben, und wie ihr Herz noch immer blutet, sich von ihrem alten Vaterlande getrennt zu sehen. Sie haben sich auch Rechnung legen können von den wenig erbaulichen Kämpfen, welche wir mit der kleinmütigen und quälsüchtigen Regierung führen müssen, welche die Entwickelung zu hemmen sucht. Diese Quäle-

seien haben sich bis in die letzten Zeiten fortgesetzt, und sie haben mich bestimmt, der Regierung meine Aemter vor die Füße zu werfen, die ich im Interesse meiner Landsleute angenommen habe. Ich bleibe nur Präsident des Staatsrates und Vizepräsident des Landesausschusses."

Die Tatsache der „kleinmütigen und quälsüchtigen Regierung stimmt, aber ein klein wenig mehr Mannesmut zu Lebzeiten und bei anderen Gelegenheiten als in vertraulichen Briefen würde dem verstorbenen Staatsrat gegenüber dieser Regierung auch nicht übel angestanden haben. Von einer Niederlegung der Aemter des Dr. Gunzert aus solchen Motiven einige Zeit vor dem Lebensende war in der Oeffentlichkeit niemals etwas bekannt geworden, nur fiel es auf, daß bei den Begräbnisfeierlichkeiten die Regierung nicht in der üblichen Weise vertreten war. Dieser Dr. Gunzert ist der Typus des von der preußisch-deutschen Regierungsweisheit in Elsaß-Lothringen verhätschelten Notabelntums: bei allen Gelegenheiten biegsam und schmiegsam, im familiären Verkehr und im vertraulichen Umgang mit Franzosen aber die sprudelndsten Verächter der „Schwoben"! Es ist des Schweißes der Edlen wert, für die konservativen Junker und die nationalliberalen Hurrapatrioten Preußens und Sachsens, diesem Notabelntum in Elsaß-Lothringen auch unter dem Regime der neuen Verfassung auf Kosten der Arbeiterklasse wieder in den Sattel zu helfen!

### Die Hochmoralischen unter sich.

Der Streit in der Zentrumsfraktion nimmt seinen Fortgang. Auch die ultramontane „Schles. Volksztg." mischt sich jetzt in den Zwist zwischen dem Abg. Heim und dem Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages. Sie hat sich aus Berlin eine lange Charakteristik des Herrn Heim schreiben lassen, in der es heißt: „Er war nur in 59 von den 433 Sitzungen dieser Legislaturperiode im Reichstage und fehlte in 374. Im ersten Sessionsabschnitt vom 19. Februar bis 14. Mai 1907 war er niemals, im zweiten Abschnitt vom 28. November 1907 bis 7. Mai 1908 im ganzen nur zweimal im Reichstage, am 3. und 4. April, bei den Abstimmungen über das Reichsvereinsgesetz."

Noch schöner ist eine andere gegen Heim gerichtete Denunziation. Dem Abg. Heim war aus der Fraktion vorgeworfen worden, daß er „nur dann" im Reichstag erscheine, „wenn ihn eine Frage persönlich interessiert". Auf den Einwand des Abg. Heim, daß ihn z. B. die Kalifrage nicht persönlich berühre, gibt „die zuständige Seite" zunächst zu: „Wenn wir von dem persönlichen Interesse des Herrn Dr. Heim an den Gesetzesfragen gesprochen haben, so ist damit nicht gesagt, daß er an denselben ein materielles Interesse hatte." Dann aber wird dem Abg. Heim wörtlich vorgehalten:

„Er möge nicht behaupten, daß die Kalifrage ihn nur als Abgeordneten berührt; wir nehmen an, daß er an den Erträgnissen der Zentralgenossenschaft auch durch Tantiemen beteiligt ist, und daß er daher auch persönlich an der Verteilung dieser Gelder interessiert ist. Auch das ist kein Vorwurf; denn für die Tantiemen leistet er Arbeit und wahrt die Interessen des großen Geschäfts, dessen Leiter er ist. Herr Dr. Heim ist auch als Aufsichtsrat an einem Kaliwerk beteiligt, hat also auch hier nicht nur als Abgeordneter, sondern auch persönlich ein Interesse an der Regelung dieser Frage."

Deutlich wird hier von dem Abg. Heim behauptet, daß er nicht nur faul ist, sondern sein Mandat im persönlichen Interesse ausnutzt. Danach muß eine gar liebliche Harmonie in der die hehre Moral der alleinseligmachenden Kirche vertretenden Zentrumsfraktion herrschen.

### Zedlitz weiß von nichts.

Zu der Behauptung der „Aktion", daß gewisse Scharfmacher, darunter der Freiherr v. Zedlitz, die Regierung drängen, eine Kriegshetze zur Wahlparole zu machen, läßt Freiherr v. Zedlitz in der „Post" erklären, daß er niemals an solchen Besprechungen teilgenommen habe, auch von solchen Besprechungen nicht das mindeste wisse.

Damit ist nun allerdings nicht widerlegt, daß der erwähnte, höchst abenteuerliche Gedanke nicht doch erörtert worden ist.

## Frankreich.

### Die Winzerbewegung.

**Bar-sur-Aube**, 19. März. Eine Versammlung von Gemeindevertretern, die heute im Rathause tagte, nahm eine Tagesordnung an, in der die Deputierten und Senatoren des Departements aufgefordert wurden, ihre Zustimmung zum Budget so lange zu verweigern, bis die Abgrenzung des Champagnegebiets in zufriedenstellender Weise erfolgt sei. Ein Zug von Winzern, bei dem rote Fahnen und Plakate mit vielfachen Aufschriften getragen wurden, bewegte sich durch die Straßen. Vor der Mairie verbrannten die Teilnehmer die Steuerzettel. Es wurden heftige Reden gehalten. Doch hatte die Gendarmerie keine Veranlassung einzuschreiten. Auf einem improvisierten Scheiterhaufen verbrannten die Winzer außer den Steuerzetteln auch zwei Puppen, die den Ministerpräsidenten und den Senator des Marne-Departements Bourgeois darstellen sollten. Der Zug bewegte sich sodann aus der Stadt, wo im Freien eine Versammlung abgehalten wurde.

### Die Gegenaktion der Begünstigten.

**Ay** (Departement Marne), 19. März. Der Verband der Winzersyndikate des gesetzlich festgelegten Champagneweinbaubezirks hielt heute eine Versammlung ab, bei der nach sehr erregter Debatte beschlossen wurde, wenn nötig, mit Gewaltmaßregeln die Einbeziehung des Weinbaubezirks Aube in den gesetzlich festgelegten Champagnebezirk zu verhindern, und wenn Aube die Aufnahme durchsetzen sollte, die Steuern zu verweigern und die Gemeindebehörden abzusetzen.

## Italien.

### Demission des Ministeriums Luzzatti.

**Rom**, 19. März. Die „Agenzia Stefani" veröffentlicht folgende Note: Da die Mehrheit der radikalen Deputierten in der Frage des Berichts der Kommission für die Wahlreformvorlage gestern in der Deputiertenkammer anders abgestimmt hat als das Kabinett, haben die Minister Sacchi und Credaro dem Präsidenten des Ministerrats den Wunsch ausgesprochen, aus dem Kabinett auszutreten. Infolgedessen hat der Ministerrat unter dem Vorsitz Luzzattis einstimmig zu demissionieren beschlossen. Luzzatti hat die Demission des Kabinetts heute früh dem König überreicht, der sich Bedenkzeit vorbehielt. Das Kabinett, das vorläufig noch die laufenden Geschäfte erledigt, wird morgen dem Senat und der Deputiertenkammer seine Demission mitteilen.

Größere politische Bedeutung ist diesem Personenwechsel nicht zuzuschreiben. Das Kabinett lebte von Gnaden Giolittis. Da Giolitti ihm seine Unterstützung entzog, zog Luzzatti es vor, zu demissionieren, ohne sich erst ein ausgesprochenes Mißtrauensvotum zuzuziehen.

### In der Kammer.

**Rom**, 20. März. In der heutigen stark besuchten Sitzung der Deputiertenkammer erklärte Ministerpräsident Luzzatti in Gegenwart sämtlicher Minister, daß das Kabinett seine Demission eingereicht und daß der König sich Bedenkzeit vorbehalten habe. Die Kammer vertagte sich sodann auf unbestimmte Zeit. Luzzatti und die Minister begaben sich darauf in den Senat, um dort ebenfalls die Demission bekannt zu geben.

## Mexiko.

### Friedensaussichten?

Der „Köln. Zeitung" wird aus Mexiko telegraphiert: Der mexikanische Finanzminister Limentour ist gewissermaßen der Ueberbringer eines amerikanischen Ultimatums an Diaz, entweder den Aufruhr kraftvoll zu unterdrücken oder Frieden mit Madero zu schließen oder abzudanken. In der nächsten Woche wird es sich entscheiden, ob die amerikanischen Truppen im Feldlager weiter manövrieren oder nach Mexiko marschieren. Die Lage in Nord-Mexiko ist unerträglich geworden. Das in Bergwerken und Bahnen angelegte Kapital heischt Sicherheit.

## Abgeordnetenhaus.

53. Sitzung. Montag, den 20. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Schorlemer-Lieser, Sydow.

Auf der Tagesordnung steht der Etat der **Lotterieverwaltung** in zweiter Lesung.

Abg. v. Ditfurth (kons.) ersucht die Regierung, bei der Vergebung von Lotterieeinnehmerstellen mehr als bisher die inaktiven Offiziere zu berücksichtigen.

Ein Regierungskommissar versichert, die Regierung stehe schon jetzt den vom Vorredner geäußerten Wünschen mit dem größten Wohlwollen gegenüber.

Es folgt der Etat der **Generalordenskommission**.

Abg. **Gyßling** (Vp.) wendet sich gegen die erheblichen Etatsüberschreitungen bei der Generalordenskommission. Der Vermehrung der Ausgaben für diese Kommission könnten seine Freunde nicht in dem geforderten Maße zustimmen, denn schon jetzt sei die Zahl der Ordensverleihungen in einer Weise gestiegen, die nicht gebilligt werden könne.

Abg. Dr. **Liebknecht** (Soz.):

An die Spitze meiner Ausführungen stelle ich das Wort unseres großen Dichters: Es liebt die Welt das Strahlende zu schwärzen und das Erhabene in den Staub zu ziehen. Ich fühle gegenüber den Orden durchaus keine so unheilige Neigung und ich bin nicht der Ansicht, daß man zu diesem Etattitel sagen sollte: minima non curat prätor (Um Kleinigkeiten soll man sich nicht kümmern) (Heiterkeit links). Man kann, wenn man von Orden spricht, in Deutschland wirklich nicht von einem Minimum reden. Wir leiden in Deutschland vielmehr an einem Ordenslandregen, zeitweilig an einem Ordensplatzregen (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten). Ich muß mit allem Nachdruck gewisse Angriffe gegen diese altehrwürdige Institution abwehren, die von mancher lästerlichen Seite erhoben worden sind. Man spricht verächtlich von einer Ordenssucht und man zitiert das bekannte schöne Volkslied: „Kommt ein Vogel geflogen" (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten). Der Vertreter einer staatserhaltenden Partei im Herrenhause, Herr von Jerien-Gesetz, hat 1905 gesagt, in militärischen Kreisen würden so viele Orden verliehen, daß bereits sehr wenig Wert darauf gelegt würde. Wie kann man so etwas nur sagen! Es ist zwar richtig, daß der Ordensregen ein größerer ist, als manche Leute auf ihrer Brust unterbringen können. So hat Oberhofmarschall Graf zu Eulenburg nicht weniger als 75 Orden, mehr als erforderlich sind um den ganzen Körper vom Scheitel bis zur Sohle mit Orden und Ordensbändern zu bedecken. Trotzdem kann ich nicht billigen, daß die Orden in militärischen Kreisen ihren Wert verloren haben. Ich billige es auch nicht, daß der Abg. Meyer-Arnswalde 1892 gesagt hat, daß der Rote Adlerorden vierter „Güte" im Volke als vierter „Piepvogel" bezeichnet werde. Es gibt eben nichts Heiliges mehr auf dieser Welt! (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Am 12. Juni 1893 ist dann eine Urkunde erschienen, betreffend Ausstattung des Roten Adlerordens mit der kgl. Krone, seitdem wird in diesem Hause in jener verächtlichen Weise nicht mehr über den Roten Adlerorden gesprochen werden. Mit einer Handbewegung zurückweisen möchte ich jene Leute, die wie Ludwig Uhland sich ereifert haben, Orden und Ehrenzeichen abzulehnen! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Auch jene Preßäußerungen mißbillige ich, die hier von einem Eitelkeitsmarkt reden. Friedrich der Große hatte nicht Recht, wenn er sagte, Orden und Titel seien Dekorationen der Toren, eben so wenig Napoleon, der sich so weit hat hinreißen lassen zu sagen, daß die Orden Kinderspielzeug seien. Bei allem Respekt vor dem gekrönten Haupt muß ich diese Aeußerung auf das schärfste zurückweisen (Bravo! bei den Sozialdemokraten). Schließlich ist auch zu mißbilligen, jene Stelle im Goetheschen „Faust", wo es nicht einmal ein Mensch war, der mit hohen Orden belegt wurde, sondern ein Tier, das zu nennen mir der Anstand verbietet (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten). Solche Anspielungen sollte man von einem Mann, der sogar Minister war, nicht erwarten. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß die Orden eine sehr hohe soziale Bedeutung haben. Durch die Orden und Ehrenzeichen kann man die Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit eines Volkes feststellen. Je dicker die Ordensliste, desto tüchtiger das Volk (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Wenn Goethe einmal die Frage aufwirft, wie herrlich weit wir es gebracht haben, und wenn Faust darauf die Antwort gibt: bis zu den Sternen weit! — dann kann es keinem Zweifel unterliegen, daß Goethe von den Ordenssternen gesprochen hat. Bereits in den frühesten Menschheitsperioden hat sich die Neigung zu solchen Auszeichnungen herausgebildet, es handelt sich hier um einen Urtrieb der Menschheit (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten). Wichtig sind die Orden auch in parteihistorischer Beziehung. Es ist zweifellos von großem Interesse, daß wir in diesem Jahre nicht Dr. Wiemer gehört haben. Er hat wohl an jenes französische Wort gedacht, daß es keine zweite Jungfräulichkeit gibt (Heiterkeit).

Im Herrenhause hat Freiherr von Durand erklärt, daß man auch um deswillen die Ansprüche der unteren Beamten auf das allgemeine Ehrenzeichen unterstützen müssen, weil sie eine schlechte Bezahlung bekommen. Wir sehen, daß der Etat der Ordenskommission uns Geld erspart. Also vom Standpunkt einer vernünftigen Oekonomie müssen wir darauf bestehen, daß man diesen Etat nicht als eine Verschwendung betrachtet. Der Orden ist eine Art Stempel. Wenn man einen Orden verleiht, dem kann niemand mehr an die Wimpern klimpern (Heiterkeit). Dieser Stempel kennzeichnet gewissermaßen die preußische Normalstatur. Wie die Etikette auf einer Flasche, so dient der Orden dazu, den wahren Charakter des Menschen vor aller Augen zu enthüllen (Zustimmung bei den Sozialdemokraten). Die hohe Bedeutung der Orden ist ja auch wiederholt amtlich deklariert worden. 1908 ist erklärt worden, daß die Bedeutung und der Umfang der vom Bureauvorsteher wahrzunehmenden Dienstgeschäfte die Erhöhung des Ordensetats fordere. Das ist ganz in der Ordnung. Kann man sich etwas schwierigeres denken, als bei der Abstempelung der menschlichen Natur sich nicht zu irren? Das sind ernste und wichtige Sachen, die nicht lächerlich gemacht werden dürfen. Auch die Verbindung des Ordenswesens mit einer recht bedauerlichen Lobhudelei ist nur geeignet, dieses Institut herabzuwürdigen. Wir brandmarken, daß es Elemente gibt, die sich nicht scheuen, Ordensschacher zu treiben. Eine ehrliche Empörung muß von allen patriotischen Seelen ausströmen gegen derartige verderbliche Gelüste (Beifall bei den Sozialdemokraten). Die Entwickelung des Ordensetats ist sehr erfreulich. Die Bevölkerung hat sich nur um etwa 30 Proz. vermehrt, der Ordensetat aber um 116 Proz. Die Tüchtigkeit des deutschen Volks ist also viermal so rasch gestiegen, wie seine Bevölkerungszahl. Mir bangt nahezu, mir schwindelt, wenn ich an diese ungemeine Steigerung unserer Tüchtigkeit denke. Bei dem diesjährigen Ordensfest sind allein 4000 Orden verliehen worden. Ich hoffe, daß sich aus der Mitte des Hauses eine patriotische Stimme erheben wird, um den von der Budgetkommission abgelehnten Neudruck der Ordensliste wieder neu zu beantragen. Wie ist es möglich, daß es in Preußen noch einen Menschen gibt, der keinen Orden hat? Es muß bald dahin kommen, daß diesem Mißstand ein Ende gemacht wird. Es gibt auch eine Dekorationsfarbenlehre. Ein schwarzer Fürst in Afrika wurde dekoriert und auch Schwarze in diesem Hause. Die Blauen werden freilich bevorzugt, auch die Blauen in Uniform. Hat auch Herr Hintze einen Orden bekommen? Das sind die Orte, wo die Orden hingehören. Nur immer weiter so! Die Moabiter Schutzleute mußten Orden bekommen, weil sie die glänzende Ueberlegenheit der bewaffneten Beamten über das unbewaffnete Volk, über Kinder und Frauen gezeigt haben. Es ist nur die Gefahr vorhanden, daß auch der Mörder des Arbeiters Hermann dekoriert ist, ohne daß wir es wissen. Eine Ordensnot besteht insofern, als uns auch noch das Ausland zu Hilfe kommen muß. Sogar siamesische Orden sind verliehen worden. Ich verlange Aufklärung, wo der Orden des Generals Stössel geblieben ist. Der Rote Adlerorden muß abgeschafft werden, denn als er eingeführt wurde, hatte das Rot noch nicht die jetzige Bedeutung. Wir werden uns nicht umfärben, also müssen die Orden umgefärbt werden. Es ist eine Ordensstatistik nötig, an der man sich erbauen kann, wenn man an den Wirren der Zeit verzweifelt. Das Verhältnis der Adler mit und ohne Eichenlaub zur Kopfzahl der Bevölkerung muß festgestellt werden. Damit würde sich die Regierung den Dank des ganzen Volkes erwerben (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten).

Ein Antrag Gyßling (Vp.), die Mehrforderung von 60 000 M. für Anschaffung von Ordensinsignien nicht zu bewilligen, wird abgelehnt. Der Antrag der Kommission auf Streichung der 47 000 Mark für den Neudruck der Ordensliste wird angenommen.

Es folgt der Etat der **Ansiedelungskommission für Westpreußen und Posen.**

Der Berichterstatter der Budgetkommission, Abg. von Arnim-Züsedom (k.), unterbreitet dem Hause den Antrag der Kommission, in eine prinzipielle Beratung dieses Etats nicht einzutreten, da die Denkschrift dazu noch nicht vorliegt und erst nach Abschluß der gesamten Etatsberatung zur Besprechung kommen soll.

Abg. **Glatzel** (natl.) erklärt, daß seine Freunde lediglich unter der Zwangslage, daß die Geschäfte sonst nicht erledigt werden können, dem Antrag der Budgetkommission zustimmen würden. — Erklärungen in gleichem Sinne geben ab die Abgg. v. Saß-Jaworski (Pole), v. Pappenheim (k.), Rewoldt (fk.) und Roeren (Z.).

Abg. **Hirsch** (S.): Meine Freunde können den Beschluß der Budgetkommission nicht billigen. Wir halten es nicht für richtig, daß wir über einen Etat abstimmen, ehe wir darüber diskutiert haben. Aus diesem Grunde beantrage ich, die Beratung des vorliegenden Etats zu **vertagen**. Die Art, wie hier verfahren werden soll, ist **überhaupt keine Etatberatung**. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir trotz aller Ueberstunden auf die eigentliche Beratung des Etats verzichten sollen, so liegt die Schuld daran an der Regierung.

Der Antrag Hirsch wird abgelehnt, der Antrag der Budgetkommission angenommen.

Beim Etat der

**Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung,**

der hierauf folgt, beantragt die Budgetkommission gleichfalls, von einer Diskussion der Arbeits- und Dienstverhältnisse im einzelnen mit Rücksicht auf die Geschäftslage Abstand zu nehmen.

Abg. **Hirsch** (Soz.): Für meine Freunde ist der Antrag der Budgetkommission unannehmbar; die Abstimmung über den Etat wird doch unmöglich, wenn wir vorher nicht uns mit den Verhältnissen der Arbeiter und Beamten beschäftigen können.

Abg. **Roeren** (Z.): Nach dem Antrag der Budgetkommission scheiden allerdings die allerwichtigsten Fragen der Arbeits- und Dienstverhältnisse aus. Diese Art der Etatsberatung halte auch ich für sehr bedenklich, aber da an der Summe, die bewilligt werden soll, meines Erachtens nichts geändert werden soll, werden auch wir dem Antrage der Budgetkommission zustimmen.

Abg. v. **Zedlitz** (fk.): Wir sollten uns in der Tat überlegen, ob wir nicht in einer Resolution die Regierung auffordern wollen, den Landtag so rechtzeitig einzuberufen, daß wir die Etatsberatung in besserer Weise vornehmen können. Jetzt werden wir dem Antrag der Budgetkommission zustimmen müssen.

Abg. **Pachnicke** (Vp.): Wenn wir den Etat bewilligen und erst später darüber beraten, so ist das zuletzt überhaupt keine Etatsberatung mehr. Das ist eine Eilfertigkeit, die man nicht verantworten kann. (Sehr richtig!)

Abg. **Korfanty** (Pole) schließt sich dem Vorredner an.

Abg. v. **Pappenheim** (k.): Auch wir beklagen die ungünstige Geschäftslage des Hauses. Wir würden auch dem Antrag der Budgetkommission widersprechen, wenn wir nicht Gelegenheit hätten, diese Fragen unmittelbar nach der Etatsberatung zu besprechen.

Abg. **Hirsch** (Soz.): Ich stimme mit den Vorrednern darin überein, daß die einzige Möglichkeit, aus den Schwierigkeiten herauszukommen, die frühere Einberufung des Landtages ist. Das Ziel wird aber nicht erreicht, wenn Sie fort und fort der Regierung entgegenkommen. Ziehen Sie doch die Konsequenzen aus Ihrer Haltung, sonst fällt es der Regierung vielleicht ein, den Landtag noch ein paar Tage später einzuberufen.

Abg. v. **Zedlitz** (fk.): Auch wir selbst sind nicht ganz unschuldig an der jetzigen Zwangslage. Wir wären nicht so in Verlegenheit, wenn wir unsere Redelust mehr gezügelt hätten. Ich richte diese Mahnung besonders an die Freunde des Vorredners.

Abg. **Macco** (natl.): Auch wir bedauern die ungünstige Geschäftslage, aber wir werden dem Antrage der Budgetkommission zustimmen.

Abg. **Hirsch** (Soz.):

Für meine Freunde muß ich den Vorwurf des Abg. v. Zedlitz entschieden zurückweisen. **Von uns ist keine überflüssige Rede gehalten worden.** (Widerspruch rechts.) Sie haben die Möglichkeit, eine ganze Reihe von Fragen in der Budgetkommission zu erörtern, wir sind dagegen nur auf das **Plenum** angewiesen. Dazu kommt, daß **Sie als Regierungspartei es gar nicht nötig hätten**, so oft das Wort zu ergreifen, da **Ihre Wünsche auch so von der Regierung erfüllt werden.** Fassen Sie sich (zur Rechten) nur an Ihre eigene Nase. Ihr Freund Hahn hat viele Sitzungen durch überflüssige Agitationsreden belastet. (Gelächter rechts.)

Der Antrag der Budgetkommission wird angenommen.

Abg. **Imbusch** (Z.) bringt verschiedene Wünsche von Arbeitern im Saarrevier auf Erhöhung und Ausgleich der Löhne und Gewährung von Sommerurlaub vor. Die Erhöhung der Arbeiterlöhne habe mit der Verteuerung der Lebensmittel nicht Schritt gehalten.

Abg. **Macco** (natl.) hält es für bedenklich, wenn einseitig die Erhöhung der Arbeiterlöhne gefordert werde, ohne daß gleichzeitig die Mittel zur Deckung angegeben würden.

Abg. **Spinzig** (fk.): Die außerordentliche Steigerung der Ausgaben für soziale Zwecke im Bergetat gereicht der Verwaltung zur hohen Ehre. Das gute Verhältnis zwischen den Bergbeamten und Bergarbeitern darf nicht gestört werden. Leider wird dies von den Sozialdemokraten zu stören versucht, die nur die Begehrlichkeit der Arbeiter immer mehr aufstacheln.

Abg. Dr. **Ehlers** (Vp.): Es war mir sehr interessant, daß der Vertreter einer Partei, die die Finanzreform mitgemacht, jetzt die Forderung von Lohnerhöhungen damit begründet, daß die Lebensmittelpreise so gestiegen seien infolge der Finanzreform. (Widerspruch im Zentrum.) Meine weiteren Ausführungen will ich mir vorbehalten bis zur Besprechung der Arbeitsverhältnisse am Schluß der Etatsberatung.

Minister **Sydow**: Ich will mich heute nicht über die Einzelheiten äußern, die später noch besprochen werden sollen, sondern lediglich zu dem Etat selbst. Es ist bemängelt worden, daß die Löhne im Saarrevier jetzt niedriger sind als im Ruhrgebiet. Das ist aber darauf zurückzuführen, daß im Ruhrgebiet mit Hilfe des Kohlensyndikats sich die Erträge gesteigert haben, während im Saarrevier die Preise und Absatzmöglichkeiten zurückgegangen sind.

Abg. **Korfanty** (Pole) erörtert den Rückgang der Arbeiterlöhne in Oberschlesien, die mitunter mit 8 M. wöchentlich ihre Familien erhalten sollen. (Hört! hört!) Die Verbitterung der Arbeiter wird auch durch so manche Roheiten der Beamten gesteigert. Da kann man den Arbeitern nicht noch sagen, Du mußt wirtschaften lernen, — wie das Abg. Spinzig verlangt hat.

Das Haus vertagt sich auf 4/8 Uhr abends.

# Gewerkschaftliches.

## Das Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe,

das nach einer früheren Meldung bereits am 6. März zu einer zweiten Tagung zusammentreten sollte, konnte wegen Behinderung eines Unparteiischen seine Verhandlungen erst am 13. März aufnehmen und tagte dann bis 15. März, in welcher Zeit es alle vorliegenden Berufungen und Anträge aufarbeitete. Die Tagesordnung umfaßte 78 Anträge.

Mehr denn 30 Anträge wurden zur weiteren resp. erneuten Verhandlung und Erledigung an die örtlichen Schiedsgerichte zurückverwiesen. Mehrere angefochtene Schiedssprüche wurden bestätigt und einige andere mußten aufgehoben werden, da die Vorinstanzen in ihrer Beschlußfassung ihre Zuständigkeit überschritten hatten.

Mehrere Anträge betrafen wieder die Verweigerung des Vertragsabschlusses durch die Unternehmer; sie fanden ihre Erledigung nach der in der vorigen Sitzung geübten und mit der Dresdener Entscheidung übereinstimmenden Praxis, nach der dort, wo ausgesperrt wurde, oder vorher ein Vertrag bestand, der Vertragsabschluß zu erfolgen hat und die fällige Lohnerhöhung nachzuzahlen ist.

Von allgemeiner Bedeutung sind folgende Entscheidungen:

Zwei Unternehmerorganisationen weigerten sich zu verhandeln, weil sie die Vertreter der Arbeiterorganisationen beanstandeten. In einem Falle handelte es sich um einen Angestellten, der in die Schlichtungskommission delegiert wurde, in dem anderen Falle um Gauleiter, die an der Verhandlung teilnehmen sollten, in der über die Abschließung eines Akkordtarifes zu beraten war. Das Schiedsgericht entschied, daß es jeder Organisation freistehe, ihre Vertreter zu bestimmen und daß der Gegenpartei ein Einspruchsrecht nicht zustehe.

In einem altmärkischen Vertragsgebiet entließ ein Unternehmer Arbeiter, die sich weigerten, eine tarifwidrige Arbeitszeit anzuerkennen. Die Auffassung der Vorinstanz ging dahin, daß diese Entlassung einer Maßregelung nicht gleichzuachten sei. Das Gericht dagegen schloß sich dieser Ansicht nicht an, es erkannte die Maßregelung an.

Wenn infolge der noch schwebenden Verhandlungen es zum Abschluß eines Vertrages noch nicht gekommen ist, so gelten die alten Vertragsbedingungen bis auf weiteres. Dagegen treten die Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen nebst den Ausgleichslöhnen an den in den Dresdener Entscheidungen vorgesehenen Terminen in Kraft.

Nach den genannten Entscheidungen sind die Zentralorganisationen verpflichtet, ihre örtlichen Organisationen zum Abschluß von Verträgen nach dem Vertragsmuster anzuhalten und auf den Abschluß solcher Verträge mit allen Mitteln und wiederholt einzuwirken. Wenn trotzdem ein Vertrag durch das Verhalten einer Partei nicht zustande kommt, so hat die Gegenpartei volle Handlungsfreiheit; es darf die den Vertragsabschluß ablehnende Partei von ihrer Zentralorganisation in keiner Weise unterstützt werden. Das Gericht entschied hierzu, daß diese Handlungsfreiheit eintritt:

1. in bisher durch das Zentralschiedsgericht entschiedenen Fällen, wenn innerhalb dreier Wochen nach Zustellung der Entscheidung an die betreffende Zentralorganisation die örtliche Organisation den Vertragsabschluß noch nicht vollzogen hat;
2. in zukünftigen Fällen nach Ablauf der gleichen Frist nach der Zustellung der Entscheidung der zweiten Instanz, es sei denn, daß gegen die Entscheidung Berufung eingelegt worden ist;
3. die Handlungsfreiheit dauert bis zum Abschluß eines Vertrages, und wenn ein solcher nicht zustande kommt, bis zum 31. März 1913; bei Vertragsabschlüssen dieser Art sind die Parteien weder an das Vertragsmuster noch an die Löhne und Arbeitszeiten der Dresdener Entscheidung gebunden.

Sind die Arbeiter verpflichtet, einen Akkordtarif abzuschließen und können die örtlichen Schiedsgerichte entscheiden, ob solche Tarife abgeschlossen werden müssen, oder können diese Instanzen sogar in strittigen Fällen über die Preise Entscheidungen fällen? Diese und weitere wichtige auf die Akkordarbeit bezügliche Fragen sind heiß umstrittene und hatten zu Eingaben an das Zentralschiedsgericht geführt.

Es wurde entschieden, daß die örtlichen Organisationen der Einladung der Gegenpartei zur Verhandlung über einen Akkordtarif folgen müssen und an der Verhandlung teilzunehmen haben. Aus dem § 5 des Hauptvertrages und seiner Begründung ergibt sich aber, daß der Abschluß des Akkordtarifes nur auf Vereinbarung beruhen soll. Daraus folgt, daß niemand zum Abschlusse gezwungen werden soll, und demzufolge auch die Vertragsinstanzen zum Eingreifen durch Verhandlungen oder Schiedssprüche nicht berechtigt sind, es sei denn, daß die Parteien vereinbaren, diese Instanzen anzurufen und gemeinsam um eine Entscheidung nachsuchen.

Nach der Begründung der Dresdener Entscheidung ist festgestellt, daß es nicht die Absicht der Unternehmer ist, die Akkordarbeit in den Lohngebieten einzuführen, wo sie bisher nicht üblich war. Es wurde entschieden, daß es den örtlichen Instanzen zusteht, festzustellen, ob in einem Lohngebiete die Akkordarbeit üblich war. Diese Feststellung darf sich aber nur auf die Dauer der Vertragsperiode 1908 bis 1910 erstrecken. Das Zentralschiedsgericht hat den Versuch unternommen, gewisse Richtlinien dafür aufzustellen, in welchem Umfange in einer Spezialbranche die Arbeit im Akkordlohn ausgeführt werden muß, wenn in dieser Branche die Akkordarbeit als üblich zu betrachten ist.

Bei den Tarifverhandlungen mußte bekanntlich die Regelung der Arbeitsnachweisfrage unterbleiben, da die Unternehmer an dem Bestehen ihrer einseitigen Arbeitsnachweise festhalten. Diese Sache blieb ungeregelt und wurde außerhalb des Vertrages gestellt. In der betreffenden Vereinbarung heißt es:

„Man war darüber einig, daß an der Frage des Arbeitsnachweises durch die gegenwärtigen Vertragsbeschlüsse in keiner Weise etwas geändert worden ist; sie liegt vielmehr in jeder Hinsicht genau wie vor der Aussperrung."

Der Arbeitgeberverband schloß aus dem Nachsatz, daß gegen Arbeitsnachweise, die vor der Aussperrung bestanden und von den Arbeitern damals unter irgendwelchen Umständen anerkannt worden sind, keinerlei Gegenmaßregeln ergriffen werden dürften. Die Arbeiter haben sich daran nicht gekehrt und in mehreren Städten über diese Arbeitsnachweise die Sperre verhängt. Gegen diese Sperre richteten sich eine Anzahl Beschwerden. Das Gericht entschied hierzu:

„Die Frage des Arbeitsnachweises steht außerhalb des Vertrages und können die Parteien Arbeitsnachweise in beliebiger Form betreiben oder errichten. Die Gegenpartei kann Gegenmaßregeln ergreifen, soweit diese Maßregeln durch Gesetz oder Vertrag nicht verboten sind."

Das Sperren der Arbeitsnachweise ist daher eine zulässige Gegenmaßregel.

Die Vertragsparteien vereinbarten bekanntlich bei Abschluß des Hauptvertrages, daß sowohl für die Zentralorganisationen wie auch für die örtlichen Organisationen die Beschreitung des Rechtsweges auszuschließen ist und somit die Organisationen Anspruch auf Schadenersatz nicht erheben können. Diese Vereinbarung hat einige Gewerbegerichte zu der irrtümlichen Auffassung Veranlassung gegeben, daß nunmehr auch für den Bauarbeiter die Beschreitung des Rechtsweges in den Fällen ausgeschlossen sei, wenn er sonst Ansprüche auf Grund des persönlichen Arbeitsvertrages erhebt. Dadurch, daß das Zentralschiedsgericht aussprach, daß jene Vereinbarung nur das Verhältnis der Organisationen zum Tarifvertrage berührt und für Fragen, die das Arbeitsverhältnis und den Arbeitsvertrag angehen, nach wie vor das Gewerbe- oder das ordentliche Gericht zuständig sind, dürfte dieser Irrtum beseitigt sein.

### Berlin und Umgegend.

## Die Tarifbewegung der Geldschrankschlosser.

Die Lohnkommission der Geldschrankschlosser, die in der Versammlung vom 28. Februar den Auftrag erhielt, auf Grund eines aufgestellten Tarifvertrages mit den Unternehmern zu verhandeln, erstattete über ihre Tätigkeit Bericht in einer Versammlung, die gestern Montagabend bei Franke in der Badstraße stattfand. Der Referent Behrend erklärte gleich zu Anfang seines Berichts, daß mit der Firma Arnheim, die nicht zum Schutzverband der Unternehmer gehört, gesonderte Verhandlungen zu pflegen seien und noch ausstehen. Mit den übrigen Unternehmern hatte die Kommission große Schwierigkeiten; denn zuerst wollten sie den bestehenden Vertrag überhaupt nur auf ein Jahr verlängern; dann machten sie ganz minimale Zugeständnisse und boten zukünftige kleine Lohnerhöhungen an.

Die jetzigen tarifmäßigen Löhne betragen: für Schlosser 50 Pf., für selbständige Schlosser 60 Pf., für Schleifer 60 Pf., für Dreher 60 Pf., Fräser und Hobler 57 Pf., selbständige Schmiede 62 Pf., Stockgesellen 50 Pf., selbständige Maschinenarbeiter 42 Pf., Maler und Lackierer 55 Pf., Absetzer, Ueberzieher, Holzmaler 60 Pf., Spachtelschleifer 42 Pf., ungelernte Arbeiter 40 Pf. Diese Löhne wollen die Unternehmer vom 1. April 1912 ab um 2 Pf. erhöhen und um einen weiteren Pfennig vom 1. April 1913 ab. Die Forderung, daß denjenigen Arbeitern, die diese oder höhere Löhne schon beziehen, eine Zulage von 5 Pf. pro Stunde erhalten sollen, bleibt noch weiteren Verhandlungen vorbehalten. In bezug auf die Ueberstunden lehnen die Unternehmer die Forderungen der Arbeiter ab und wollen keine Aenderung der bisherigen Bestimmungen zugestehen, wonach Ueberstunden bis 8 Uhr abends mit 25 Proz., von 8 Uhr ab mit 50 Proz. und ebenso Sonntagsarbeit mit 50 Proz. Aufschlag bezahlt werden. Die Arbeitszeit soll 53 Stunden betragen, die als eine Arbeitswoche bezahlt werden; am Sonnabend soll nur eine Stunde früher Feierabend sein.

Als Behrend diese Zugeständnisse ruhig und sachlich vortrug, erhob sich ein Sturm in der Versammlung. Man war sich darin einig, daß auf dieser Grundlage kein Einverständnis erzielt werden kann; man wies energisch das Anerbieten der Unternehmer zurück und betonte, daß die Arbeiter in der Geldschrankindustrie seit dem Jahre 1906 auf eine Lohnerhöhung warten und gesonnen sind, sich diese Verbesserung jetzt zu erkämpfen. Nach kurzer Diskussion wurde die folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute versammelten Arbeiter der Geldschrankbetriebe nehmen mit Entrüstung Kenntnis von dem bisherigen Ergebnis der Verhandlungen mit den Unternehmern. Die Versammelten verpflichten sich daher, alles daran zu setzen, ihre diesmalige Tarifvorlage mit allen gebotenen Mitteln zur Durchführung zu bringen."

**Achtung, Metallarbeiter!** Der Streik unserer Kollegen bei der Firma Riemann scheint der Vereinigung der Metallwarenfabrikanten Schwierigkeiten zu bereiten. Es können der Firma Riemann nicht die benötigten Arbeitskräfte gestellt werden trotz der Hilfe eines Streikbrecheragenten im Norden Berlins. Das ist den Herren deshalb unangenehm, weil es sich um ein wichtiges und, wegen seines schroffen Verhaltens der Arbeiter gegenüber, verdientes Mitglied der Vereinigung handelt. Deshalb ist man seitens der Unternehmerorganisation schon gezwungen, ein übriges zu tun, und hat man durch einen Beschluß sich dahin verständigt, daß der Nachweis der Metallwarenfabrikanten für alle Betriebe gesperrt wird, nur nicht für Riemann. Damit sind also nicht nur die Arbeiter gesperrt, sondern die Betriebe auch.

Die Bedeutung und beabsichtigte Wirkung dieser Maßnahme hier zu schildern, hat zurzeit weder Wert noch Zweck. Es genügt vollständig, unsere Kollegen der Gelbmetallindustrie aufzufordern, nach wie vor den Betrieb der Firma Riemann zu meiden und uns sofort Mitteilung zu machen, wenn irgendwo Streikarbeit auftaucht.

Die Firma Riemann will keine zeitgemäßen Lohn- und Arbeitsbedingungen bewilligen und kann deshalb auch keinen Anspruch auf leistungsfähige Arbeiter erheben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

## Die Aussperrung der Tapezierer

war ein schöner Plan der Unternehmer, der anscheinend schon ins Wasser gefallen ist. Hinter den großen Worten und Beschlüssen haben selbst die Arbeiter etwas mehr vermutet, als sich bis jetzt ergeben hat. Bekanntlich sollten 1200 organisierte Gehilfen mit einem Schlage ausgesperrt werden. Bis Montagnachmittag haben sich aber noch nicht einmal einhundert als ausgesperrt beim Verbande gemeldet. Bei den Unternehmern scheint der eine dem anderen nicht recht zu trauen, und keiner möchte dem kleinen Anfang in der Aussperrung weiter folgen. Zu verdenken ist es freilich keinem, daß er sein Geschäft nicht empfindlich schädigen will, indem er die besten Arbeitskräfte entläßt und später minderwertige einstellt, denn es ist eine alte Erfahrung, daß die organisierten Arbeiter die tüchtigsten sind, und gerade diese sollen dem Aussperrungsbeschluß gemäß entlassen werden. — Verschiedene Unternehmer haben es klugerweise vorgezogen, Frieden mit dem Verband zu schließen, und dadurch hat sich die Zahl der Streikenden wieder verringert, die jetzt rund 400 beträgt. In den meisten Fällen wird auf die Verkürzung der Arbeitszeit von 50 auf 48 Stunden die Woche der größte Wert gelegt; daraus ergibt sich denn die gewünschte kleine Erhöhung der Stundenlöhne oder der Akkordsätze.

## Der Streik der Schilderanmacher

beschäftigte am Montag eine kombinierte Versammlung der in der Firmenschilderindustrie tätigen Arbeiter, die den großen Saal des „Englischen Gartens" füllten. Der Sektionsleiter Fromke vom Transportarbeiterverband berichtete über den Stand des Streiks. Nachdem die Forderungen am 1. März bei 91 Firmen eingereicht waren, hatten bereits am 4. März 17 Firmen den neuen Vertrag unterschrieben. Bei 68 Firmen wurde die Arbeit eingestellt. Bei einer Reihe weiterer Firmen war das nicht möglich, da sie ihre Schilderanmacher schon vorher entlassen hatten. Inzwischen haben sich die meisten dieser Firmen zu Verhandlungen bereitgefunden, und der Erfolg ist, daß der Vertrag jetzt von 58 Firmen unterzeichnet ist. Es kommen, abzüglich derjenigen, die keine Schilderanmacher mehr beschäftigen, noch folgende 16 bestreikte Firmen in Betracht: Otto Grund u. Co., Wassergasse, Wilh. Bartel, Molkenmarkt, Koch u. Bein, Ritterstraße, Eplinius u. Co., Schönhauser Straße, P. Sonntag u. Co., Bohenstraße, Schmiedel, Linkstraße, Borstendorf, Schöneberg, Pötsch (Inhaber Sommerfeld), Alte Jakobstraße, Rogusch in Firma Teichert u. Plauen, Schicklerstraße, Paul Voigt, Neue Königstraße, Wilhelm Rumpff, Linienstraße, Dittmeier, Dircksenstraße, Karl Zweibart, Alexandrinenstraße, Jüschke, Dresdener Straße, Henkel u. Co., Lothringer Straße, und Stamer, Dresdener Straße.

Diese Firmen gehören dem Arbeitgeberverband an, der in der Branche 31 Mitglieder zählt. Die übrigen 15 haben den Vertrag unterzeichnet. Man ist sich also im Arbeitgeberverband nicht einig. Da bereits 114 Schilderanmacher zu den neuen Bedingungen arbeiten und nur noch 33 im Streik stehen, werden sich jene 16 Firmen wohl auch bald bequemen müssen, den Vertrag zu unterzeichnen. Die Streikenden können der Sache ja noch, wenns sein muß, gelassen einige Monate zusehen. Wohl haben drei der Firmen Streikbrecher herangeholt, wobei der bekannte Karl Katzmarek wiederum seine Rolle spielte, aber die mit Knüppel und Revolver ausgerüsteten Leute können den Arbeitgebern nicht viel nützen. Es steht also durchaus günstig mit dem Streik. — Diese Auffassung trat auch allgemein in der Diskussion hervor, die dem Bericht folgte, und es zeigte sich auch deutlich, daß die in den Schilderfabriken tätigen übrigen Arbeiter und Handwerker sich durchaus solidarisch fühlen mit den Streikenden und bereit sind, sie, soweit es sich nötig macht, in jeder Weise zu unterstützen.

### Deutsches Reich.

**Achtung, Bauarbeiter!** Die Firma Hagemann auf Helgoland hat einige Maurer gemaßregelt. Die Arbeiter verhängten daraufhin über die Firma die Sperre. Zuzug ist fernzuhalten.

## Zur Tarifbewegung in der Holzindustrie.

Bislang ist von dem Arbeitgeberverband der Holzindustrie Hamburgs noch keine Antwort auf die am vorigen Sonntag beschlossene Resolution der Arbeiter eingelaufen. Seit dem 11. März besteht daher für Hamburg, Altona und Umgegend der vertragslose Zustand. Für die Verbandsmitglieder gelten während der vertragslosen Zeit dieselben allgemeinen Bestimmungen und Tarifsätze, wie unter dem alten Tarifvertragsverhältnis. Aus „prinzipiellen Gründen" lehnt der Arbeitgeberschutzverband die Anerkennung des von der Innung und dem Holzarbeiterverband ins Leben gerufenen paritätischen Arbeitsnachweises ab, ein Beweis dafür, daß die Scharfmacher unter den großen Holzindustriellen, die im „Schutzverbande" dominieren, zu suchen sind. Der Holzarbeiterverband fordert seine Mitglieder auf, nur den paritätischen Arbeitsnachweis in St. Georg zu benutzen. Das Umschauen ist strengstens verboten. Die Entscheidung über die weiteren Schritte erfolgt in den nächsten Tagen.

### Ausland.

**J. T. F.** Sämtliche Seeleute in Triest sind in den Ausstand getreten. Ueber Triest wurde seitens der Organisation die Sperre verhängt. Zuzug ist streng fernzuhalten.

# Aus Industrie und Handel.

## Verstaatlichung aller elektrischen Werke in der — Schweiz.

Im lieben deutschen Vaterlande ist die Regierung seit Jahren eifrig dabei, den großen und allergrößten Elektrizitätskonzernen die Wege zu einem privaten Licht- und Kraftmonopol zu ebnen. Wenn hiergegen durch die damit außerordentlich belastete Allgemeinheit protestiert wird, heißt es immer von den Tischen der Regierung, ja, wir müssen die private Unternehmungslust stützen und fördern. Daß es auch anders geht, beweist jetzt wieder einmal die Schweiz. Bei den dort reichlich vorhandenen Mengen an „weißer Kohle" ist die Verwertung elektrischer Energie sehr weit vorgeschritten. Zwischen den Delegationen der Kantone Aargau, Zürich, Schaffhausen, St. Gallen, Thurgau, Appenzell, Glarus und Schwyz und den privaten Beznau-Loetsch-Kraftwerken werden gegenwärtig Verhandlungen zu dem Zwecke geführt, das ganze Unternehmen für allgemeine Zwecke anzukaufen. Schaffhausen und Zürich besitzen bekanntlich schon eigene Elektrizitätswerke, sie haben jetzt die Regierung auch ersucht, ihnen die Konzession zum Bau eines neuen Kraft- und Lichtwerkes bei Eglisau zu erteilen. St. Gallen hat erst kürzlich das Kabelwerk erstanden, und Zürich besitzt das große Albulawerk, das von der Stadt selbst erbaut worden ist. Wenn der Ankauf der Beznau-Loetsch-Werke perfekt wird, ist die Monopolisierung der Elektrizitätswerke der Schweiz durch die Kantone und Städte so gut wie vollzogen! Warum geht es dort und in Deutschland nicht? Die deutsche Regierung wird nicht in Verlegenheit sein, wenn sie darauf antworten soll, sie wird eben wieder etwas anderes behaupten, aber das Volk weiß, daß es sich dabei um nichts weiter handelt, als einigen Wenigen, die die verschlungenen Regierungswege sehr genau kennen, unermeßliche Werte zu verschenken, auf Kosten des Volkes.

**Antikapitalistische Geschäfte.** Der Führer der „gegen das mobile Kapital" kämpfenden Wiener Christlichsozialen, Dr. Geßmann, vielfacher Diäten- und Pensionseinstreicher, hat mit seiner Familie die Wiener Baukreditbank gegründet und das ganze „Aktien"kapital von 2 Millionen Kronen aufgebracht. Diese Antisemitenbank hatte im letzten Geschäftsjahr einen Reingewinn von 263 235,10 Kronen, was eine Aktiendividende von 17 Proz., Verwaltungsratstantiemen von 4,85 Proz. und einen Gewinnvortrag von 12,35 Proz. ergibt, der deshalb so hoch ist, damit die Dividenden scheinbar niedriger sind. Die antikapitalistische Bank ist lukrativer als die großen Eisengesellschaften!! Sehn Sie, das ist ein Geschäft!

## Die französische Brotteuerung bleibt.

Das französische Proletariat leidet bekanntlich unter derselben traurig-räuberischen Zollpolitik wie das deutsche Volk. Die vorjährige Weizenteuerung hat den Franzosen, die vorwiegend Weißbrot essen, ungeheuerliche Summen Geldes gekostet, die in die Taschen der französischen Agrarier und der deutschen Großgetreidebauern geflossen sind. Deutschland führt bei normaler Ernte im westlichen Nachbarlande nach dort so gut wie keinen Weizen aus. Seit dem Jahre 1910 ist das Weizenexportgeschäft nach Frankreich aber sehr eifrig gepflegt worden. Die deutschen Agrarier haben an der französischen Brotnot Hunderttausende verdient! In Paris wurde ja zeitweise der Weizen noch höher bezahlt als in Deutschland, dazu kam aber noch, daß die Weizenausführenden an der deutschen Grenze pro Tonne 55 Mark Einfuhrscheingeld verdienten! Für 1911 liegt die Situation, wie die Aussaatberichte nachweisen, eben wieder so! Die französische Anbaufläche betrug in den Jahren

| | 1911 | 1910 | 1909 |
|---|---|---|---|
| | in Hektar | | |
| Weizen | 5 631 700 | 6 304 700 | 6 450 200 |
| Mischkorn (2/3 Weizen, 1/3 Roggen) | 125 670 | 137 100 | 148 175 |
| Roggen | 1 161 100 | 1 213 860 | 1 248 480 |
| Hafer | 748 090 | 805 250 | 808 150 |
| Gerste | 147 365 | 148 760 | 112 879 |
| | 7 811 925 | 8 609 670 | 8 792 934 |

Nachdem die bebaute Bodenfläche von 1909 auf 1910 schon um etliches zusammenschrumpfte, ist die Gesamtmenge an bebautem Boden für 1911 weiter um ein erhebliches zurückgegangen! Da auch jetzt die Ernteaussichten als nicht allzu günstig betrachtet werden, haben die deutschen Großagrarier schon wieder glänzende Extraprofitaussichten. Und das deutsche Volk kann sich auf kommende hohe Preise gefaßt machen.

# Letzte Nachrichten.

### Raubmord.

**Schleiz** (Reuß), 20. März. (W. T. B.) Heute vormittag wurde in dem benachbarten Möschlitz der 50jährige Zichächner von einem unbekannten Täter durch Hiebe auf den Kopf zu Boden geschlagen und seiner Barschaft beraubt. Zichächner ist bald darauf seinen Verletzungen erlegen.

### Aussperrung in der bayerischen Textilindustrie.

**Hof** (Bayern), 20. März. (W. H.) Bei drei hiesigen Webereifirmen ist die Aussperrung von 650 Arbeitern in Kraft getreten. Die Textilverbände der Arbeitgeber haben beschlossen, in 14 Tagen alle Betriebe zu schließen.

### Das Wettrüsten zur See.

**Paris**, 20. März. (W. T. B.) Die Marinekommission des Senats hat den Bericht Cabart-Danneville angenommen, durch den die Regierung ermächtigt wird, zwei Panzerschiffe auf Stapel zu legen, so wie sie es von der Deputiertenkammer gefordert hatte.

### Annahme des Pensionsgesetzes für die französischen Eisenbahnangestellten.

**Paris**, 20. März. (W. T. B.) (Deputiertenkammer.) Bei der weiteren Beratung des Gesetzentwurfes über die rückwirkende Kraft der Pensionsbestimmungen für die Eisenbahnangestellten begründete Theodore Reinach einen Abänderungsantrag, wonach der Staat einen Teil der Lasten übernehmen soll, welche die Durchführung des Gesetzes den Gesellschaften verursachen wird. Der Antrag wurde von der Budgetkommission und der Regierung bekämpft. Finanzminister Caillaux führte aus, man tue recht daran, diese Lasten den Gesellschaften aufzuerlegen, die sie tragen könnten, ohne daß die Interessen ihrer Obligationsinhaber Gefahr liefen. Der Abänderungsantrag Reinach wurde mit 309 gegen 142 Stimmen abgelehnt. Sodann wurden sämtliche Artikel des Gesetzentwurfes im einzelnen und schließlich mit 491 gegen 37 Stimmen das Gesetz im ganzen angenommen.

### Volkszählung in Indien.

**Kalkutta**, 20. März. (W. T. B.) Nach dem vorläufigen Endergebnis der Volkszählung beträgt die Zahl der Einwohner Indiens 315 Millionen.

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

# Reichstag.

152. Sitzung. Montag, den 20. März, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück.

## Zweite Lesung des Etats für das Reichsamt des Innern.

Achter Tag.

Die Beratung wird beim Kapitel „Reichsversicherungsamt" fortgesetzt.

Abg. **Eickhoff** (Vp.) wünscht eine Klarstellung der Versicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden in der Solinger Stahlindustrie.

Abg. **Hansen** (Däne) beschwert sich über die Ausweisung von rentenberechtigten ausländischen (dänischen) Arbeitern aus Nordschleswig, die dadurch ihrer Rente verlustig gehen.

Abg. **Sachse** (Soz.):

Der Ministerialdirektor Caspar wies vorgestern in Erwiderung auf meine Erwähnung: daß die Fürst Pleßsche Beamten-Baugenossenschaft Geld zu billigem Zinsfuß erhält, auf das Rundschreiben hin, daß die Landesversicherungsanstalten Geld nicht unter 3½ Proz. ausleihen sollen. Sie leihen aber Geld aus zu sehr verschiedenem Zinsfuß, bis zu 5 Proz. Das Land hat ein Interesse daran, zu erfahren, nach welchen Grundsätzen hierbei verfahren wird, und wer das Geld billiger, wer teuerer erhält. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es sollte uns hierüber eine Uebersicht gegeben werden. Ferner antwortete mir der Herr Direktor, der Fürst Pleß mag sehr reich sein, aber die Beamten-Baugenossenschaft sei arm und könne das Geld sehr gut gebrauchen. Es ist doch merkwürdig, daß Fürst Pleß zu allen möglichen Dingen Geld hat, auch dem Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses Herrn Krause hat er unverzinslich ein Darlehn gegeben, aber für seine Beamtengenossenschaft scheint er kein Geld zu haben. Es bleibt bestehen, daß diese Genossenschaft das Geld billiger bekommen hat, als andere. Weiter meinte der Herr Ministerialdirektor, das Reichsversicherungsamt könne nicht auf alle Einzelheiten eingehen. Die Einzelheiten, welche für die Oeffentlichkeit Interesse haben, müssen aber in seinem Bericht enthalten sein. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Oeffentlichkeit muß wissen, wer das Geld zu den verschiedenen Zinsfüßen bekommen hat. (Zustimmung bei den Soz.) Ferner erwiderte der Herr Ministerialdirektor mir, aus den Berichten sei zu ersehen, daß die Revisionen nicht mehr Erfolg hätten wie früher. Dasselbe Reichsversicherungsamt, welches die einzelnen Anstalten angewiesen hat, bei der Gewährung der Renten recht sparsam und vorsichtig zu sein, ist auch die Revisionsinstanz; da ist der Mißerfolg kein Wunder. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Mein Freund Fischer sprach von einem Stillstand der Sozialreform, man kann sogar vom

**Rückschritt der Sozialreform**

sprechen, und daran ist mitschuldig das Reichsamt des Innern und das Reichsversicherungsamt. (Lebhaftes Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ministerialdirektor **Caspar**: Herrn Eickhoff bemerke ich, daß das Oberverwaltungsgericht und das Reichsversicherungsamt die Sache von verschiedenen Gesichtspunkten betrachten, ob sich ein Ausgleich herbeiführen lassen wird, ist noch nicht zu übersehen. Herrn Hanssen erwidere ich, daß bei der Reichsversicherungsordnung darauf Bedacht genommen werden soll, die Ausländer gegen Rentenverluste mehr zu schützen. Die von Herrn Sachse gewünschten Nachweisungen werden von den einzelnen Anstalten gegeben, diese ganzen Uebersichten dem Reichstag zugehen zu lassen, ist wohl kaum nötig.

**Abg. Schmidt-Berlin** (Soz.):

Es ist doch recht sonderbar, daß ein freisinniger Abgeordneter, Herr Eickhoff, die weitergehende loyale Auffassung des Reichsversicherungsamtes in bezug auf die Hausgewerbetreibenden bemängelt. Wir begrüßen jede Entscheidung, welche den Begriff des Arbeiters erweitert, welche den des Hausarbeiters nicht so eng faßt, sondern die Versicherungspflicht anerkennt. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) — Dann möchte ich noch anregen, daß vom Reichsversicherungsamt dahin gewirkt werden möge, daß die Bauberufsgenossenschaften besondere Schutzmaßregeln, besondere Rüstungen bei dem sogenannten „über die Hand Mauern" verlange. Die Arbeiter haben daran ein großes Interesse, denn dieses „über die Hand Mauern" ist ganz besonders gefährlich, und den Arbeitern liegt selbstverständlich nicht an der geringen Rente, sondern an der

**Verhütung der Unfälle überhaupt.**

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Einige Bauberufsgenossenschaften haben solche Vorschriften erlassen, das Reichsversicherungsamt sollte für ihren allgemeinen Erlaß sorgen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Eickhoff** (Vp.) behauptet, von dem Vorredner mißverstanden zu sein, er wolle lediglich eine einheitliche Behandlung vor dem Oberverwaltungsgericht und vor dem Reichsversicherungsamt.

Die Diskussion schließt, das Kapitel wird angenommen.

Es folgt das Kapitel „Kanalamt".

Abg. **Severing** (Soz.):

Man hat uns eine Denkschrift über die Grundsätze vorgelegt, die das Kanalamt gegenüber den Arbeitern seines Ressorts befolgen soll. Die Grundsätze sind wunderschön, einfach untadelhaft; ihr einziger Fehler ist, daß sie nicht befolgt werden. So wenig wie die Betriebe des Militär- und Marineamts wird das Kanalamt von modernen sozialpolitischen Prinzipien geleitet. Da wird in der Denkschrift der Grundsatz aufgestellt, daß, wenn irgendmöglich einheimische Arbeiter beschäftigt werden. Wir unsererseits haben an sich gegen die Beschäftigung auswärtiger Arbeiter nichts einzuwenden, wenn es an einheimischen Arbeitern mangelt und die fremden Arbeiter zu denselben Lohnsätzen beschäftigt werden, wie die einheimischen. Die Kanalverwaltung bezw. die von der Kanalverwaltung beschäftigten Privatunternehmer suchen aber nur deshalb nach auswärtigen Arbeitern, weil sie ihnen geringere Löhne zahlen, als den einheimischen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Darum werden massenhaft auswärtige Arbeiter, Italiener, Holländer usw. angelockt und zwar zum Teil unter direkt trügerischen Vorspiegelungen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Einheimische Arbeiter aber, die sich melden, werden abgewiesen. So z. B. erhielten Bauarbeiter, die in Hamburg ausgesperrt waren, keine Arbeit beim Kanal. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ist das etwa noch Neutralität in sozialpolitischen Kämpfen? Und was sagen die Herren der Rechten zu dieser prinzipiellen, massenhaften Verwendung auswärtiger Arbeiter? Sie sprechen doch immer vom Schutz der nationalen Arbeit. Gehört denn etwa der Schutz der Arbeiter nicht zum Schutz der nationalen Arbeit? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) — Geklagt wird darüber, daß jetzt auch die auswärtigen Arbeiter beim Kanal unzufrieden werden und daß die Gewerkschaften die Schuld daran tragen. Die Gewerkschaften akzeptieren gern diese Beschuldigung. Die Unzufriedenheit mit menschenunwürdigen Zuständen ist ein gewaltiger Kulturfaktor. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Unfallverhütungsvorschriften sind völlig ungenügend, mindestens werden sie in völlig ungenügender Weise gehandhabt. Das Kanalamt begünstigt in einer Weise, die den Interessen der Arbeiter durchaus zuwiderläuft, die Errichtung kleiner, wenig leistungsfähiger Betriebskrankenkassen seitens der einzelnen Unternehmer. Die Grundsätze sprechen von der Bedeutung der Arbeiterausschüsse und von der Notwendigkeit, sie zu hören. In Wirklichkeit ist nicht die geringste Garantie gegeben, daß die Arbeiter, die in den Ausschüssen wirklich die Interessen ihrer Kameraden und Wähler vertreten, gegen Maßregelung geschützt werden. Wer einmal gemaßregelt wird, findet nicht leicht Arbeit am Kanal wieder. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Vielfach wird über den Mangel an frischem Trinkwasser geklagt. Der Alkoholismus wird mit Worten und unzweckmäßigen Vorschriften bekämpft; aber mit wirksamen Maßregeln zur Bekämpfung des Alkohols hapert es; z. B. wird nicht oder nur ungenügend für frischen Kaffee gesorgt. Auch die Baracken lassen manches zu wünschen übrig. Dabei hat man den Betrag, mit dem die Benutzung der Barake auf den Lohn angerechnet wird, erhöht, während der Lohn selbst herabgedrückt wird. Erst neulich ist wieder eine Lohnreduzierung erfolgt und zwar gerade kurz vor Weihnachten. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich fasse mich dahin zusammen: die schönen sozialpolitischen Grundsätze der Denkschrift sind, um mit Fritz Reuter zu sprechen, „Rindfleisch und Plumen", d. h. ein nahrhaftes Gericht, das aber den Arbeitern nicht vorgesetzt wird. Ich bitte die Kanalverwaltung dringend, dafür zu sorgen, daß aus dem bloßen Schaugericht endlich eine Wirklichkeit wird. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Geheimrat **v. Jonquières**: Wir beschäftigen nach Möglichkeit einheimische Arbeiter. Die Heranziehung auswärtiger Arbeiter kann aber nicht ganz vermieden werden. Von den Mißständen, von denen der Vorredner gesprochen hat, ist uns nichts zu Ohren gekommen. Wir werden jedoch Untersuchungen veranstalten, um festzustellen, wie weit die Angaben des Vorredners auf Tatsachen beruhen. Gegenüber den Anklagen des Herrn Severing verweise ich aber auf das Urteil des fortschrittlichen Reichstagsabgeordneten Leonhart, der im allgemeinen der sozialen Fürsorge, wie sie seitens der Kanalverwaltung geübt wird, ein außerordentlich warmes Lob spendet. (Hört! hört!)

Abg. Dr. **Hahn** (k.): Die Parteien, die für den Schutz der nationalen Arbeit eintreten, haben auch das vollste Verständnis für den Schutz des deutschen Arbeiters. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) — Redner verbreitet sich, vom Vizepräsidenten Dr. Spahn oft, aber stets vergebens, zur Sache gerufen, über die holländische Schiffahrt und über die Konkurrenz, die sie der deutschen Binnen- und Küstenschiffahrt bereite, und befürwortet eine Resolution, wonach zu Zwecken der Binnenschiffahrt der Nordostseekanal ausschließlich der deutschen Flagge vorbehalten werden soll. (Beifall rechts.)

Geheimrat **v. Jonquières**: Der Annahme der Resolution stehen rechtliche Bedenken entgegen. Wir können ohne ein Spezialgesetz nicht Ausländer von der Binnenschiffahrt irgendwie ausschließen.

Abg. **Spethmann** (Vp.) begründet eine von ihm in Gemeinschaft mit dem Nationalliberalen Wommelsdorff gestellte, von Fortschrittlern, Nationalliberalen, Sozialdemokraten, Reichsparteilern, Polen und Antisemiten unterstützte Resolution auf Einsetzung einer Kommission von 14 Mitgliedern zur Prüfung der Förderung des projektierten Eckernförder Kanals.

Abg. **Wommelsdorff** (natl.) spricht sich in demselben Sinne aus.

Geheimrat **v. Jonquières** bittet von der Niedersetzung einer besonderen Kommission abzusehen.

Abg. **Leonhart** (Vp.) wendet sich gegen die Resolution Hahn, und rühmt die Ordnung und Verpflegung in den Baracken, in denen die ausländischen Arbeiter am Kanal untergebracht sind.

Die Debatte schließt; das Kapitel wird bewilligt, die Resolution Spethmann-Wommelsdorff wird abgelehnt, die Resolution Hahn kann nicht zur Abstimmung kommen, da sie noch nicht gedruckt vorliegt.

Es folgt das Kapitel „Aufsichtsamt für Privatversicherung".

Abg. Dr. **Marcour** (Z.) begründet eine Zentrumsresolution, die einen Gesetzentwurf verlangt, durch welchen die sog. Abonnentenversicherung (Verbindung von Zeitungsabonnement und Versicherung) verboten wird. Man hat versucht, diesem Unfug auf Grund des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb entgegenzutreten, aber vergeblich.

Abg. Dr. **Junck** (natl.) begründet eine Resolution, die eine Denkschrift darüber verlangt, ob Mißstände hervorgetreten sind. Der Antrag des Zentrums sei viel zu radikal.

Ministerialdirektor **Caspar** (schwer verständlich) bezeichnet die Ausführungen der Abgg. Marcour und Junck als sehr beachtenswert. Große Mißstände haben sich jedoch bei der Abonnentenversicherung nicht herausgestellt.

Abg. **Schwartz-Lübeck** (Soz.):

Die Abonnentenversicherung ist eine der unangenehmsten Blüten am Baume des modernen Zeitungswesens. Eine anständige Zeitung, einerlei welcher Richtung, die ihren Lesern einen Inhalt zu bieten weiß, wird nicht versuchen, durch solche Mittel, wie Versicherung usw., sich Abonnenten zu kapern. Hinzukommt, daß naturgemäß der Wert der Versicherung im allgemeinen recht zweifelhafter Natur ist. Wenn im Inseratenteile zu lesen ist, der Witwe des Verunglückten sind 600 M. ausgezahlt worden", so wirkt das unangenehm reklamehaft. Aber weit bedenklicher ist es, daß die Bedingungen der Versicherung meist absichtlich so gehalten sind, daß der einfache Mann sich nicht durchfinden kann.

Das Zentrum tritt hier gegen diese Abonnentenversicherung auf; aber die Zentrumspresse betreibt dieses Geschäft recht munter. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So griff in Freiburg ein Zentrumsblatt, um sich der Konkurrenz eines jüngeren Zentrumsblattes zu erwehren, zu dem Mittel der Abonnentenversicherung. Auch das Blatt des Herrn Giesberts, das „Essener Volksblatt", betreibt das Versicherungsgeschäft. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Vollständig frei von solchen Manövern hält sich nur die sozialdemokratische Arbeiterpresse. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden für die Resolution des Zentrums eintreten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. **Potthoff** (Vp.): Wir werden für die nationalliberale Resolution auf Vorlegung einer Denkschrift über die Abonnentenversicherung stimmen, dagegen die Zentrumsresolution als zu weitgehend ablehnen. Die Auffassung der Abonnentenversicherung seitens der Regierung scheint uns zu optimistisch, die Auffassung des Zentrums wieder zu pessimistisch zu sein.

Ich muß erneut die Aufmerksamkeit auf die Werkspensionskassen richten. Daß die Regierung, wie verlautet, in dem Gesetzentwurf über die Privatbeamtenversicherung die Fortexistenz der Werkkassen beabsichtigt, ist sehr bedauerlich. Der schlimmste Mißstand ist, daß die Angestellten und Arbeiter durch Anstellungsvertrag zu Beiträgen für diese Kassen verpflichtet werden, Beiträgen, die verfallen, wenn die Angestellten aus dem Betrieb ausscheiden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Aufsichtsamt sollte mindestens den Werkkassen nicht minder strenge Bedingungen vorschreiben, als den privaten Versicherungsgesellschaften. (Beifall links.)

Staatssekretär **Delbrück**: Die Ausführungen des Vorredners erscheinen mir nicht in allen Punkten zutreffend zu sein. Ich halte es aber für besser, wir unterhalten uns über die Werkkassen nicht hier, sondern bei der Privatbeamtenversicherung, also hoffentlich in nicht allzu ferner Zeit. — Redner erklärt sich bereit, eine Umfrage über Umfang und Wirkungen der Abonnentenversicherung zu veranstalten.

Abg. **Giesberts** (Z.): Die Erklärung des Staatssekretärs ist entgegenkommender wie die des Ministerialdirektors Caspar; dessen Ausführungen klangen wie eine Reklame für die Abonnentenversicherung. (Sehr richtig!) Bei der vom Staatssekretär in Aussicht gestellten Umfrage müssen auch die Organisationen der Presse befragt werden; 99 Prozent derselben werden die Abonnentenversicherung rückhaltlos verwerfen, sie ist ein Schädling am Baum

# Kleines Feuilleton.

## Theater.

Neues Schauspielhaus: „Wiederkehr", Schauspiel von Hans Olden. Ist das Theater ein Ort für experimentelle Pathologie? Nein. Sind Halluzinationen eines anormalen Hirns auf der Bühne darstellbar? Wir sehen da einen jugendlichen Musiker als Neurastheniker. Richard Garnier ist krankhaft aus unglücklicher Liebe. Klara Lentze wurde die Braut eines jungen Kaufmanns, der soeben zwecks Verheiratung auf der Heimreise von Amerika her begriffen ist, jedoch bei einem Schiffszusammenstoß auf offenem Meere ertrunken sein muß, da sein Name in der Liste lebend Geretteter nicht verzeichnet stand. Garnier glaubt trotzdem an wunderbare Zufälle. Gesetzt, der Rivale sei wirklich tot, nun, so wird ja Klara — und sie sagt's ihm selber — die Seine. Wenn Hellmann doch gerettet wäre und plötzlich erschiene? Und diese entsetzlichen Wahnvorstellungen lassen Richard nicht mehr los. Am Abend des Tages, da die Nachricht von der Schiffskatastrophe eingetroffen ist, sitzt er allein im Zimmer, abwechselnd musizierend und nervös wieder umherlaufend. Da — unter Gewittern, die draußen toben — tritt der Totgemeldete ein. Ist er's wirklich? Garnier spricht mit ihm, bittet ihn kniefällig zu verschwinden, schwört, daß er auf das Mädchen nicht mehr Verzicht leisten könne; ja, er preßt jenem das Zugeständnis ab, heute noch einmal mit ihr zusammensein zu dürfen. Dafür verpflichtet er sich, ihr Hellmanns Anwesenheit zu vermelden. Und dann, als dieser gegangen ist, stürmt er unter Blitz und Regen fort: dem Wäldchen entgegen, wo er und Klara sich treffen wollen. Sie kommt auch mit Zukunftsplänen, die sie ihm unter heißen Liebesbeteuerungen offenbart. Allein Richard ist so seltsam ernst. Schließlich sagt er ihr, daß Hellmann da sei. Sie glaubt es nicht und kehrt nach Haus zurück. Einsam bleibt Richard an der Stelle. Plötzlich sieht er Hellmann, den Feigling, den Schleicher. In maßloser Wut fällt er ihn an, würgt ihn, zwingt ihn zu Boden . . . Sturm, Blitzschlag, Regen — sonst kein Laut. Entsetzt läuft Richard davon . . . Früh morgens sehen wir ihn auf dem Polizeibureau, sich des Mordes bezichtigend. Man unterzieht ihn einem peinlichen Verhör, sucht auch die Waldstelle nach der Leiche des Getöteten ab. Aber keine Spur von ihm — bis dann festgestellt wird, daß Hellmann wirklich ertrunken und seine Leiche bereits geborgen ist. Betäubt wankt Richard hinaus und weist selbst das Mädchen zurück; denn keiner wisse, was er weiß. . . . Also war's eine Halluzination, ein geistiger Dämmerzustand, worin der Kranke befangen gewesen; eine Täuschung für das Publikum, vier Akte hindurch! Kann das ein Drama sein? fragt man sich verwundert. O, es birgt gewiß kleine feine Züge, packenden Stimmungsgehalt und vereinzelte seltsam dramatische Ansätze. Aber als Drama ermangelt es der überzeugenden Kraft. Die Regie tat — mit Ausnahme einiger Verstöße im Schlußakt — alles, was möglich war. Das Waldstück z. B. wirkt gruselig schön. Jedoch, von den Darstellern kommen nur Heinz Salfner (Garnier), Maria Mayer (Klara) und Berta Hausner (Tante) in Frage; alle sonstigen Rollen sind zu spärlich vom Dichter bedacht worden. Das Stück fand, wohl wegen seiner Fremdartigkeit, nur eine kühle Aufnahme. e. k.

## Musik.

In der Königlichen Oper hat sich am Sonnabend wieder einmal eines jener sogenannten Ereignisse abgespielt, das nach außen hin fast interessant erscheint, während es doch innerlich nichts als eine Blamage für ein Institut von der Bedeutung unserer Königlichen Oper bedeutet. Nach der trostlosen Niederlage, die sich Leoncavallo, der glückberauschte Schöpfer der „Bajazzi", vor gottlob langen Jahren mit seiner Auftragsoper „Der Roland von Berlin" geholt hat, hätte er sich fürwahr erst dann wieder an dieser exponierten Stelle zeigen dürfen, wenn ihm wirklich ein ganz großer Wurf gelungen wäre! Statt dessen hoffte er, den Mißerfolg, den sich sein trotz Eifersucht und Dolchstoß nicht einmal blutrünstiges, sondern nur unendlich naives Machwerk „Mala" in der Heimat errungen hatte, dadurch vergessen machen zu können, daß er sich das sogenannte Libretto des Herrn v. Choudens durch den Oberregisseur Droscher in ein waschechtes Kulissendeutsch übertragen ließ. Charakteristisch für die Servilität des Opernhausstammpublikums ist es, daß man den weltberühmten Komponisten der „Bajazzi" noch gar hervorapplaudierte! Muß man es wirklich noch berichten, daß diese Mala natürlich den Mann, den sie liebt, nicht bekommen kann, alldieweil er, der ihr — oh der Schmöde! — die Ehre geraubt, einer anderen Maid die Hand zum Lebensbunde reichen muß! Fühlst Du auch, o Leser, die grausige Tragik der Szene, in der die „tödlich" gekränkte Mala ihrem Galan seine Missetat vor den Augen seiner Braut ins Gesicht schreit, um dann im letzten Akt den Dolchstoß, mit dem ihr Geliebter Renaud seinen Rivalen Torias niederstrecken will, aufzufangen und dem „Maestro" zu Ehren erst dann zu sterben, nachdem sie die übliche Todesfriedensarie aller italienischen Opern-Isolden geschluchzt hat?! Wenn wenigstens noch die Musik die naive Durchsichtigkeit dieser unglaublicherweise noch in drei Akte auseinander verzettelten „Handlung" gemildert hätte, statt sie zu verstärken. Nur im zweiten Aufzug, wenn die sogenannten „düsteren" Vorgänge durch die herkömmlichen heiteren Volksepisoden mit Gesang und Tanz unterbrochen werden, wenn die Farandole erklingt und die Burschen und Mädchen im Chore singen und tanzen, dann ist es, als wenn sich auch der Komponist freier, ungezwungener bewegt, dann gewinnt auch seine Musik wieder etwas von der Eleganz und der rhythmischen Geschmeidigkeit, die seine „Bajazzi"-Partitur auszeichnet. Besonders das südfranzösische Volkslied „Gieb Acht, Marion!" (sicherlich mit Benützung von Originalmelodien verfaßt!) wirkt frisch und echt. Ueberaus flach und trivial aber ist die motivische und melodische Arbeit, und auch in der Instrumentation bedient sich Leoncavallo jener kraß gegensätzlichen, in Deutschland mit Recht verpönten romanischen Orchester-Effekte, die — dem Durchfall des Werkes in Italien nach zu schließen — doch auch jenseits der Alpen nicht mehr beliebt zu sein scheinen.

Recht gut und ausgeglichen war die Darstellung. In der Titelrolle konnte Frau Kurt einmal ihr Können an einer größeren Partie erproben: in der Darstellung noch an der Schablone haftend, hatte sie doch auch einige bessere Momente, in denen man eine Individualität spürte, die sich gesanglich namentlich in der kräftigen Mittellage verrät. Die Herren Maclennan und Bischoff machten aus ihren undankbaren Rollen das Menschenmögliche. Auch Kapellmeister Blech holte alles und noch mehr aus der Partitur heraus, was in ihr steckte. Aber trotzdem wird „Mala" bald ausgelitten haben! Arth. R.

## Humor und Satire.

Der Block-Bock. In der Kurpfuscherkommission des Reichstages verteidigte ein konservativer Abgeordneter die Heilung von Krankheiten durch Sympathiemittel und durch Besprechungen. Dabei kam zur Sprache, daß Kotpulver eines noch jungfräulichen Ziegenbocks als Mittel gegen die Fallsucht empfohlen wurde.

Das ist ein echtteutscher Glaube, der von unseren echtteutschen Ahnen stammt. Schon bei den Cheruskern standen die Ziegenböcke, solange sie jungfräulich waren, in hohem Ansehen, und die unverdauten Reste ihrer Speisen galten als heilig. Ein echt teuschter Mann verehrt diese Reste auch heute noch.

In letzter Zeit ist das Zentrum sehr häufig umgefallen. Diese Umfallanfälle werden immer häufiger, und die Fälle dieses bösen Falls werden von Fall zu Fall schwerer. Wie wäre es, wenn man dem Zentrum als Heilmittel gegen diese feine Fallsucht Kotpulver eines jungfräulichen Ziegenbocks eingäbe? („Jugend.")

Das Recht auf die Ehefrau. Die Ehefrau: „Nee, Herr Präsident! Die Ehefrau dient lediglich dem Verkehr — — mit dem Ehemann!" („Simplizissimus.")

**der deutschen Presse und dieser Schädling muß totgedrückt werden.** (Bravo! im Zentrum.)

Staatssekretär Dr. **Delbrück**: Der Ministerialdirektor Caspar hat keine Reklamerede für die Abonnentenversicherung gehalten, sondern er hat ihren Umfang geschildert, um zu zeigen, daß es nicht so einfach ist, hier gesetzgeberisch einzugreifen. **Jedenfalls will ich hoffen, daß die „Essener Volkszeitung" die Rede des Ministerialdirektors nicht zur Reklame für die von ihr neu eingeführte Abonnentenversicherung benutzen wird.** (Große Heiterkeit.)

Abg. **Stolle** (Soz.):

Die großen kartellierten Versicherungsgesellschaften haben eine große Macht in Händen, indem die nicht kartellierten Gesellschaften zur Rückversicherung nicht zugelassen werden. So wird ein unehrlicher Kampf von den kartellierten Gesellschaften geführt, und sie erzielen dabei Riesengewinne, **Dividenden bis zu 100 Proz. werden** ausgezahlt, und zwar **auf Einzahlungen von 10, 20 oder 30 Proz. des nominellen Kapitals.** (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Riesengewinne werden gemacht durch keine Ausbeuterei des Publikums. Wir verlangen eine **Verstaatlichung der großen Versicherungsgesellschaften**; das würde ungeheure Vorteile bringen, namentlich, wenn man die **Feuerversicherung**, die **Hagelversicherung** und andere wichtige Versicherungen obligatorisch machen würde. Die Verstaatlichung des Versicherungswesens wäre ebenso ein Fortschritt wie die der Eisenbahnen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Ministerialdirektor **Caspar**: Die von Herrn Stolle angeregten Fragen sind im Aufsichtsamt für Privatversicherung eingehend erörtert werden; das Resultat ist in einer Denkschrift niedergelegt, auf deren Einzelheiten ich bei der vorgerückten Zeit nicht eingehen will.

Abg. Dr. **Junck** (natl.) fragt, ob die Absicht besteht, die privaten Versicherungsgesellschaften zu zwingen, einen Teil ihrer Gelder in Reichs- und Staatsanleihen anzulegen. Dem müßte stärkster Widerstand entgegengesetzt werden.

Staatssekretär Dr. **Delbrück**: Auf diese Frage **vermag ich nicht** zu antworten, da noch Erwägungen schweben.

Die Debatte schließt. Das Kapitel wird **bewilligt**. Die Zentrumsresolution sowie die der nationalliberalen Partei werden **angenommen**.

Die zum Kapitel „Kanalamt" gestellte **Resolution Hahn**, welche die Binnenschiffahrt im Kaiser-Wilhelm-Kanal der deutschen Flagge vorbehalten will, liegt jetzt gedruckt vor und wird deshalb zur Abstimmung gebracht; sie wird **abgelehnt**.

Bei den „Einmaligen Ausgaben" hebt

Abg. **Spahn-Bonn** (Z.) die Bedeutung des Internationalen Instituts für Sozialbibliographie, zu dem das Reich einen Beitrag von 15 000 M. zahlt, hervor und teilt mit, daß eine private Gesellschaft sich gebildet hat zur Bildung eines Allgemeinen Zeitungsmuseums und zur Herausgabe einer Allgemeinen Zeitungsbibliographie, wodurch die Presse in weit höherem Maße als bisher nutzbar für das Volk gemacht werden soll; diese Organisation hat überall das größte Entgegenkommen gefunden, die Reichspost hat die Bestrebungen in großzügigster Weise unterstützt. Nur das Reichsamt des Innern hält sich zurück. (Redner schildert ausführlich die Tätigkeit des Ausschusses. Vizepräsident Dr. Spahn verweist den Redner auf den vorliegenden Titel. (Große Heiterkeit.) Ich bitte den Staatssekretär, seine Zurückhaltung aufzugeben. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. **Bassermann** (natl.) schließt sich dieser Anregung an und weist dann auf die geplante deutsche Südpolar-Expedition hin, die unter Oberleutnant Filchner im Mai aufbrechen wird, und zu der die Mittel auf privatem Wege aufgebracht sind; hoffentlich wird das Reich später Mittel zur Bearbeitung der wissenschaftlichen Resultate zur Verfügung stellen. (Bravo!)

Geheimrat **Lewald**: Der Antarktischen Expedition bringt das Reich großes Interesse entgegen. Mittel sind bei der Finanzlage des Reiches für die Ausrüstung nicht angefordert, doch erfährt sie von der Reichsbehörde jede Förderung.

Abg. Dr. **Heckscher** (Vp.): Aus den Ausführungen des Regierungsvertreters sprach eine allerdings sehr warme, aber nur platonische Liebe. Es wäre doch wohl besser gewesen, die Expedition auch mit Reichsmitteln zu unterstützen.

Staatssekretär Dr. **Delbrück**: Wir müssen leider diesen Teil des Etats kurz halten, bis unsere Finanzen besser sind.

Abg. Frhr. v. **Richthofen** (k.): Ich freue mich, daß solche Unternehmungen wie die neue Südpolar-Expedition in Deutschland aus privaten Mitteln zustande kommen können.

Nachträglich wird über die Kommissions-Resolution betreffend erhöhte Mittel für Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche abgestimmt. Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats werden bewilligt.

Es folgt

**der außerordentliche Etat.**

Für die Förderung der Herstellung von Kleinwohnungen werden im Etat gefordert für die Gesamtheit der Bundesstaaten 644 000 M., für die Bundesstaaten mit Ausnahme von Bayern und Württemberg 136 000 M.

Ein Antrag Albrecht (Soz.) verlangt Erhöhung der Summe auf 1 500 000 M. bezw. auf 2 500 000 M.

Abg. Jäger (Z., unverständlich) scheint im Prinzip für, in der Praxis gegen den Antrag zu sein.

Abg. **Hoch** (Soz.):

Mit prinzipiellen Erklärungen wird die Wohnungsfrage nicht gefördert. Wenn das Zentrum wirklich etwas für die Förderung von Arbeiterwohnungen tun will, dann stimme es für unseren Antrag! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im vorigen Jahre hieß es, daß in diesem Jahre 4 Millionen eingestellt werden sollen. In diesen Etat sind aber nur 2 Millionen eingestellt und die bürgerlichen Parteien berufen sich auf die schlechte Finanzlage. Warum verweist man nicht darauf bei den Forderungen des Militarismus und Marinismus? Aber Militärvorlagen nimmt man unbesehen an, während **für Kulturzwecke kein Geld vorhanden ist.** In einem Etat, wie dem unsrigen, sollten doch 2 Millionen keine Rolle spielen. Der Reichstag sollte wirklich unseren Antrag einstimmig annehmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Schatzsekretär **Wermuth** bekämpft den Antrag. Im letzten Jahrzehnt sind insgesamt 39 Millionen von Reichswegen zur Förderung von Kleinwohnungen ausgegeben worden. Das ist keine Kleinigkeit. Sparsamkeit muß auch im außerordentlichen Etat geübt werden.

Abg. **Hoch** (Soz.):

Auch wir sind für Sparsamkeit. Aber sie muß am rechten Orte begonnen werden, bei Heer und Marine, nicht aber bei Kulturzwecken. — Im vorigen Jahre hat der Staatssekretär des Innern das bindende Versprechen abgegeben, daß in diesem Jahre vier Millionen eingestellt werden sollen. Die Baugenossenschaften haben sich darauf eingerichtet. **Gilt denn überhaupt noch in Deutschland ein Ministerversprechen?** (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär **Delbrück** (schwer verständlich): Meine Erklärung im vorigen Jahre verstand sich unter Voraussetzung der Finanzlage. Ich habe auch nicht in bindender Weise von 4 Millionen gesprochen. Von einem Wortbruch meinerseits kann also nicht geredet werden.

Abg. **Hoch** (Soz.):

Ich muß leider den Vorwurf aufrechterhalten und berufe mich auf den Wortlaut der Rede des Staatssekretärs vom 5. März des vorigen Jahres.

Staatssekretär **Delbrück** bestreitet, daß seine Erklärung vom vorigen Jahre den Sinn habe, den Abg. Hoch ihr beilege.

Abg. **Hoch** (Soz.):

Die Worte des Staatssekretärs im vorigen Jahre können nur dahin ausgelegt werden, daß er im nächsten, das heißt also in diesem Jahre eine höhere Summe, also mehr als 2 Millionen, in den Etat einstellen werde. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Nach einer nochmaligen Erwiderung des Staatssekretärs **Delbrück** wird der Antrag Albrecht gegen die Stimmen der Sozialdemokraten **abgelehnt**, die Positionen in der Höhe der Etatsforderungen **bewilligt**.

Eine Reihe **Titel werden debattelos erledigt.**

Um 1/2 9 Uhr schlägt der Vizepräsident Dr. **Spahn vor, noch den** Gesetzentwurf über die Abänderung des § 15 des Zolltarifgesetzes vorzunehmen. (Große Unruhe links; stürmische Rufe: Zur Vertagung!)

Abg. **Wiemer** (Vp.) [zur Geschäftsordnung]: Ich bitte dringend, den Gegenstand heute nicht mehr zur Beratung zu stellen. (Lebhafte Zustimmung links.) Ueberhaupt möchte ich anregen, mit dieser übermäßigen Ausdehnung der Sitzungen zu brechen. (Erneute Zustimmung links.) Darunter leiden die parlamentarischen Geschäfte, darunter leidet die Gesundheit der Mitglieder dieses Hauses, darunter leiden die Vertreter der Presse und die Angestellten und Beamten dieses Hauses. Wir sollen nicht bloß von Sozialpolitik sprechen, sondern auch Sozialpolitik treiben. (Lebhafter wiederholter Beifall links.)

Abg. **Ledebour** (Soz.):

Auch in den Kommissionen wird jetzt forciert gearbeitet, in der Budgetkommission ist ein Antrag angenommen, die Sitzung morgen schon um 1/2 9 Uhr zu beginnen, und jetzt ist es 1/2 9 Uhr. **Eine Möglichkeit, den Etat vor dem 1. April zustande zu bringen, liegt nicht vor,** und deshalb fällt auch jeder Scheingrund für diese forcierten Verhandlungen fort (Lebhafte Zustimmung links), die auch nicht im Interesse des Volkes liegen. Bei einer anderen Gelegenheit hat Herr Gamp gesagt, er sei von Beginn der Sitzung der Budgetkommission im Hause, und könne nicht länger als bis 6 Uhr frisch und arbeitsfähig sein. Vor einiger Zeit hat ein nationalliberaler Herr in einer Kommission infolge der Ueberarbeit einen schweren Unfall erlitten, ebenso hier im Plenum einer der Herren Stenographen. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Ich bitte deshalb den Herrn Präsidenten, jetzt die Vertagung eintreten zu lassen und von morgen ab wieder normale Sitzungen eintreten zu lassen. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. **Hoch** (Soz.):

Man hat wohl von vornherein gesagt, der Etat soll zu Ende gebracht werden, aber nicht, daß uns zugemutet wird, von 9 Uhr des Morgens bis 9 Uhr des Abends zu arbeiten. (Sehr wahr! links.)

Abg. **Wellstein** (Z.): Früher war es üblich, von 1 Uhr bis 5 oder höchstens 6 Uhr zu tagen. Aber die Sitzungen haben an Dauer nur dadurch zugenommen, daß hier übermäßig längere Reden gehalten werden. Wenn Sie sich mäßigen (Lebhafte Zurufe links: Wer? wer?), würden unsere Arbeiten schneller vorwärts kommen; ich widerspreche daher einer Vertagung.

Abg. Dr. **Mugdan**: Herr Wellstein tut so, als ob die Schuld an den langen Sitzungen den langen Reden der Linken beizumessen seien.

Vizepräsident Dr. **Spahn**: Der Abg. Wellstein hat nur überhaupt von langen Reden gesprochen. (Abg. Ledebour (Soz.) u. a.: Nein! er sagte „Sie", nach der Linken weisend.)

Abg. Dr. **Mugdan** (fortfahrend): Gerade Redner vom Zentrum waren es, die bei verschiedenen Verhandlungen darauf hingewiesen werden mußten, zur Sache zu sprechen. Die Herren leiden ja gerade nicht an außerordentlicher Stummheit. (Lebhafte Zustimmung links.) Ebensowenig Herr Hahn von den Konservativen. (Lebhaftes Sehr gut!) Wenn man irgend jemand einen Vorwurf für die Verlangsamung der Geschäfte machen will, so trifft er einzig und allein die Mehrheitspartei. (Lebhafter Beifall links.)

Vizepräsident Dr. **Spahn**: Ich schließe die Geschäftsordnungsdebatte. (Zurufe links: Hört! hört!) Ich bemerke noch, Wortmeldungen liegen nicht vor. (Abg. Ledebour [Soz.]: Ich habe mich sehr deutlich gemeldet, da haben Sie mir freundlich abgewinkt [Heiterkeit].) Es hat auch keinen Zweck, diese Debatte weiter zu führen.

Abg. Dr. **Wiemer** (Vp. — zur Fragestellung): Falls der Präsident die Frage zur Abstimmung bringen will, bezweifele ich die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Abg. **Ledebour**:

Zu einer anderen Sache der Geschäftsordnung. **Ein großer Teil der Kalamität ist auf die Regierung zurückzuführen, die den Etat zu spät einbringt** (Lebhaftes Sehr richtig! links) und in den Kommissionen die einzelnen Etats zurückzustellen bittet, weil die Regierungskommissare mit ihren Vorbereitungen noch nicht fertig sind. Die beiden wichtigen Etats des Auswärtigen Amts und des Reichskanzlers stehen heute noch nicht zur Verhandlung, obwohl gerade sie an den Anfang der Etatberatung gehören. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) **Die wichtigsten Fragen werden nun wieder wahrscheinlich nachträglich zurückgestellt.**

Vizepräsident Dr. **Spahn**: Dem Zweifel an der Beschlußfähigkeit schließt sich das Bureau an. Ich beraume die nächste Sitzung an auf Dienstag 1 Uhr mit dem Rest der heutigen Tagesordnung. (Bilder zur Kalipropaganda.)

Schluß 9 Uhr.

# Parlamentarisches.

### Aus der Budgetkommission des Reichstages.

Am Montag wurde die Beratung des Kolonialetats fortgesetzt. Beim Etat für Ostafrika fragte Abg. Arning, wieviel landfremde Askaris (farbige Soldaten) in Ostafrika sind und ob sie auch an den Maschinengewehren ausgebildet werden. Es wäre zu befürchten, daß die Askaris eines Tages die Maschinengewehre gegen die Weißen richten könnten. Staatssekretär v. Lindequist gab an, daß 400 landfremde Askaris vorhanden sind. Die Maschinengewehre werden nur von Weißen bedient. — Die Militärverwaltung in Ostafrika erfordert eine Ausgabe von 2 040 890 M. ohne Pensionen. Das farbige militärische Personal besteht aus 2 Offizieren, 22 Feldwebeln, 167 Sergeanten und Unteroffizieren sowie 2341 Gemeinen. Die farbigen Gemeinen erhalten eine Löhnung von 820 bis 564 M. Die Flottille erfordert eine Ausgabe von 214 428 M. Für Bauten der Zivilverwaltung wurden gegen das Vorjahr 258 000 M. mehr gefordert. Bei der Position von 110 000 M. zur Förderung der Baumwollkultur kommt es zu einer Debatte, in der u. a. Abg. Ledebour betont, daß die Sozialdemokratie jeden Versuch unterstützen werde, die Baumwollkulturen in den Kolonien zu fördern. Zu beachten seien aber die sehr erheblichen Schwankungen in der Beurteilung der Möglichkeit, in Ostafrika den Anbau der Baumwolle auszubreiten. Durch einen Zwischenruf weist Abg. Arning darauf hin, daß erst in einem Menschenalter die Eingeborenen fähig sein werden, die Baumwollkulturen ertragsfähig zu betreiben. Abg. Ledebour fragt über die wirtschaftlichen Aussichten im Kilimandscharogebiet an. Der Staatssekretär glaubt, daß das Gebiet sich besonders für mittlere Wirtschaftsbetriebe eignen werde. Wenn auch in der Gegenwart ein besonderer Nutzen dabei nicht zu erfassen ist, so müsse man aber auch daran denken, für die Enkel zu sorgen. Abg. Arning kritisiert die unter Dernburg erfolgte Ansiedlung von zwölf deutsch-russischen Familien am Kilimandscharo, die unter dem „demoralisierenden Einfluß des Slawentums" gestanden hätten. Gegen diese alldeutsche Herabsetzung fremder Völker wendete sich Abgeordneter Ledebour mit dem Hinweis, daß, wenn die Leute demoralisiert seien, nicht das slawische Volk, sondern die elenden russischen Zustände verantwortlich gemacht werden müssen. Für die Fortführung der Bahn von Morogoro (Ausgangspunkt die Hauptstadt Daressalam) nach Jabora wird die vierte Rate im Betrage von 14 Millionen Mark gefordert. In dieser Summe sind auch Ausgaben zu Vorarbeiten enthalten, um die Bahn von Tabora nach dem Tanganjika-See weiterzuführen. Staatssekretär v. Lindequist meinte, eigentlich hätte sich der Reichstag für den Bau bis an den Mangarizikasee erklärt. Demgegenüber erklärt Abg. Ledebour, daß es unzutreffend ist, daß der Reichstag sich irgendwie festgelegt habe. Aus der bewilligungslustigen Stimmung einzelner Budgetkommissionsmitglieder könne nicht das Gegenteil geschlossen werden. Es sei überhaupt eigentümlich beim Bau dieser Bahn verfahren worden. Zuerst sollte nur eine Stichbahn bis Morogoro angeblich gebaut werden, dann kam die Fortsetzung bis Tabora, wobei erklärt wurde, kein Mensch denke daran, weiterzubauen und jetzt werden schon die Vorarbeiten unternommen, um bis an den Mangalika zu gelangen. Die weitere Debatte verliert sich in Einzelheiten. In der Abstimmung werden die geforderten Summen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt. Lebhafte Beschwerden wurden über die Ostafrika-Linie erhoben, die bei Frachten einen willkürlichen sogenannten Reedereizuschlag erhebt, der oft höher ist als die Frachtsätze selbst. Eine Resolution, die fordert, daß der Reichskanzler darauf hinwirkt, daß alle subventionierten Dampferlinien einheitliche Frachtsätze aufstellen, wurde gegen eine Stimme angenommen. Der Reichszuschuß für die Militärverwaltung in Ostafrika beträgt 8 542 700 Mark. Es wird angeregt, diesen Zuschuß in Zukunft nicht mehr dem Reich, sondern vielmehr der Kolonie aufzuerlegen. — Es folgte dann die Beratung des Etats für Kamerun.

# Aus der Partei.

### Gemeindewahlen in Baden.

Bei der Ersatzwahl in Heppenheim (bei Heidelberg) kam der erste Sozialdemokrat in den Gemeinderat; der Genosse Kob erhielt über drei Viertel der abgegebenen Stimmen.

In Oeschelbronn (Amt Pforzheim) gelang es unseren Genossen zum erstenmal, eine Vertretung im Gemeinderat zu erringen. Zwei Sozialdemokraten und ein Bürgerlicher siegten mit großer Mehrheit gegen die Liste der Konservativen. Diese ehemalige Hochburg der Reaktionäre ist nun erobert; die Hälfte der Gemeinderatssitze ist in den Händen der Sozialdemokratie, da auch bei der Ersatzwahl noch ein Sitz erobert wurde.

### Unsere Toten.

In Sommerfeld, Kreis Krossen, wurde am Sonntag unter Beteiligung von etwa 1000 Personen Genosse Oswald Benkendorf zu Grabe getragen. Die Proletarierkrankheit hat ihn im Alter von 49 Jahren daringerafft. Bis in die letzten Monate stand er in den vordersten Reihen der gewerkschaftlichen und der politischen Bewegung. In der schweren Zeit des Sozialistengesetzes als junger Textilarbeiter geschult, bekleidete Benkendorf bis an sein Ende die ihm übertragenen Vertrauensämter in vorbildlicher Weise. Ueber die Grenzen Sommerfelds hinaus wird dem wackeren Streiter ein ehrendes Andenken bewahrt werden.

### Ein syndikalistisches Tagblatt.

**Paris**, 16. März. (Eig. Ber.) Im April wird hier ein syndikalistisches Tagblatt erscheinen, das den Namen „La Bataille" führen wird. Die Redaktion und Administration befindet sich am Sitze der Arbeitskonföderation. Zum Gründungsfonds haben u. a. die Bauarbeiter 10 000 Fr., die Erdarbeiter 5000 Fr. beigesteuert. Natürlich handelt es sich bei den Gründern nicht um ein Gewerkschaftsblatt — denn daß sich ein solches nicht halten könnte, geht schon aus der beschränkten Auflage des wöchentlich erscheinenden Konföderationsorgans „Voix du Peuple" hervor — sondern um ein Propagandablatt für anarchosyndikalistische Politik. Als solches wird sich die „Bataille" namentlich um die Schichten bemühen, aus denen die „Humanité" ihren Leserkreis rekrutiert — ob mit Erfolg, bleibe dahingestellt. Der Vorgänger der „Bataille", die „Revolution", hat dabei kein Glück gehabt. Doch rechnen die Gründer mit der bevorstehenden großen Bauarbeiterbewegung.

### Hartes und mildes Urteil.

Die „Gazeta Robotnicza" hatte vor einiger Zeit den Vorsitzenden der Polnischen Berufsvereinigung Sosinski in einem Artikel abgefertigt, der eine Erwiderung auf einen vorhergegangenen Angriff Sosinskis darstellte. Die Veröffentlichung, die von dem Genossen Kaspari verantwortlich gezeichnet war, enthielt einige geringfügige formelle Beleidigungen; es waren aber in keiner Weise irgend welche ehrenkränkende Behauptungen aufgestellt. Das Bochumer Schöffengericht erkannte, trotzdem der Angeklagte unbestraft war, auf 300 Mark Geldstrafe. Solch horrende Strafe wegen einer solchen Lappalie war bisher an den Bochumer Gerichten nicht zu verzeichnen. Um so bemerkenswerter ist es, daß unter demselben Vorsitzenden, einem Assessor, vor einiger Zeit gegen zwei Verleumder, die die schwersten, gehässigsten Beleidigungen und Verdächtigungen gegen den Vorstand des Bergarbeiterverbandes in Flugblättern verbreitet hatten, in zwei Fällen auf eine Geldstrafe von je 15 Mark erkannt wurde!

### Ein Freispruch.

Die Mannheimer Strafkammer hat auf die Berufung des Zentrumsredakteurs Förster-Mannheim hin das Urteil des dortigen Schöffengerichtes, das den Genossen Oskar Geck („Volksstimme") von der Anschuldigung der Beleidigung freisprach, bestätigt. Es handelte sich um einen Artikel der Mannheimer „Volksstimme", worin die gottgewollte Abhängigkeit der Zentrumsredakteure von der katholischen Geistlichkeit kritisch behandelt wurde.

# Jugendbewegung.

### Protest der Frankfurter Arbeiterjugend gegen die Polizeimaßnahmen.

Die Arbeiterjugend in Frankfurt a. M. protestierte am Sonntagvormittag in einer machtvollen Kundgebung — der große Saal des Gewerkschaftshauses war dicht besetzt — gegen die Auflösung der Jugendorganisation durch den Polizeipräsidenten. Der Referent Genosse Kaiser übte unter stürmischer Zustimmung der Versammelten scharfe Kritik an dem Vorgehen der preußischen Polizei, die wohl in der freien Jugendorganisation, nicht aber in den evangelischen und katholischen Jünglingsvereinen politische Vereine erblicke. — Die Polizei hatte in ihrer bekannten Nervosität wieder mal Vorkehrungen getroffen, um die Jugend, wenn sie eventuell den preußischen Staat stürzen sollte, in die Schranken zurückzuweisen. In der Nähe des Gewerkschaftshauses waren mehrere Trupps berittener und unberittener Schutzleute untergebracht, die den Staat schützen wollten. Das große Polizeiaufgebot war aber, wie immer, höchst überflüssig; die Jungens und Mädels zogen ruhig nach Hause.

# Briefkasten der Redaktion.

**A. B. 100.** Eine Entfernung gegen den Willen des Eigentümers halten wir für unstatthaft. Sie können aber Ersatz verlangen. — **E. P. 80.** Nein. — **W. T. 32.** Sie haben dann keinen Anspruch, wenn die frühere Krankheit bis jetzt bestanden und die jetzige Krankmeldung bedingt hat. — **G. 37.** 1. Zwangsweise Einziehung kann ohne Urteil nicht erfolgen. 2. Wenn Sie nicht noch außerdem jemand zu unterhalten haben, erscheinen 25 M. monatlich angemessen. 3. Für die Vergangenheit besteht ein Anspruch nicht. 4. Wenig Aussicht. — **A. B. 1.** Nein, wenn nicht etwa nächtliche Ruhestörung vorliegt. Auch der Inhalt Ihres Mietsvertrages ist von Bedeutung. — **50. M. L.** 1. Die Frage ist unverständlich. 2. Das ist zweckmäßig. Es kann Ermäßigung erfolgen. — **Donnerwetter 1.** Beide Fragen lassen sich so allgemein und ausführlich, wie Sie es wünschen, im Rahmen des Briefkastens nicht beantworten. Die Frage des „Modernisteneides" ist in der Tagespresse ausführlich behandelt, über „Steuerfragen" erscheint in den nächsten Tagen ein Artikel. — **W. S. 51.** Monatlich 16,90 M. — **W. W. Nr. 39.** 1. bis 5. Nein. 6. Der Einschätzung wird das Einkommen des vorangegangenen Kalenderjahres zugrunde gelegt, wenn ein Jahresergebnis vorliegt. — **B. 15.** Kommen Sie in die Sprechstunde. — **A. B. 55.** 1. Nein. 2. Deutscher Transportarbeiter-Verband, Sektion Kraftwagenführer, Engelufer 15. —

# Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berliner Reichstagswahlkreis.**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schneider

**Eduard Gruhn**

am 18. d. Mts. im Alter von 42 Jahren verstorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 21. März, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Kaiser-Friedrich-Kirchhofes in Plötzensee aus statt.

208/2 **Der Vorstand.**

---

**Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands Berlin I.**

Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Kollege

**Eduard Gruhn**

am 18. März cr. im Alter von 42 Jahren verstorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 21. März, nachmittags 3½ Uhr, von der Halle des Kaiser Friedrich-Friedhofes in Plötzensee aus statt. 192/10

**Die Ortsverwaltung.**

---

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Görlitzer Viertel.**

Bezirk 225, Teil I.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Möbelpolierer

**Fritz Busse**

Reichenberger Str. 84, gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jakobikirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

**Der Vorstand.**

---

**Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.**

**Nachruf.**

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

**Otto Grell**

am 14. März gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter

**Paul Staffa**

am 18. März an Lungenleiden gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 21. März, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in Arnsfelde aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

**Die Ortsverwaltung.**

---

Am 19. März vormittags 9½ Uhr verstarb nach kurzem Leiden an Herzschlag mein herzensguter Mann, der Druckereiarbeiter

**Max Reinicke**

im 33. Lebensjahre.

Dies zeigt tiefbetrübt an im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Witwe **Anna Reinicke** geb. Wurthe.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Paul-Gerhardt-Friedhofes, Nordend, aus statt. 7835

---

**Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. Filiale Berlin.**

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maler

**Julius Juretschke**

am 18. März verstorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Matthäikirchhofs in Südende aus statt.

128/16 **Die Ortsverwaltung.**

---

**Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands. Zahlstelle Berlin.**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

**Wenzel Pojar**

am 18. März verstorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 21. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des katholischen Friedhofes in Wilhelmsberg aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

169/9 **Der Vorstand.**

---

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Möbelpolierer

**Paul Pludra**

am 18. März gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 21. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Pius-Kirchhofes in Hohen-Schönhausen aus statt.

Ferner starb am 17. März unser Kollege, der Möbelpolierer

**Friedrich Busse.**

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 22. März, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des neuen Jakobi-Kirchhofes in Rixdorf aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

80/11 **Die Ortsverwaltung.**

---

**Todes-Anzeige.**

Nach kurzem Leiden starb mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater, der Gastwirt und Eigentümer

**Fritz Ebel.**

Die Beerdigung findet heute, den 21. März, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Treptower Friedhofes, Neue Krug-Allee, aus statt.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Treptow, Kiefholzstr. 5.

---

**Danksagung.**

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau und Mutter

**Anna Robbel**

sagen wir allen Freunden, Kollegen der Firma Dilbey, Bardemann u. Comp., den Vertrauensleuten der Firmen Daimler, Goliasch usw., den Genossen des 5. und 12. Bezirk, dem Wahlverein Rixdorf, der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, dem Quartett, insbesondere dem Genossen Harndt unseren innigsten Dank.

**Adolf Robbel** und Kinder.

---

**Sozialdemokratischer Wahlverein Adlershof.**

**Nachruf.**

Den Mitgliedern zu Nachricht, daß der Genosse

**Nikolaus Fleck**

im Alter von 54 Jahren verstorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

202/8 **Der Vorstand.**

---

**Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin.**

Am Sonntag, den 19. März, starb plötzlich unser Kollege, der Gießer

**Max Reinicke**

im Alter von 33 Jahren.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemanekirchhofes in Nordend aus statt. 27/5

**Die Ortsverwaltung Berlin.**

---

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß mein lieber Mann, unser Bruder, Schwager und Onkel, der Gürtler 7956

**Hermann Wuthe**

am 18. März nach langem, schwerem Leiden entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes aus statt.

---

Infolge eines Unfalles verschied am Mittwoch, den 15. März, abends, plötzlich unser Reisender Herr

**Richard Lorenz**

im 49. Lebensjahre. 7995

Wir verlieren in ihm einen treuen Mitarbeiter, der 14 Jahre lang seine ganze Kraft unserem Hause gewidmet hat.

Wir werden ihm stets ein ehrenvolles Andenken bewahren.

**P. Kirchner & Co.**, Cognacbrennerei und Likörfabrik, Berlin SW.

---

**Danksagung.**

Für die vielen, reichen Kranzspenden und Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines innigstgeliebten Mannes, **Oskar Freytag**, sage ich hiermit allen Verwandten und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma Lindström, dem Wahlverein Bohnsdorf, dem Deutschen Metallarbeiterverband, den Mietern von Paradies und dem Vorsitzenden der Baugenossenschaft Paradies, Herrn Dorner, für die trostreichen Worte am Sarge meinen herzlichsten Dank.

**Witwe Anna Freytag.**

---

**Danksagung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres unvergeßlichen Vaters, des Restaurateurs

**Paul Reimann**

sprechen wir hiermit allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Schöneberger Männerchor unsern herzlichsten Dank aus. 34832

**Witwe Hulda Reimann** nebst Kindern.

---

**Danksagung.**

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme anläßlich des Todes meiner unvergeßlichen Frau, unserer guten Mutter

**Ottilie Esche**

sagen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Personal der Firmen Görs u. Kallmann sowie Hugo Schäfer und dem Pflanzerverein „Hoffnung" unseren innigsten Dank. 7845

**Karl Esche** und Kinder.


**Carmen Sylva** Cigaretten Beste Qualitäten

---

**Prachtvoller Blumen-Flor** wird erzielt durch Düngen mit echtem **Dr. Landmann's Blumen-Dünger.**

Tel. Pankow, Nr. 3434.

Fachmännisch langjährig erprobt.

Paket 10 und 25 Pf. — Blechdose 25 und 50 Pf. ½-Kilo-Dose 1 M. — 2½-Kilo-Dose 3 M.

Nur echt in Original-Verpackung in allen einschlägigen Geschäften zu haben.

Dr. B. Landmann, Berlin-Pankow, Parkstr. 5A.

---

**Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.**

---

**Sämereien** Gartenartikel für Laubenkolonien. **Ad. Demmler** Dresdener Str. 17 am Kottbuser Tor.

---

Größtes **Spezial-Geschäft** sämtlicher **Gastwirts-Artikel. L. Katz & Co.,** Spandauerstr. 45, am Molkenmarkt.

Filialen: Rixdorf, Bergstr. 65, am Bahnhof Brandenburg a. H., Hauptstr. 59-60.

---

**Schuhputz Servus das Beste**

Ueberall zu haben in Dosen à 10 und 20 Pf.

Fabrik: **Lubaszynski & Co., Berlin-Lichtenberg.**

---

Kauft Humor, eh' es zu spät, Humor ist eine Rarität!

**Humor**

**Putzt alle Metalle** sauber und geruchlos.

Ueberall zu haben in **Flaschen** von 10 Pf. an.

**Humor-Werke G. m. b. H., Berlin-Lichtenberg.**

---

**Fett** ohne Schwarte und ohne Magerfleisch 55 Pf. 2 Pfund 1,05 M.

**Kasseler** ohne Knochen **80 Pf.**

Schmalz 1.20 und Poln. Bratwurst 90 Pf., als Beigabe zum Rot- und Grünkohl. Vorzüglich gewürzte Rot- und Leberwurst. Pfd. 50 Pf., 2 Pfd. 95 Pf. 7866

**F. Nietsch,** Friedrichstraße 245, Wilhelmstr. 109-110.

---

**Ohne Konkurrenz. Wer—Stoff—hat!**

Fertige Herrenanzug oder Paletot von 20 M. an, feinste Zutaten, auf Roßhaar, zwei Anproben, für guten Sitz bekam gold. Medaille. Bitte zum Maßnehmen um Ihren Besuch, da keine Vertretung. Ein Versuch führt z. dauernd. Kundschaft.

**Ludwig Engel**, Prenzlauer Str. 23, II, Alexanderplatz. Gegr. 1892.

**Tuchreste** zu **Anzügen, Paletots** und **Hosen** spottbillig! Neueste Muster!

---

Unserm Genossen **Albert Göring nebst Frau** zur silbernen Hochzeit die besten Glückwünsche! 7985

Die Genossen des Bezirks 370 Teil I 4. Kreis.

---

**Syphilis-Nachweis** in allen frisch. u. veraltet. zweifelhaft Fäll. durch wissenschaftl. Untersuchung, sofort; desgl. Harn- (bez. auf Gonorrhoe-Fäden) u. Sputum-Analysen. Dr. Homeyer & Co., Spezial-Laborat., Friedrichstr. 189, am. Kronen- und Mohrenstraße), I. 6724. Pers. Rücksp. diskr. u. kostenl. Geöffnet von 8—8 Sonntags von 12—1.

---

**1 Mark** wöchentliche Teilzahlungen

liefere elegant. fertige **Herren-Garderoben** Ersatz für eleg. Anfertig. n. Maß tadellos Ausführ.

**Julius Fabian** Schneidermeister Gr. Frankfurter Strasse 37, II Eingang Strausberger Platz

II. Geschäft: Turmstr. 18 nur erste Etage, kein Laden

---

**Wanzen** tötet unfehlbar mit Brut **Reichels** Wanzenfluid „Radikal". Fl. 50 Pf., 1.—, 2.—, 3.—, Literfl. 5.—, Absolut fleckfrei, nicht feuergefährlich. Kein übl. Geruch, nachhaltigste Wirkung

**Schwaben** vernichtet mit Brut radikal und sicher **Reichels** Spezial-Schwaben-Poudre „Martial". Pak. 50 Pf., 1.-, 2.-, Pfd. 4.-. **Einzig echt** u. garantiert wirksam nur i. Originalpackungen mit **Tod u. Teufel** in den **Drogerien** und bei **Otto Reichel**, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4. Fernspr.-Anschlüsse IV 4751, 4752, 4753.

---

**Pollmanns Bandagen-Geschäft**, nebst Artikel zur **Gesundheits- u. Krankenpflege,** Verbandstoffe, Gummiwaren etc. Berlin N., Lothringer Str. 60. Lieferant für Krankenkassen. Eigene Werkstatt.

---

**Sofastoffe** Riesenauswahl aller Qualitäten. Wolle- Plüsch- **Reste!** Mocquetts. Satteltaschen. Muster bei näherer Angabe franko. **Emil Lefèvre,** Berlin, Oranienstr. 158.

---

Land-, Obstbaum- u. Hochwald-**Parzellen** direkt am Bahnhof **Nassenheide** von **300 M.** an.

Treffpunkt täglich zu den Zügen ab Stettiner Bahnhof 10.45 u. 12.40 im Nassenheider Bahnhofs-Restaurant von Fischer. 4665*

**Fahrzeit nur ¾ Stunden.**

Besitzer **Wolff**, Herzberg i. d. Mark.

---

**Stempel-Fabrik** von **Robert Hecht,** Berlin S., Oranienstr. 142, liefert schnell und billig alle Arten **Stempel** in bester Ausführung. Kautschuk-Typen „Perfekt" zum Zusammensetzen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1.50 M. an

---

**Buchhandlung Vorwärts** Berlin SW. 68 Lindenstr. 69 (Laden).

Soeben erschien: **Grundbegriffe der Politik** von **Friedrich Stampfer.** In Leinen gebd. 3 M.

## Oeffentliche politische Versammlungen.

# 4. Wahlkreis.

# 8 Volks-Versammlungen

## Dienstag, den 21. März, abends 8 Uhr.

Tages-Ordnung:

**Die politische Situation und die bevorstehende Reichstagswahl.**

Freie Diskussion.

**Referenten:** Reichstagsabgeordnete **Schöpflin, Molkenbuhr, Emmel, Lehmann, Scheidemann, Stücklen, Eichhorn** und Frau **Zietz.**

**Lokale: Keller,** Koppenstraße 29; **Elysium,** Landsberger Allee 40/41; **Boeker,** Weberstraße 17; **Markgrafensäle,** Markgrafendamm 34; **Graumann,** Naunynstraße 27; **Gleve,** Südost, Waldemarstraße 75; **Drachenburg,** Vor dem Schlesischen Tore; **Litfin,** Memeler Straße 67.

**Männer und Frauen, erscheint in Massen!**

216/19* Für die Einberufer: **Paul Hoffmann,** Stralauer Platz 1/2.

---

# Sechster Wahlkreis.

**Dienstag, den 21. März, abends 8½ Uhr, in Franke's Festsälen, Badstraße 19:**

## Oeffentliche politische Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten **Georg Ledebour** über: **Koloniale Unkosten.**
2. Freie Diskussion.

Der Einberufer: **Max Faustmann,** Buttmannstr. 14.

220/9*

---

# Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Bureau: Engelufer 15, III, Zimmer 53. — Zweigverein Berlin. — Telephon: Amt IV, Nr. 4093.

Geöffnet: Wochentags von 8—1 und von 3—7 Uhr.

**Mittwoch, den 22. März 1911, abends 8½ Uhr, in Keller's Festsälen, Koppenstr. 29:**

## General-Versammlung des Gesamt-Zweigvereins.

Tages-Ordnung:

1. Die Verhältnisse im Berliner Baugewerbe. 2. Der Entwurf eines Ortsstatuts. 3. Vereinsangelegenheiten.

**Bei der wichtigen Tagesordnung ist es dringende Pflicht aller Mitglieder, für regen Besuch der Versammlung Sorge zu tragen.**

**Mitgliedsbuch legitimiert.**

137/7* **Der Zweigvereinsvorstand.**

---


# MANOLI

Cigarettes

Beliebte Specialmarken

**Abbas Dandy**

**Gibson Girl**


---


# 400 wenig gebrauchte,

elegante Anzüge, Paletots und Hosen etc. gelangen in dieser Woche zum Verkauf. Ueberrascht werden Sie durch das tadellose Aussehen und den modernen Schnitt. Der Anschaffungswert beträgt teilweise bis zu 125 M. Zumeist hergestellt in ersten Schneiderwerkstätten, vielfach feinste Abarbeitung (auf Seide), sind sie in Stoffen und Dauerhaftigkeit der sog. billigen fertigen Konfektion entschieden vorzuziehen. **Anzüge von 7.00 bis 17.50 M., Paletots von 6.00 bis 16.00 M., Hosen von 1.50 bis 5.00 M.** und besser. **Verleihhaus feiner Herren-Moden, Leipziger Str. 59, am Spittelmarkt.** Verleihung von Anzügen, Paletots und Hosen auf Tage, Wochen, Monate. Sonntags geöffnet von 7½—10, 12—2 Uhr. Stets großes Lager von Gelegenheitskäufen in Anzügen u. Paletots von 9.50 M. an.


---

Achtung, Spandau!

## Orts-Krankenkasse der Tischler.

**Montag, den 27. März 1911,** abends 8 Uhr:

**Generalversammlung**

bei **Gottwalt,** Schönwalder Str. 80.

Tagesordnung:

1. Kassenbericht und Bericht der Rechnungs-Prüfungskommission.
2. Verschiedenes. 272/3

**Der Vorstand.**
**Karl Marzilger,** Vorsitzender.

---

**Innungs-Krankenkasse der Schuhmacher-Innung zu Berlin.**

Im Statut wurden die §§ 8, 9, 10, 17, 18, 24, 38, 45 und 52 abgeändert, die Genehmigung wurde von dem Herrn Polizeipräsidenten unter dem 26. Januar 1911 erteilt.

§ 8. Der durchschnittliche Tagelohn ist bis auf weiteres festgesetzt: 1. Kl. 4 M., 2. Kl. 3,20, 3. Kl. 2,40, 4. Kl. 1,60, 5. Kl. 1 M.

§ 9. Das Eintrittsgeld beträgt in der 1. Kl. 1,50, 2. Kl. 1,20, 3. Kl. 90, 4. Kl. 80, 5. Kl. 50 Pf.

§ 10. Die wöchentlichen Beiträge betragen: 1. Kl. 66 Pf., 2. Kl. 54, 3. Kl. 39, 4. Kl. 27, 5. Kl. 18 Pf.

§ 17. Die Krankenunterstützung beträgt: 1. Kl. 2 M., 2. Kl. 1,60, 3. Kl. 1,20, 4. Kl. 80, 5. Kl. 50 Pf. für jeden Arbeitstag.

§ 18. Das Taschengeld beträgt täglich: 1. Kl. 23 Pf., 2. Kl. 18, 3. Kl. 14, 4. Kl. 9, 5 Kl. 6 Pf.

§ 24. Das Sterbegeld beträgt: 1. Kl. 100 M., 2. Kl. 80, 3. Kl. 60, 4. Kl. 40, 5. Kl. 25 M.

§ 38. Der Vorstand wählt aus seiner Mitte auf die Dauer von einem Jahre 1 Vorsitzenden, 1 Schriftführer, sowie die Stellvertreter.

§ 45. Ersatzvertreter der Delegierten treten der Reihenfolge nach ein.

§ 52 enthält die Anstellung der Beamten.

Diese Abänderungen treten mit dem 2. April 1911 in Kraft. 272/4

J. A.: **J. Ege,** Vorsitzender, Roßstr. 31.

---


Soeben erschien:

# A. Hoffmanns

Neuer

# Theater-Katalog

gratis und franko

**Berlin O. 27**

Blumenstr. 22, I

Viele **Neuheiten** zur **Maifeier!**


---


**H. Pfau,** Bandagist

Berlin C., **Dircksenstraße 20** zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt VII, 13799.

**Für Damen Frauen-Bedienung.** Lieferant für **alle Krankenkassen.**


---

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

**Verwaltung Berlin.**

## Bodenleger.

**Mittwoch, den 22. März, vormittags 10 Uhr:**

**Branchen-Versammlung**

im **Gewerkschaftshause,** Saal 1.

## Jalousie-Arbeiter.

**Mittwoch, den 22. März, abends 8½ Uhr:**

**Branchen-Versammlung**

bei **Boeker,** Weberstraße 17.

## Bürsten- und Pinselmacher.

**Mittwoch, den 22. März, abends 8½ Uhr:**

**Branchen-Versammlung**

bei **F. Preuß,** Holzmarktstraße 65.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn **G. Adorno** über: „Die Naturheilkunde".
2. Branchenangelegenheiten.

---

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt 3, 1239. — Verwaltungsstelle Berlin. Charlottenstraße 3. — Hauptbureau: Hof III. Amt 3, 1987.

**Mittwoch, den 22. März 1911, abends 8½ Uhr:**

## Versammlung aller Fabrik- und Werkstellen-Klempner

in den **Musiker-Festsälen,** Kaiser Wilhelmstr. 18m.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen **Hildenbrand.** — 2. Diskussion. — 3. Branchenangelegenheiten.

Kollegen! Agitiert für einen zahlreichen Besuch! Jede Werkstelle muß vertreten sein.

**Mittwoch, den 22. März 1911, abends 6½ Uhr:**

## Versammlung aller in den Metallschleifereien und galvanischen Anstalten beschäftigten Kollegen und Kolleginnen

in den **Arminhallen,** Kommandantenstr. 58.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Kollegen **Karl Severing** über: **„Die Früchte des Blockreichstags".** — 2. Diskussion. — 3. Verbandsangelegenheiten.

Kollegen und Kolleginnen! In Anbetracht der sehr wichtigen Tagesordnung erwarten wir zahlreiches und pünktliches Erscheinen.

**Mittwoch, den 22. März 1911, abends 8½ Uhr:**

## Versammlung der Graveure und Ziseleure

in den **Korona-Prachtsälen,** Kommandantenstr. 72.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen **Robert Bahn: „Märzstürme".** — 2. Diskussion. — 3. Verschiedenes. 114/1

Rege Beteiligung erwartet **Die Ortsverwaltung.**

---

# Verband der Schneider und Schneiderinnen.

Bureau: Sebastianstr. 37/38, Hof rechts II. — Telephon: Amt IV, 9737.

**Achtung! Achtung!**

## Mitglieder sämtlicher Branchen!

**Donnerstag, 23. März, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15:**

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. **Koalitionsrecht. Streik. Aussperrung und die §§ 152—153 R.-G.-O.** Referent: Rechtsanwalt Dr. **Heinemann.** 2. **Anträge und Mitteilungen der Ortsverwaltung.** 162/11

**Mitgliedsbuch legitimiert; ohne dasselbe oder mit mehr als acht restierenden Wochenbeiträgen kein Zutritt.**

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

NB. Die Versammlung muß **Punkt 8½ Uhr** eröffnet werden, da der Referent an dem Abend noch anderweitig in Anspruch genommen ist.

---


# Farbige Pappdächer

**— weiß — grün — rot —**

in leuchtenden, garantiert wetterbeständigen Farben, für

**Sommerhäuschen, Lauben, Restaurants**

usw.

Die Farben werden **streichfertig** geliefert und wie Oelfarbe **auch auf gewöhnliche geteerte Dachpappe** aufgetragen.

Sandfreie Pappen (Dachpix-Pappen) für Wandbekleidung, **Anstrichfarben für Zäune, Fenster, Türen** usw.

**Sofort trocknend! — Hochglanz! — Billiger als Oelfarbe!**

**Dachpix-Gesellschaft,** S. 61, Planufer 38 Tel. A. IV 1936.

Prospekte, Muster usw. gratis.


---


Hygienische Bedarfsartikel **Drogerie Zaremba,** **Weinbergsweg 1,** dir. a. Rosenthaler Tor. Billigste Bezugsquelle! Versuch! zur dauernden Kundschaft.


---


**Lege-Hühner,** garantiert junge, beste Leger, Stck. 2½ Mk., empfiehlt **F. Wegner, Berlin SO.,** Mariannenstr. 34.



Verantwortlicher Redakteur: **Albert Wachs,** Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

# Ums Frauen-Wahlrecht.

Der 19. März brachte unserer Partei einen vollen Erfolg und die sozialistische Frauenbewegung einen guten Schritt weiter. Die Beteiligung der Frauen an der Demonstration für ein gerechtes Wahlsystem auch für das weibliche Geschlecht übertraf alle Erwartungen und die Begeisterung der Erschienenen war eine gewaltige und nachhaltige. Natürlich hatten auch die Gegner ihre Vorbereitungen getroffen.

Die Polizei war in der Nähe des Berliner Schlosses stärker als sonst vertreten; einige fliegende Wachen hatte man errichtet, zum Beispiel im Marstall. Fürchtete man, die sozialdemokratischen Frauen würden das Schloß stürmen? Diese dachten nicht daran. Sie hingen begeistert an den Lippen der Redner und nahmen einstimmig die nachstehende Resolution an:

Die **Forderung des Frauenwahlrechts** ist die notwendige Folge der durch die kapitalistische Produktionsweise bedingten wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen, die die Stellung der Frau von Grund aus umgewandelt haben.

Die zirka **10 Millionen Frauen**, die im gesellschaftlichen Produktionsprozeß tätig sind, die Millionen Frauen, die als Mutter Gesundheit und Leben aufs Spiel setzen, die als Hausfrauen die schwersten Pflichten übernehmen, erheben mit allem Nachdruck Anspruch auf soziale und politische Gleichberechtigung.

Die **Frauen fordern das Wahlrecht**, um teilzunehmen an der Eroberung der politischen Macht zum Zwecke der Aufhebung der Klassenherrschaft und Herbeiführung der sozialistischen Gesellschaft, die erst das volle Menschentum dem Weibe verbürgt. Damit gewinnt die Frage des Frauenstimmrechts erhöhte Bedeutung für den Klassenkampf des Proletariats, dem so ein mächtiger Bundesgenosse in seinem Befreiungskampfe erwächst.

Die Sozialdemokratie ist **die einzige politische Partei, die jederzeit den Kampf für die volle politische Gleichberechtigung des Weibes geführt** hat und führt.

Die am 19. März Versammelten erklären deshalb, **daß sie sich zur Erringung des Frauenwahlrechts in die Reihen der Sozialdemokratie** stellen und mit aller Energie und Begeisterung für die **Eroberung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu allen öffentlichen Vertretungskörpern für alle über zwanzig Jahre alten Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts** kämpfen. Die Versammelten erklären weiter, unablässig an der **Stärkung der sozialdemokratischen Organisation** und der **Verbreitung ihrer Presse** zu arbeiten, da die wachsende Macht der sozialdemokratischen Partei die **alleinige Gewähr** ist **für die Demokratisierung aller öffentlichen Einrichtungen** und für die **Befreiung der Arbeiterklasse** von der Klassenherrschaft.

* * *

## Die Berliner Versammlungen.

### Erster Wahlkreis.

Dräsels Festsäle in der Neuen Friedrichstraße waren der Treffpunkt der für die Erringung des Wahlrechts demonstrierenden Frauen aus dem ersten Berliner Wahlkreis. Das heißt aus demjenigen Bezirk, der nach der ganzen Zusammensetzung seiner Bevölkerung wohl die kleinste proletarische Schicht hat. Die Versammlung war trotzdem recht gut besucht. Das erfreulichste war die Anwesenheit derjenigen, auf die es ankam, der Frauen. Mindestens zwei Drittel der Versammelten waren Frauen. — Vor Eintritt in die Tagesordnung erscholl ein Lied, das vom Vordringen zu einer besseren Zukunft handelt und somit auch Ausdruck gibt dem Wünschen und Wollen der um vorenthaltene Rechte Kämpfenden. „Dem Lenz entgegen!" So tönte es von der Galerie in die Versammlung hinein. Es war der Gesangverein der im ersten Wahlkreis besonders stark vertretenen Schneider, der die Versammlung derart stimmungsvoll einleitete. Das Referat hatte Genosse Dr. Zadek. Seine Ausführungen, die unter anderm der geschichtlichen Entwickelung der Stellung der Frau in der menschlichen Gesellschaft gerecht wurden und in den Kampfruf des Tages ausklangen, fanden lebhaften Beifall.

Von der Polizei war während des Tagens der Versammlung auf der Straße nichts zu sehen. An der Brücke aber, welche das von der Polizei gefürchtete Einfallstor nach dem Domplatz, dem kaiserlichen Schloß und den „Linden" bildet, sah man einen Doppelposten, der besondere Bedeutung haben mußte, da hier der Verkehr bei dem häßlichen kalten Winde um diese Zeit gleich Null war.

Im großen Saale der „Happoldt-Brauerei" hatten sich die Genossinnen und Genossen aus dem

### zweiten Berliner Reichstagswahlkreis

versammelt. Zur festgesetzten Stunde war der weite Raum schon längst überfüllt, so daß die Genossen sich zum größten Teil in die anliegenden Nebenräume zurückzogen, um den immer noch zahlreich ankommenden Frauen das Feld zu überlassen. So konnte denn Dr. Herzfeld vor einem festgekeilten Publikum das Thema des Tages behandeln, während am Haupteingang eine Schar von Polizeibeamten, Offiziere, Schutzleute zu Fuß und zu Rade für Preußens Ruhe und Sicherheit sorgten. Im hinteren Eingang hatte sich außerdem noch ein baumlanger Geheimer postiert, der tiefsinnig durch die Scheiben der Flurtür stierte. Vielleicht dachte er an seinen hohen Vorgesetzten, Herrn Jagow, der es besser hatte und sich Sonntagnachmittags mit „Kunstproblemen" beschäftigen kann.

### Im dritten Wahlkreis

bildeten die Arminhallen in der Kommandantenstraße das Ziel zahlreicher Frauen, unter denen auch Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung zu bemerken waren. Je mehr die zweite Nachmittagsstunde vorrückte, je lebendiger wurde es in der vorher fast toten Straße. Frauen kamen und wieder Frauen. Nur verhältnismäßig wenig Männer durchschritten das Tor. Gegen zwei Uhr bewegte sich langsam, einer dunklen Schlange gleich, eine Schar von mehr als hundert Frauen in geschlossenem Zuge die Straße herunter. Sie kamen aus dem Gewerkschaftshause, wo sie sich zusammengefunden hatten, um gemeinsam die Arminhallen aufzusuchen. Ein Photograph bannte gleich die „Frauenrevolution" auf seine Platte. Hoffentlich ist auch einer der Vertreter der heiligen Hermandad, die in größeren Zwischenräumen über die Straße verteilt waren, mit auf dem Bilde, das demnächst in illustrierten Blättern erscheinen wird. Der Photograph konnte die Uebung wiederholen. Eine Viertelstunde später zogen im Viererglied auf dem Straßendamm geschlossen annähernd zweihundert Frauen aus dem vierten Wahlkreis heran, die der Rest einer größeren Menge waren, die zum Teil vergeblich Unterkunft in den Versammlungslokalen der Waldemarstraße und der Raunynstraße gesucht hatte. Eine Anzahl Männer verließen den Saal, um für die neuen Ankömmlinge Platz zu machen. Mehr als 1200 Frauen und einige hundert Männer füllten Saal und Galerie bis zum letzten Platz. Genosse Grunwald hielt den Vortrag, der stürmischen Beifall auslöste. An der regen Diskussion beteiligten sich außer Genossen und Genossinnen die bekannten bürgerlichen Frauenrechtlerinnen Frl. Lischnewska, Frl. Lüders und Frau Minna Cauer. Frau Cauer überbrachte die Grüße der Frauen der Demokratischen Vereinigung und Frl. Lischnewska die der liberalen Frauen. Auch sie würden den Kampf um das Frauenwahlrecht nach Kräften fördern helfen.

Mit einem stürmischen Hoch auf das Frauenwahlrecht und unter den Klängen der Wahlrechtsmarseillaise ging die imposante Versammlung auseinander.

Die geschlossen gekommenen Frauen aus dem vierten Wahlkreis zogen, soweit sie sich wieder zusammenfanden, gemeinsam wieder ab: durch die Alte Jakobstraße, Köpenicker Straße nach dem Schlesischen Tor zu, um dort auseinander zu gehen.

Augenscheinlich hatte die Polizei befürchtet, daß von der Kommandantenstraße aus ein „Ausfall" nach dem Lindenviertel zu gemacht werden würde. Dafür spricht das außerordentliche Aufgebot in den fliegenden Wachen Kommandantenstraße 62, Kommandantenstraße 24 und Neue Grünstraße 1 sowie die Tatsache, daß besonders viel Beamte auch in den Zugangsstraßen zum Dönhoffplatz und zum Spittelmarkt zu sehen waren.

### Vierter Wahlkreis.

Dergleichen hatte man noch nicht erlebt, daß die Frauen in solchen Massen mit der Forderung des allgemeinen Wahlrechts an die Oeffentlichkeit traten. Alle Säle waren überfüllt, und zwar von Frauen. Die Männer mußten das Feld räumen und warteten meist auf der Straße geduldig das Ende der Versammlung ab. Aber allein für die Frauen reichten die Säle nicht einmal aus. Im Gesellschaftshaus Süd-Ost in der Waldemarstraße war lange nicht Raum genug; Hunderte blieben übrig, und ein ansehnlicher Zug von Frauen spazierte auf der Straße, während in dem wegen Ueberfüllung abgesperrten Saale der Genosse Büchner sprach. Die Versammlung dauerte hier bis nach 4 Uhr; es hatten sich noch mehrere zur Diskussion gemeldet, die auch einige Worte zur Forderung des Tages sagen wollten. Als die Versammlung zu Ende war und die Massen aus dem Saale strömten, wurde es natürlich etwas lebhaft auf der Straße. Man brachte ein tausendstimmiges Hoch auf das Frauenwahlrecht aus, und das verletzte, wie es schien, das zartbesaitete Gemüt der Polizei. Es waren an die 20 Mann aus einem naheliegenden Hause herausgekommen, um die berühmte Ordnung wieder einmal aufrechtzuerhalten. Eine Genossin, die man offenbar für die Anstifterin des Wahlrechtshochrufes hielt, wurde sistiert, und ein Mann mußte auch mit zur Wache. Die Polizei war derart nervös, daß u. a. der Schutzmann 4886 einem Genossen das Schreiben verbot (!), als dieser sich Zeugen des Vorfalls aufnotieren wollte. Eine große Masse von Frauen spazierte dann, der nicht immer freundlichen Aufforderung der Polizei folgend, in der Richtung auf Treptow durch die Straßen, und die Beamten konnten auch ihrer Wege gehen, in dem stolzen Siegesbewußtsein, diesmal wenigstens noch den Staat vor dem Ansturm der Frauen gerettet zu haben.

Graumanns Saal in der Raunynstraße war nicht minder überfüllt als „Süd-Ost", und die vielen Frauen, die sich von der Waldemarstraße hierher begeben hatten in der Hoffnung, noch Einlaß zu finden, sahen schon an der großen Zahl der draußen wartenden Männer, daß das ein vergebliches Bemühen war. Es war ihnen nicht vergönnt, mit der großen Masse im Saale das Referat des Genossen Poetzsch zu hören und dort auch ihre Stimmen für das Frauenwahlrecht zu erheben.

Bei Freher in der Koppenstraße war es schon lange vergeblich, noch Einlaß zu suchen. Hier hatte die Polizei bereits auf der Straße abgesperrt. Uebrigens hatte sich in dem großen Saal, der samt den Galerien bis auf den letzten Platz voll von Frauen war, ein unangenehmer Zwischenfall ereignet. Ein Photograph wollte Aufnahmen von der Versammlung machen, und unglücklicherweise hatte man vergessen, die Versammlung vorher davon in Kenntnis zu setzen. Als der Mann nun sein Blitzlicht aufleuchten ließ, rief das Bestürzung hervor. Man glaubte an eine Feuersgefahr. Viele drängten plötzlich nach dem Ausgang. Eine Frau wurde ohnmächtig und mußte die Hilfe der Samariter in Anspruch nehmen. Zu alledem kam, daß irgend jemand die Feuerwehr alarmierte, die dann auch gleich zur Stelle war, aber natürlich ohne weiteres wieder davonfahren konnte. — Der außerordentlich starke Andrang hatte es notwendig gemacht, drei Versammlungen zu veranstalten. Im großen Saal sprach die Genossin Zietz, im oberen, der ebenfalls von Frauen voll war, der Genosse Zeuner, und zu den auf dem Hofe versammelten Männern der Genosse Möller. Auf der Straße waren nach dem Anrücken der Feuerwehr auch viele Kinder zusammengeströmt. Sie wurden von der Polizei zurückgedrängt und machten dann ein Gejohle.

Die Markgrafensäle, im äußersten Osten Berlins, waren trotz Entfernung der Tische schon lange vor Beginn der Versammlung dermaßen voll, daß man die Stuhlreihen immer enger zusammenrücken mußte, um mehr Raum für die vielen Frauen zu schaffen, die noch herbeiströmten. Die Männer wurden auch hier aus der Versammlung verdrängt. Es war die Genossin Martha Kaiser, die hier das Referat übernommen hatte.

### Fünfter Wahlkreis.

Im „Schweizergarten" am Königstor war die Versammlung des fünften Wahlkreises. Der Besuch übertraf alle Erwartungen. Frauen und Mädchen des Proletariats, die doppelt Entrechteten im Klassenstaat waren es, die den Saal füllten. Auch Männer kamen in Scharen. Doch in diesem Falle verzichteten sie gern auf die Gleichberechtigung und ließen den Frauen das Vorrecht auf die Sitzplätze wie überhaupt auf den Saal. Dem Wunsche des Vorsitzenden folgend zogen sich die Männer, soweit sie überhaupt noch Platz im Versammlungslokal fanden, in einen den Saal begrenzenden Seitengang zurück. Das „Segment", in das polizeiliche Anordnung in der letzten Zeit des preußischen Vereinsgesetzes die Frauen verwies, war wieder aufgelebt, doch diesmal freiwillig von dem männlichen Teil der Versammlungsbesucher besetzt. — Der Referent, Genosse Kaliski, führte den Frauen die Rechtlosigkeit, zu der sie unter der heutigen „Ordnung" verurteilt sind, vor Augen und begründete die Forderung des gleichen Rechts, insbesondere des Wahlrechts, für das man am erfolgreichsten kämpft, wenn man den großen Befreiungskampf mitkämpft, den die Sozialdemokratie führt. — Lebhafter Beifall und einstimmige Annahme der Resolution bekundeten den entschlossenen Willen der Versammelten, für das Wahlrecht der Frauen zu kämpfen. — Ein kerniges Schlußwort des Vorsitzenden, Genossen Friedländer, das in ein Hoch auf die Sozialdemokratie ausklang, bildete den Schluß der Versammlung.

### Sechster Wahlkreis.

Im „Moabiter Gesellschaftshaus" war die Versammlung schon um 1½ Uhr überfüllt; willig zogen sich daher auch die in Begleitung ihrer Frauen erschienenen Genossen in den Hintergrund zurück oder verließen gänzlich den Saal, um den noch immer nachströmenden Frauenscharen Platz zu machen. Doch der Saal reichte nicht hin, alle Erschienenen zu fassen. So wurde denn auch noch im unteren Saale eine Versammlung abgehalten. Die Ausführungen der Referenten Dr. Weyl und Dr. Moses wurden lebhaft applaudiert und die vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen. Die Zahl der Besucher, die zu einem großen Teile in den Nebenräumen und im Garten des Lokals Aufenthalt nehmen mußte, kann auf etwa 5000 geschätzt werden. Die Polizei kümmerte sich um diese Versammlung nicht, sondern überließ es unseren Genossen, selbst die Ordnung aufrechtzuerhalten.

In den „Germania-Prachtsälen" in der Chausseestraße hatten sich etwa 2000 Teilnehmer versammelt, wovon gut ⅔ Frauen waren. Hier behandelte Genosse Dr. Oskar Cohn unter großer Aufmerksamkeit seiner Zuhörer das Thema des Tages. Die Zugänge zum Saal und selbst zu den Nebenräumen wurden von der Polizei schon um 2 Uhr besetzt, um niemanden mehr hineinzulassen. So mußten denn auch viele der Nachkommenden wieder umkehren.

Ueberfüllt war auch die Versammlung, die in den „Pharus-Sälen" auf dem Wedding stattfand. Um 2 Uhr deuteten schon die Menschenansammlungen vor dem Lokal auf der Straße darauf hin, daß auch hier die Polizei ihr Absperrungswerk pünktlich in Szene gesetzt hatte. Fast ausschließlich waren es Männer, die auch hier der Aufforderung, den Frauen die Säle zu überlassen, gern gefolgt sind und sich nun im Garten und auf der Straße aufhielten. Natürlich fehlte es auch nicht an Spätankömmlingen, die das gleiche Los teilen mußten, weil ihnen der Zutritt zu den Sälen durch die Schutzleute verwehrt wurde. Nachdem der Referent, Landtagsabgeordneter Genosse Ströbel, seine Ausführungen im großen oberen Saal beendet hatte, mußte er, um die Erschienenen zufriedenzustellen, auch im unteren Saale noch eine längere Ansprache halten. In den gesamten Räumen des Lokals dürften sich etwa 5000 Personen zusammengefunden haben, um ihrer Forderung der Gleichberechtigung der Geschlechter vernehmlichen Ausdruck zu verleihen. Nach Schluß der Versammlung bemühte sich die Polizei, die Teilnehmer der Versammlungen, die zum Teil als Paare gekommen, aber durch den Verlauf der Dinge wieder auseinandergekommen waren und nun auf der Straße sich gegenseitig suchten, so schnell als möglich zu zerstreuen.

Auf dem Gesundbrunnen reichte Ballschmiedts großer Saal nicht aus, die Masse der Andrängenden zu fassen, obgleich die große Mehrzahl mit Stehplätzen zufrieden waren. Die Männer wurden nach dem Garten gedrängt; heute hatten die Frauen überall das Vorrecht. Und die Männer gingen gern; sie waren von Herzen froh darüber, daß sie eine kleine Minderheit bildeten. Im Saale sprach Paula Thiede; es herrschte eine Ruhe und Aufmerksamkeit, daß die Stimme der Rednerin klar und vernehmlich bis in den entferntesten Winkel drang. Ihr Appell an die Frauen, für freie Menschenrechte einzutreten und sich gegen die bisherige Unterdrückung aufzulehnen, fand den lebhaftesten Widerhall in der Versammlung. „Wir schüren das heilige Feuer", mit diesem Gesang des Vereins Harmonie-Gesundbrunnen wurde die Versammlung eröffnet und mit einem Gesang auch wieder geschlossen. Die vorgelegte Resolution hatte nur allgemeine Zustimmung gefunden. Es dauerte lange, bis der große Saal sich leerte; in Ruhe zerstreute sich die große Menge; die Polizei, die natürlich nicht fehlte, blieb ruhig und zurückhaltend.

In der Schönhauser Allee sah man zwischen ein und zwei Uhr die Frauen gruppenweise und in kleinen Zügen, die immer zahlreicher wurden, nach der Brauerei Königstadt strömen. Vor halb zwei Uhr blickte mancher Mann besorgt in den Saal und tröstete sich, daß schließlich noch genug Männer kommen würden, um den Saal zu füllen. Es dauerte aber nicht mehr lange, da drängten die Frauen in den Saal, daß es plötzlich hieß: Alle Tische heraus! Und bald darauf erscholl die Aufforderung: Alle Männer zurück in die Seitengänge, in den Garten und auf die Straße. Der Saal war überfüllt von Frauen, und Dr. Alfred Bernstein, der Redner, fand aufmerksame Hörerinnen, als er die Forderung des Tages, das Frauenwahlrecht, verteidigte. Mit Begeisterung stimmten die Frauen für die vorgelegte Resolution. Der Gesangverein „Solaritas" brachte zum Anfang und Schluß der Versammlung einige Lieder zum Vortrag. Unter Hochrufen auf die Frauen und ihr Wahlrecht löste sich die Versammlung auf.

## Berliner Vororte.

In **Charlottenburg** fanden zwei überfüllte Versammlungen, zum ersten Male ohne polizeiliche Ueberwachung, statt. Referenten waren Genosse Eduard Bernstein und Genosse Zempelburg.

In **Groß-Lichterfelde** führte Genossin Walli Zepler der meistens aus Frauen bestehenden sehr gut besuchten Versammlung in einem vorzüglichen Referat die Notwendigkeit des Frauenwahlrechts vor Augen. In der Diskussion nahm ein junger Mann das Wort zur Polemik gegen das Referat, die in dem bekannten Ausspruch beschränkter Köpfe endete, daß die Frau hinter den Kochtopf gehöre. Eine Anzahl Redner und zum Schluß die Referentin nahmen den Weiberfeind auf dem Wahlrechtsgebiet vor und widerlegten unter stürmischer Zustimmung seine seichte Argumentation.

Die Versammlung in **Nowawes** war leider seitens der Frauen und Mädchen nicht im erwarteten Maße besucht. Der Referent Genosse Dr. Bruno Borchardt erntete für seine vorzüglichen Ausführungen reichen Beifall. In der Diskussion forderte Genossin Dröscher die Anwesenden, namentlich die Frauen und Mädchen, in begeisternden Worten zum Kampfe für die Erringung des Frauenwahlrechts auf. Zur Aufnahme in den Wahlverein meldeten sich neun Frauen.

Ein ganz kolossaler Andrang herrschte in

### Rixdorf,

wo Frauen und Männer, die ersteren in nie gesehener Anzahl, in langen Zügen den Versammlungslokalen zustrebten.

Sämtliche Säle waren überfüllt. Ueberall waren die Männer aufgefordert, den Frauen den Vortritt zu lassen und obgleich die Genossen sich größtenteils wieder zurückzogen, um den weiblichen Besuchern Platz zu machen, fanden auch diese nicht alle mehr Einlaß.

In den „Hohenstaufen-Sälen“, am Kottbuserdamm, wo Genosse Dittmer referierte, waren selbst die Galerien bis zum Brechen voll, während im Feldschlößchen, Eisenstraße, zirka 600 Frauen den Worten Julian Borchardts lauschten und in Petris Festsälen, Knesebeckstr. 113, Genosse Siering vor 700 Personen sprach. Bei Hoppe aber standen die Besucher buchstäblich eingekeilt; es wäre keinem möglich gewesen, sich auch nur umzudrehen, obgleich die Männer, wenn auch nur schweren Herzens, den Saal verlassen hatten. Adolf Hoffmann hatte denn auch ein aufmerksames und dankbares Publikum und bis auf die Straße dröhnten die Beifallsstürme.

Die Versammlungen verliefen durchweg in bester Ordnung. Die Resolution wurde überall einstimmig angenommen.

Im Gesellschaftshaus Britz sprach Genosse Woldt. Die Versammlung war gut besucht; vornehmlich waren Frauen zahlreich erschienen.

Im Sportrestaurant „Rennbahn“ zu Treptow referierte Genosse Haß, in Baumschulenweg vor zirka 800 Frauen Genosse Lüpnitz.

Die Versammlung in Adlershof, welche im Lokale, Bayer, Bismarckstr. 10, tagte, war von etwa 600 Personen besucht und nahm mit großem Beifall das Referat des Genossen Mohs entgegen. In der Diskussion sprachen mehrere Genossinnen im Sinne des Referenten. Zum Schluß wurde noch auf die am 28. März für die dritte Abteilung und am 29. März für die zweite Abteilung stattfindende Gemeindewahl hingewiesen und die Anwesenden aufgefordert, für eine recht rege Beteiligung an derselben Sorge zu tragen.

In Tegel hörten über 800 Personen, worunter gut 500 Frauen mit Begeisterung die trefflichen Ausführungen des Genossen Maier, Berlin. Der Arbeitergesangverein „Immergrün“ eröffnete und schloß die imposante Versammlung. Zahlreiche Aufnahmen in die politische Organisation war das Resultat.

Die Versammlung in Borsigwalde war sehr gut besucht und erledigte sich der Referent Genosse Piek seiner Aufgabe in glänzender Weise. Er erntete reichen Beifall.

Die Versammlung in Reinickendorf-West war von 500 Personen besucht. Davon waren über die Hälfte Frauen. Das Referat des Genossen Wermuth wurde mit Beifall aufgenommen. 25 Frauen fanden Aufnahme in dem Wahlverein.

In der im Schützenhause in Reinickendorf-Ost abgehaltenen Versammlung sprach Genosse Georg Schmidt vor etwa 400 Frauen und 100 Männern.

Die Versammlung zu Weißensee fand in der Gemeinde-Turnhalle statt und war von 1200 Personen besucht. Referentin war Genossin Tietz. Von den Anwesenden waren mehr als die Hälfte Frauen. Gesang des Weißenseer Männerchors eröffnete und schloß die Versammlung.

In Lichtenberg bei Schwarz, Möllendorffstr. 25/26, war der Saal nebst Nebenraum überfüllt. Vorwiegend waren Frauen anwesend. Das Referat der Genossin Ida Altmann wurde mit großem Beifall aufgenommen.

**Boxhagen-Rummelsburg.** Die Versammlung im Café Bellevue war von zirka 1000 Personen besucht, davon waren ungefähr 700 Frauen. Gen. Wutzki sprach in aufklärender und überzeugender Weise über die Bedeutung des Frauentages. Die Ausführungen wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Die Versammlung wurde mit dem stimmungsvollen Liede „Empor zum Licht“ vom Rummelsburger Männerchor eingeleitet.

**Ober-Schöneweide.** Die Versammlung im „Wilhelminenhof“ war von über 1000 Personen besucht. Genosse Karl Liebknecht sprach 1½ Stunden. Brausender Beifall der Anwesenden zeugte dafür, daß sie mit den Ausführungen des Referenten sowie mit dem Inhalt der Resolution einverstanden waren.

**Mahlsdorf (Ostbahn).** Die Versammlung war sehr gut besucht. Referent war der Genosse Jeserich. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Während der vorausgehenden Agitation und in der Versammlung selbst wurden 17 Frauen in den Wahlverein aufgenommen.

**Friedrichshagen.** Die von etwa 350 Personen besuchte Versammlung bestand zum größten Teil aus Frauen. Sie nahm das vom Genossen Horlitz gehaltene Referat mit großem Beifall auf.

*

**Aus der Provinz Brandenburg wird aus allen Orten über vorzüglich gelungene Demonstrationen berichtet. So aus Brandenburg, Rathenow, Pritzwalk, Kremmen, Fürstenwalde, Sommerfeld, Senftenberg, Schwiebus und anderen Orten.**

*

## Demonstrationen im Reich.

**Danzig.** Die Versammlung wies 1100 Besucher auf, davon 800 Frauen. In Oliva bei Danzig waren von 400 Besuchern 300 Frauen. In Westpreußen fanden 14 Frauenversammlungen statt.

**Stettin.** In der Provinz Pommern fanden 22 Versammlungen statt. Davon entfielen auf Groß-Stettin 8. Trotz der noch mangelhaften Frauenorganisation waren die Versammlungen sehr gut besucht; überall wurden neue Mitglieder aufgenommen.

**Rostock i. Meckl.** In Mecklenburg fanden Frauenversammlungen statt in: Rostock, Schwerin, Wismar, Güstrow, Bützow, Neubrandenburg, Malchin, Sternberg, Waren und Parchim. Die Versammlungen waren durchweg gut besucht.

**Harburg.** In Harburg war die Versammlung von 800, in Wilhelmsburg von 800 Frauen besucht.

In Burg (Insel Fehmarn) fand eine öffentliche Versammlung für Landarbeiter und Arbeiterinnen statt, die sehr gut besucht war. Der Referent, Genosse Bromme-Lübeck, erörterte auch den Demonstrationstag für das Frauenstimmrecht unter lebhaftem Beifall. Die Wahlrechtszeitung fand guten Absatz. In der Diskussion entwickelte der dortige Pastor Heidorn recht seltsame „nationalökonomische“ Ansichten. Der Referent zerstörte unter großer Heiterkeit der Versammelten die pastoralen Utopien, wies nach, daß auch in der Landwirtschaft der Kleinbetrieb den Großbetrieb niemals wieder verdrängen würde und warnte — frei nach Jagow — neugierige Landarbeiter, den pastoralen Rat zu befolgen.

In Hamburg, Altona und Umgegend wurde in 22 großen, zum Teil überfüllten Versammlungen die Forderung des Frauenwahlrechts erhoben. Daß die von den Rednern und Rednerinnen ausgestreute Saat auf fruchtbarem Boden gefallen ist, beweist nicht nur die überall einstimmig angenommene Resolution, sondern auch der Massenbeitritt zu den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, wie auch der Ruf zum Abonnement auf die Arbeiterpresse nicht ungehört verhallte.

**Husum.** Gut besuchte Versammlung. Resolution fand einstimmige Annahme.

**Bremerhaven.** Die Versammlung in Bremerhaven war von 1000, eine andere in Wulsdorf von 300 Personen besucht. Es wurden viele Aufnahmen in die Organisation gemacht.

**Wilhelmshaven.** Die Versammlung war von 800 Frauen besucht.

**Kiel.** Im Kieler Wahlkreis fanden sieben Versammlungen statt, die alle gut besucht waren. Die beiden Kieler Versammlungen waren von ungefähr 3500 Personen besucht; davon waren die übergroße Mehrzahl Frauen. In allen sieben Versammlungen referierten Frauen aus dem Kieler Wahlkreise.

**Hannover.** In Hannover-Linden fanden zwei große Versammlungen statt, die ungeheuer stark besucht waren, nach ungefährer Schätzung von zirka 7000 Genossen und Genossinnen.

**Braunschweig.** In der Stadt Braunschweig fanden zwei Versammlungen statt. Im 1. braunschweigischen Kreis sieben, im 2. vier und im 3. Kreis acht Versammlungen. Die Versammlungen waren durchgehend gut besucht.

**Halle a. S.** Im Regierungsbezirk Merseburg wurden 44 Versammlungen abgehalten; davon entfielen auf den Wahlkreis Weißenfels-Naumburg allein 21. Die Versammlungen waren sehr gut besucht, in Halle von 1200 Personen, darunter zwei Drittel Frauen.

**Leipzig.** Die Versammlung im Volkshause war von 3000 Personen besucht. Es wurden 400 Aufnahmen in den Wahlverein gemacht.

**Zwickau.** Die Versammlung war von über 1000 Frauen besucht. Aus den näheren Ortschaften zogen die Arbeiterfrauen in großen Trupps nach dem Versammlungslokal. Auch in Oelsnitz und in Schöneck im Vogtland waren die Frauenversammlungen äußerst stark besucht. Die Begeisterung in den Versammlungen war eine allgemeine. Es wurde überall die bekannte Resolution angenommen. In Plauen betrug die Teilnehmerzahl 300. In Auerbach und Heilgenstein war die Beteiligung der Frauen weniger zahlreich.

**Gera.** In Reuß j. L. wurden 4 Versammlungen abgehalten. Sie waren alle sehr stark besucht. In Gera waren weit über 1000 Frauen anwesend.

**Gotha.** Im Herzogtum Gotha waren 8 Frauenversammlungen, sämtlich gut besucht. Auch die Frauen der Landorte beteiligten sich zahlreich an der Wahlrechtsdemonstration.

**Suhl.** Die Versammlung war von 500 Personen besucht.

**Kassel.** In Kassel und Eschwege waren gut besuchte Versammlungen.

**Köln.** Die Versammlung in Köln war stark besucht, obwohl fast nur Frauen erschienen waren, mußte der große Saal des Volkshauses abgesperrt werden.

**Düsseldorf.** Die Versammlung war überfüllt. Ueber 1000 Frauen waren anwesend. Nach der Versammlung zogen einige 1000 Frauen unter Hochs und Arbeiterlieder singend durch die Hauptstraßen der Stadt.

**Essen.** Die Versammlung war von über 800 Personen besucht.

**Bochum.** Die imposante auch von bürgerlichen Frauen sehr stark besuchte Versammlung verlief in begeisterter Stimmung.

**Elberfeld.** In Elberfeld-Barmen fanden zwei Versammlungen statt, die von zirka 2000 Personen besucht waren. Auch im Wahlkreise Hagen-Schwelm und Remscheid fanden gut besuchte Versammlungen statt.

**Mannheim.** Die Versammlung in der Stadt Mannheim war von 500 Frauen besucht. An der Diskussion nahmen auch bürgerliche Frauen teil, die gemeinsame Arbeit für die Erringung des Frauenwahlrechts befürworteten. In den umliegenden Ortschaften wurden weitere vier Versammlungen abgehalten.

**Mainz.** In Mainz und sieben Vororten wurden gut besuchte Versammlungen abgehalten.

**Hanau.** Im Kreise Hanau-Gelnhausen fanden 12 Versammlungen statt, die durchgängig gut besucht waren. In der Hanauer Versammlung waren vorwiegend Frauen anwesend. Es wurden viele Neuaufnahmen gemacht.

**Augsburg.** In Augsburg und Lechhausen waren die Frauenversammlungen sehr stark besucht. Zirka 1000 Frauen nahmen an den Versammlungen teil.

**Würzburg.** Die Versammlung war von 500 Personen besucht.

**Nürnberg.** Die Zahl der Teilnehmerinnen betrug über 4000.

### Der Frauentag in Oesterreich.

**Wien,** 19. März. Die Demonstration für die Rechte der Frauen hat in Oesterreich einen besonderen Anstoß erhalten durch die Reform des Vereinsgesetzes, die auf Antrag der Sozialdemokratie das Abgeordnetenhaus vor wenigen Tagen beschlossen hat und die den Frauen das Recht, politischen Vereinen anzugehören, bringt. In ganz Oesterreich wurden, soweit bisher Berichte vorliegen, die Versammlungen massenhaft besucht, und in den meisten Orten schlossen sich an die Versammlungen Straßenumzüge der Frauen mit Fahnen und Standarten.

In Wien fand die Versammlung in den „Blumensälen“ der Gartenbaugesellschaft auf dem Parkring statt. Die Genossinnen sammelten sich in den 21 Gemeindebezirken und marschierten in geschlossenen Zügen mit ihren Fahnen und Tafeln auf die Ringstraße. Auch die Genossinnen der Industrieorte der Umgebung — Liesing, Atzgersdorf, Schwechat, Klosterneuburg und Inzersdorf — nahmen an der Wiener Demonstration teil. Der große Saal war lange vor Beginn der Versammlung dicht besetzt und viele Tausende mußten auf der Ringstraße stehen bleiben. Die Versammlung wurde mit einem „Frauentagschor“ eröffnet, den die Genossin Schlesinger gedichtet hatte und der von den Arbeitersängerinnen vorgetragen wurde. Die Referate erstatteten Genosse Dr. Adler und die Genossin Popp, worauf im Namen der tschechischen Arbeiterinnen Genossin Dvorak, im Namen der polnischen Arbeiterinnen Genossin Scherer und im Namen des Frauenstimmrechtskomitees der bürgerlichen Frauen Frau Mini v. Fürth sprachen.

Um fünf Uhr war die Massenversammlung zu Ende und nun formierte sich ein endloser Zug, der über den ganzen Ring bis zum Rathausplatze zog. An dem Zuge nahmen 25—30 000 Frauen teil, nicht zu zählen die Tausende von Genossen, die sich an den Zug anschlossen oder Spalier bildeten.

Bald wäre es zu einem blutigen Zusammenstoß mit der Polizei gekommen. In dem Zuge wurden mehrere Hunderte von Standarten mit den mannigfachsten Aufschriften getragen. Eine große Standarte trug die Inschrift „Ueber 6 Millionen Frauen sind erwerbstätig, ihre Arbeit vermehrt den Reichtum der Gesellschaft und die Einnahmen des Staates, sie selbst sind politisch rechtlos.“ Eine andere: „Für Steuerzahlrecht den Frauen das Wahlrecht!“ oder „Pflichten, aber keine Rechte!“ oder „Nieder mit dem Moloch!“ oder „Für den Moloch Millionen, während die Arbeiter im Elend wohnen!“ Diese letzte Standarte hatte es nun plötzlich einem Polizeikommissär angetan, der darin eine Bedrohung des geheiligten Militarismus erblickte. Er gab den Polizisten den Auftrag, diese Standarte zu konfiszieren und im Nu stürzten sich ein halbes hundert Polizisten auf die Fahnenträgerin, um ihr die staatsgefährliche Tafel zu entreißen. Es entstand ein fürchterlicher Tumult, die Frauen und auch die Spalier bildenden Männer setzten sich zur Wehr und es kam zu einem förmlichen Handgemenge mit der Polizei. Ein Genosse rettete die bedrohte Standarte und an der Stange, auf der die Inschrift befestigt gewesen war, wurde nun ein Plakat angeheftet mit der Inschrift „Konfisziert!“ Die Situation war so kritisch, daß sich die Abg. Forstner und Neumann ins Mittel legen mußten. Es gelang ihnen, dem Kommissar Vernunft beizubringen und er kommandierte seine Polizisten zum Rückzug. Unter den Pfuirufen und dem Hohngelächter der Frauen marschierten die Polizisten von der Ringstraße ab. Vor dem Rathause löste sich der Zug unter stürmischen Hochrufen auf das Frauenwahlrecht auf.

## Gerichts-Zeitung.

### Jugendliche vor Gericht.

Zu einem bösen Streich haben sich die Realschüler Kurt Wünschke und Paul Otte hergegeben, die gestern unter der Anklage der schweren Urkundenfälschung bezw. der Beihilfe vor der 7. Strafkammer des Landgericht I standen. Die beiden 15½ bezw. 16jährigen jungen Männer, Söhne sehr gut situierter Eltern, besuchten eine hiesige Realschule, oder vielmehr: sie besuchten sie nicht, sondern schwänzten sehr häufig den Unterricht. In solchen Fällen halfen selbstfabrizierte Entschuldigungszettel aus aller Not und Gefahr, der intelligentere O. hatte sich sogar schon Schulzeugnis-Formulare drucken lassen, um davon im schlimmsten Falle Gebrauch zu machen und seinen nichtsahnenden Eltern eine gefälschte Zensur vorlegen zu können. Der Vater des W. ist ein wohlhabender Bauunternehmer, der mit einer hiesigen Bank, in welcher er selbst den Posten eines Aufsichtsrats bekleidet, im Scheckverkehr steht. Sein Sohn hatte zusammen mit seinem Freunde O. schon vier Wochen die Schule geschwänzt und bei beiden begann allmählich die Furcht vor ihren Eltern, die über kurz oder lang von ihrem Lotterleben Kenntnis erhalten mußten, die Oberhand zu gewinnen. Sie überlegten, was zu tun sei und faßten den Plan, nach Afrika durchzubrennen. Daß hierzu Geld gehörte, war ihnen klar, sie glaubten aber, es sich auf leichte Weise verschaffen zu können. W. fand Gelegenheit, sich aus dem Scheckbuch seines Vaters ein Blatt anzueignen. Nach einem stärkenden Weinfrühstück füllte O. auf Ersuchen des W. diesen Scheck auf den Betrag von 16 000 Mk. aus, W. pauste selbst die Unterschrift seines Vaters durch und begab sich nachmittags wohlgemut auf die Bank, in der Hoffnung, ohne weiteres die 16 000 Mk. ausgezahlt zu erhalten. Er hatte sich getäuscht. Der Kassenbeamte stellte fest, daß Herr W. ein Guthaben in dieser stattlichen Höhe gar nicht besaß, es war auch deutlich erkennbar, daß die Unterschrift durchgepaust und nachgezogen war. Da auf telephonische Anfrage Herr W. erklärte, daß eine Fälschung vorliege, wurde die Kriminalpolizei zitiert und der junge Mann festgenommen. Zu allgemeinem Staunen ergab sich, daß es sich um den eigenen Sohn des Aufsichtsrats W. handelte. Die Sache konnte nun nicht mehr ungeschehen gemacht werden und so standen denn der geistig etwas minderwertige W. und sein Freund O. vor dem Strafrichter. Der erstere war geständig, O. dagegen wollte glauben machen, daß er unter dem Einflusse des genossenen Weines den Zettel, den ihm W. vorgelegt, nach dessen Angaben ausgefüllt habe, ohne irgendwie zu wissen, welche Bedeutung ein Scheck habe. — Staatsanwalt Dr. Lehmann beantragte je 6 Monate, der Gerichtshof erkannte auf je 2 Monate Gefängnis und beschloß, die beiden jugendlichen Missetäter der bedingten Begnadigung zu empfehlen.

Wie wäre mit den jungen Leuten verfahren, wenn deren Eltern der Arbeiterklasse angehörten?

### Das unerschütterliche Schutzmannszeugnis.

Eine Schöffengerichtsabteilung unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Wageler verurteilte gestern den Arbeiter Meyberth und dessen Frau zu je 5 Mk. wegen ruhestörenden Lärms. Die Verurteilung stützt sich lediglich auf die Aussage des Schutzmannes Zielke, der die Anzeige gegen das Ehepaar Meyberth erstattet hat. Die Angeklagten behaupten, sie hätten dem Schutzmann keinen Anlaß zum Einschreiten gegeben, auch keinen Lärm gemacht. Ein unbeteiligter Zeuge hat zwar Lärm gehört, doch sagt er, der Schutzmann verursachte den Lärm, indem er überaus laut zu dem Ehepaar Meyberth sprach. Der Schutzmann Zielke aber stellt die Sache so dar: Meyberth habe höhnische Bemerkungen gegen ihn gemacht, er habe sich das verbeten, darauf habe Frau Meyberth durch laute Redensarten — es war nachts in der Warschauerstraße — ruhestörenden Lärm verursacht. Diese Aussage genügte dem Gericht zur Verurteilung der beiden Angeklagten. Es waren noch zwei Entlastungszeugen zur Stelle, die dem Vorgang beigewohnt hatten. Sie wurden gar nicht vernommen. Warum nicht, darüber sagte der Vorsitzende kein Wort. Wahrscheinlich erschienen sie ihm von vornherein verdächtig. Denn auch gegen diese beiden Zeugen, die erst hinzukamen als der Schutzmann mit dem Ehepaar Meyberth zu tun hatte, hat Schutzmann Zielke Anzeige erstattet. Auch sie haben einen polizeilichen Strafbefehl erhalten. Die gerichtliche Entscheidung über denselben steht noch aus. So hat das Gericht kurzerhand alle Beweismittel bei Seite geschoben, die die Aussage des Schutzmanns vielleicht hätten erschüttern können. Ein sonderbares Verfahren, um die objektive Wahrheit festzustellen.

Wie Schutzmann Zielke selbst angab, hat nur die Frau Meyberth gelärmt, während sich der Mann ganz ruhig verhielt. Trotzdem hat Zielke nur den Mann zur Wache sistiert, die Frau aber, obwohl sie verlangte, mit nach der Wache zu gehen, zurückgewiesen. Warum ist denn eigentlich der Mann, der selbst nach Angabe des Schutzmanns sich ruhig verhielt, angezeigt und sogar verurteilt worden. Darüber hat die Gerichtsverhandlung ebenso wenig Klarheit gebracht wie über die Angaben der Angeklagten, daß Schutzmann Zielke zu einem der nicht vernommenen Zeugen, als dieser nach der Wache mitgehen wollte, gesagt hat, ob er schon mal Prügel auf der Wache bekommen habe. Schutzmann Zielke hat, wie er selbst zugibt, auf dem Wege zur Wache den Revolver gezogen, und die Zeugen damit bedroht. Angeblich, weil er von ihnen bedrängt wurde. Ob dies zutrifft, darüber hätten jedenfalls die beiden nicht vernommenen Zeugen Auskunft geben können. So blieb auch dieser Punkt ungeklärt.

Wer glaubt, daß in einer Schöffengerichtsverhandlung unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Wagler alle Mittel zur Ermittelung der Wahrheit zur Anwendung gelangen, ist schon oft bitter enttäuscht.

### Ein bedenkliches Vorkommnis auf dem Arbeitsnachweis der Berliner Fleischerinnung

lautete die Ueberschrift unseres Artikels vom 15. November 1910. Wir berichteten darin über einen Prozeß, den der Führer der gelben Bewegung, der meistertreue Altgeselle Brednow, wegen Beleidigung gegen den Vorsitzenden des Zentralverbandes der Fleischer, den Genossen Hensel, angestrengt hatte. Brednow hatte dem Hensel vorgeworfen, daß er einen Schlächtergesellen Barth zum Meineid verleitet habe. Hensel antwortete mit einem Artikel, in dem er diese Behauptung Brednows als Verleumdung zurückwies und darlegte, daß man im Innungsarbeitsnachweis Barth betrunken gemacht habe: Barth hat, wie unbestritten ist, als er lange arbeitslos war und um Arbeit in der Innung nachsuchte, auf eigene Kosten zwei Flaschen Wein sowie einige Kognaks bestellt und bezahlt. Diese Freigebigkeit vergalt man damit, daß man Barth ein Schriftstück vorlegte, worin er sich selbst beschuldigte, einen Meineid geleistet zu haben. Diese Selbstbeschuldigung reichten die Christlichen dann bei der Staatsanwaltschaft ein. Wegen dieses Artikels des Hensel erhob Brednow Privatklage. Hensel wurde vom Schöffengericht freigesprochen. Die Strafkammer hob auf Berufung des Brednow das Urteil auf, verurteilte den Genossen Hensel wegen Beleidigung zu 125 M. Geldstrafe, während sie die Widerklage Hensels abwies. Hiergegen legte Hensel Revision ein. Der Verteidiger Hensels, Rechtsanwalt Dr. Heinemann, machte vor dem Kammergericht geltend, daß die Strafkammer zu Unrecht dem Hensel den Schutz des § 193 des Strafgesetzbuchs versagt und zu Unrecht diesen Schutz dem Brednow gewährt habe. Das Kammergericht schloß sich den Ausführungen des Verteidigers an, hob das Urteil in vollem Umfange auf, sowohl insoweit Hensel verurteilt, als auch insoweit seiner Widerklage nicht stattgegeben war, und verwies die Sache zu erneuter Verhandlung an ein anderes Gericht, das Landgericht III, zurück.

### Tötung der eigenen Mutter durch mangelhafte Pflege.

Wegen fahrlässiger Tötung ihrer 83jährigen Mutter durch mangelhafte Pflege hatte sich vor der Göttinger Strafkammer die Rentiersfrau Hesse in Grund im Harz zu verantworten. Auch ihr Ehemann war mitangeklagt. Die alte Frau war drei Wochen vor ihrem Tode bettlägerig krank geworden und konnte nicht mehr aufstehen. Ihr wurde von den Angeklagten ein Stechbecken untergelegt, das diese die ganzen drei Wochen lang Tag und Nacht ununterbrochen liegen ließen. Die Kranke lag sich durch, und der erst zur Ausstellung des Totenscheins herbeigeholte Arzt fand das Fleisch drei Zentimeter tief bis auf den Knochen gehend weggefault, „ein erschütterndes Bild greulicher Verwahrlosung“. Bei einiger Aufmerksamkeit hätten die Angeklagten die Verletzungen und damit den Tod der alten Frau verhüten können. Wegen fahrlässiger Tötung wurde Frau Hesse zu einem Jahr, ihr Ehemann, der Rentier August Hesse, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Der unter dem Verdacht des Mordes an der Arbeiterfrau Gerolewski verhaftete Arbeiter Albert Hartmann wurde gestern aus der Untersuchungshaft der 2. Strafkammer des Landgerichts III vorgeführt, um sich wegen eines Einbruchsversuchs zu verantworten. Hartmann, der vor kurzem von der Berliner Kriminalpolizei in der Stolper Frauenmordaffäre verhaftet worden war und inzwischen ein Geständnis abgelegt haben soll, wurde vor einiger Zeit von einem Rangierer Siebert beobachtet, wie er in das zwischen Schulzendorf und Hennigsdorf gelegene Sommerhaus des Baurats a. D. Fischer einstieg. Der Angeklagte wurde von Siebert festgehalten und der Polizei übergeben.

Das Gericht erkannte gegen ihn auf 6 Monate Gefängnis.

**Würzburger Hühneraugenmittel**
von **Dr. H. Unger.** — Gegen **30 Pfennig** auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die **bequemste u. wirksamste Hilfe.** Der Schmerz ist in **5 Min.** fort. Das Hühnerauge selbst in **3 Tagen.** (Enthält Salicylsäure und indischen Hanfextrakt.) **Dr. H. Unger in Würzburg.**
In **Berlin** (20 Pf.): **Salomon-Apotheke,** Charlottenstraße 54. **Greif-Apotheke,** Barnimstraße 33. — **München: Schützen-Apotheke.** — **Stuttgart: Hirsch-Apotheke.** — **Breslau: Victoria-Apotheke.** 118/8

**Achtung! Fabrikarbeiter-Verband. Achtung!**
Für die Tage 68/10*
**Mittwoch, den 22., und Donnerstag, den 23. März**
bleiben unsere Bureaus anläßlich des Umzuges geschlossen.
Die neue Adresse ist: **Engelufer 15, linker Seitenfl. I.**
Telephon Amt IV, Nr. 11443. Die Ortsverwaltung.

**August Hahn, Berlin W., Wilmersdorf,**
**29 Wilhelms-Aue 29.**
empfiehlt allen Parteigenossen und Freunden sein **Weiß- und Bayrischbier-Lokal, kleiner Garten, Vereinszimmer.**
Warme Speisen zu jeder Tageszeit.
Von Mitte Mai Telephon Amt Pfalzburg; jetzt Amt Wilmersdorf 494.
Hochachtungsvoll **August Hahn,** früher Strelauerstraße.

**Möbel** liefert auf bequeme **Teilzahlung** bei **kleinster** Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)
**E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58**

**Plasmon-Cacao**
**Bester Nährcacao der Welt**
Erhältl. in Apotheken, Drogerien u. Nahrungsmittelgeschäften.

**Dr. Simmel**
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
**Prinzenstr. 41,** dicht am Moritzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4

**Stoffe**
englisch, für Anzüge, Paletots, Mtr. 3—, 4.50. Leden für Pelerinen, Mtr. 1.50, 2.50 ꝛc.
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
**Gertraudtenstr. 20—21,** vis-à-vis der Petrikirche.


# Theater und Vergnügungen

**Dienstag, 21. März.**
Anfang 7½ Uhr.
**Königl. Opernhaus.** Maria.
**Königl. Schauspielhaus.** Der Störenfried.
**Deutsches.** Faust. 1. Teil.
Anfang 8 Uhr.
**Neues königl. Opern-Theater.** Stammhalter.
**Kammerspiele.** Lancelot.
**Lessing.** Glaube und Heimat.
**Neues Schauspielhaus.** Maria Stuart.
**Komische Oper.** Die Fledermaus.
**Kleines.** Der Leibgardist.
**Neues Operetten.** Die schöne Affäre.
**Berliner.** Bummelstudenten.
**Westen.** Die lustigen Nibelungen.
**Neues.** Mein erlauchter Ahnherr.
**Trianon.** Hippolytes Abenteuer.
**Residenz.** Fernands Ehekontrakt.
**Thalia.** Polnische Wirtschaft.
**Schiller O.** (Wallner-Theater.) Gabriello der Fischer.
**Schiller Charlottenburg.** Der Traum ein Leben.
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Wilhelm Tell.
**Volksoper.** Die Dollarprinzessin. (Anfang 8½ Uhr.)
**Lustspielhaus.** Meyers.
**Luisen.** Ums goldene Kalb.
**Modernes.** Der Feldherrnhügel.
**Metropol.** Don Carlos. (Anf. 7½ Uhr.)
**Herrnfeld.** Scheidungs-Souper. Bar-Schwester.
**Folies Caprice.** Der Feldwebelhügel. (Anfang 8¼ Uhr.)
**Metropol.** Hurra — Wir leben noch!
**Kasino.** Julie Wippchen.
**Apollo.** Spezialitäten.
**Passage.** Spezialitäten.
**Voigt.** Die feindlichen Brüder.
**Noack.** Almenrausch und Edelweiß.
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.
**Karl Haverland.** Spezialitäten.
**Wintergarten.** Spezialitäten.
**Walhalla.** Bravo! Dacapo! (Anfang 8½ Uhr.)
**Intimes.** Ein fataler Moment. (Anfang 8½ Uhr.)
**Wedding.** Lichtspiele.
**Kaiser-Panorama.** Reise in der französischen Riviera, Nordtirol — eine Tour über den Fernpaß nach Imst.
**Urania.** Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Im Firnenglanz des Ober-Engadin. Im Hörsaal: Nachmittags 6 Uhr: Wellenlehre und Schall. Abends 8 Uhr: Der gegenwärtige Stand der Flugtechnik in Deutschland.
**Sternwarte,** Invalidenstr. 57—62.

## Lessing-Theater.
8 Uhr: **Glaube und Heimat.**
Mittwoch und Donnerstag 8 Uhr: **Glaube und Heimat.**

## Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
**Bummelstudenten.**
Morgen: **Bummelstudenten.**

## Neues Theater.
Täglich:
**Mein erlauchter Ahnherr.**
Anfang 8 Uhr.

## Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
**Die lustigen Nibelungen.**
Sonntag 3½ U.: **Die lustige Witwe.**

## Modernes Theater
(früher Hebbeltheater).
Abends 8¼ Uhr:
**Der Feldherrnhügel.**

## Berliner Volksoper
Belle-Alliancestraße 7/8. — ½9 Uhr:
**Die Dollarprinzessin.**

## Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.
**Fernands Ehekontrakt.**
Schwank in 3 Akten von Georges Feydeau. In deutscher Bearbeitung von Benno Jacobson.
Morgen und folgende Tage:
**Fernands Ehekontrakt.**

## Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
**Meyers.**

## Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
**Aus erster Ehe.**
Schausp. in 5 Akt. v. Courths-Mahler.
Dienstag: Ums goldene Kalb.

## Urania.
Wissenschaftliches Theater,
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
**Im Firnenglanz des Ober-Engadin.**
Hörsaal 6 Uhr:
Professor Dr. B. Donath:
**Wellenlehre und Schall.**
8 Uhr:
8 Uhr Privatdozent A. Dietzius:
**Der gegenwärtige Stand der Flugtechnik in Deutschland.**

## Kaiser-Panorama.
Im Bannkreis des Vesuv. Neapel, Vesuv, Lavafelder etc. Letzte Woche franz. Riviera. Eine Reise 20 Pf., Kinder 10 Pf.
Abonnements 1 M., Taul. Abonnent.

## Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Dienstag, den 21. März, 8 Uhr:
**Wilhelm Tell.**
Mittwoch: Cyrano von Bergerac.
Donnerstag: Pagenstreiche.
Freitag: Papenstreiche.

## ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
**Don Carlos.**
Billetts zu dieser Vorstellung sind nicht mehr zu haben.
Mittwoch: Leutnant der Reserve.
Donnerstag: Am Rande des Abgrunds.
Freitag: Liselotte.

## Apollo Theater
Ab 8 Uhr:
**Nur noch kurze Zeit**
**das große komische März-Programm.**
Abends 9½ Uhr:
**Berlins Sensation**
**Alwin Neuß**
**Tony Tetzlaff**
in dem Sensationsstück: **Beregis.**

## Metropol-Theater.
**Hurra! Wir leben noch!**
Große Ausstattungsrevue in 7 Bildern v. J. Freund. Musik v. B. Hollaender. In Szene gesetzt von Dir. R. Schultz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

## WINTER GARTEN
**März-Attraktionen!**
**Olga Desmond**
**Robert Steidl**
und eine Auslese
**hervorragender Kunstkräfte!**
Rauchen gestattet.

## Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
**Hedi Herdina.**
**Loi-Hoi-Tschen**
Chinesentruppe
und das große neue März-Programm.
14 Varieté-Neuheiten.

## Passage-Panoptikum.
Die zusammengewachsenen
**Schwestern Blazek**
und ihr Kind!
Zwei Mütter — ein Kind!
Lebend zu sehen!
Täglich von 11-1 u. von 3-10 Uhr.
**Ohne Extra-Entree!**
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

## Schiller-Theater.
**Schiller-Theater O.** (Wallner-Theat.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
**Gabriello der Fischer.**
Eine Burleske ins Aufg. v. G. Preczang. Ende 10¼ Uhr.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
**Ein idealer Gatte.**
Donnerstag, abends 8 Uhr:
**Gabriello der Fischer.**

**Schiller-Theater Charlottenburg.**
Dienstag, abends 8 Uhr:
Zum 1. Male:
**Der Traum ein Leben.**
Dramatisches Märchen in 4 Aufzügen von Franz Grillparzer. G. 10¼ U.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
**Prinz Friedrich von Homburg.**
Donnerstag, abends 8 Uhr:
**Der Traum ein Leben.**

## Excelsior-Lichtspielhaus
**Rixdorf, Bergstr. 151/152** (Passage Richardstraße).
**„Lisa“**
**(Ihr erstes Debüt),** ein Lebensdrama, **müssen Sie sehen.**
Dann die Dramen: **„Der Kaufmann von Venedig“** Farbenkinematographie sowie
**„Der König von Rom“.** Ferner: **„Moritz hat sein Monocle verloren“.**
**„An Bord eines französischen Panzerschiffs“** usw. usw.
Anfang Wochentags 6 Uhr abends, Sonntags 3 Uhr nachmittags.

## „CLOU“
**BERLINER KONZERTHAUS**
Mauerstr. 82 .·. Zimmerstr. 90-91
**Heute: Gastspiel**
des K. K. Hofball-Musik-Direktors
**C. M. Ziehrer**
mit seinem aus 65 Wiener Künstlern bestehenden Orchester.
Eintritt 50 Pf.

## Brauerei Friedrichshain
**Am Königstor**
**Größter Konzertsaal Berlins**
**Am 28., 29., 30. und 31. März 1911:**
**Gastspiel** von
**Johann Strauß** aus **Wien**
mit seiner vollständigen Kapelle.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf., Reserv. Platz 75 Pf.

## Zirkus A. Schumann.
Dienstag, den 21. März 1911, abends 7½ Uhr:
**Die größte Attraktion der Jetztzeit:**
**Automobilrennen**
**Ueberholung im Sprung**
ausgeführt mit 2 Automobilen v. d. Brasilianer Mr. Arnaud und Mlle. Georgina aus Paris.
Zum 150. Male:
**D. gr. Coup d. Schmuggler**
sowie Auftreten der übrigen Kunstkräfte.

## Zirkus Busch.
Dienstag, 21. März, abds. 7½ Uhr:
**Gala-Vorstellung.**
**Nordini**
mit seinen staunenerregenden Muskel- und Atem-Experimenten.
Herr Georg Burkhardt-Footit, Schulreiter. — Die Frodianis, berühmte Reiterfamilie.
3 Gebr. Fratellini, urk. Clowns.
**The 3 Claeres.**
Franz Steidler, radfahrender Bauchredner.
Um 9¼ Uhr zum 92. Male:
**„Armin.“**

## Folies Caprice.
Täglich 8¼ Uhr:
**Die abgetretene Frau.**
Neuer bunter Teil.
**Feldwebelhügel.**

## Herrnfeld Theater
Heute: zum 2. Male: Die Novitäten
**Das Scheidungs-Souper**
von Julius Horst.
**Ein Verlobungsgeschäft**
von Anton und Donat Herrnfeld.
**Die Bar-Schwester**
von Anton und Donat Herrnfeld.
Hauptrollen:
Anton Herrnfeld. Donat Herrnfeld. Martin Bendix. Jacques Morway. Artur Franzetti. Leop. Gabiel. Hans Marton. Hugo Döblin. Walter Lassen. Jos. Aschinger. Bernh. Förster. Josina Kleist. Hel. Tschopik. Carla Muthbaum. Grete Meilicke. Grete Kroll. Poldi Ruß. H. Wiese.

## Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
**Hippolyte's Abenteuer.**

## Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72.
Novität! **Der Weltmeister-Boxer.** Novität!
Gesangsposse von Ely und Schlothes.
Originell! **Boxkampf** Originell!
zwisch. Berta Hofmann u. Franz Sobanski.
Neue Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr, Sonntags ½7 Uhr.

## LICHTSPIELE.
MOZART-SAAL.
Nollendorf-Platz.
Beginn 6 Uhr.

## Burgtheater-
Festsäle und Kinematograph
vorm. Greterjan. Inhab.: Rud. Merz, Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9353
**Lebende Photographien.**
Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte. Anf. 7 U., Sonnt. 4 U. Vorzugskarten, nur wochent. gültig. 25 Pf. auf allen Plätzen. Stets wechs. Programm.

## Karl Haverland-Theater.
Anfang präz. 7½ U. Kommandantenstraße 77/79.
Direktor Martinius Burleske
**Amor in der Dunkelkammer**
ferner
neues Spezialitätenprogramm.

## Casino-Theater
Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr:
**Nur noch bis 30. März:**
**Julie Wippchen.**
Am 31. März: **Zwei Wappen** von Blumenthal und Kadelburg.
Sonntag 3½ Uhr: **Haß und Liebe.**

## Stadt-Theater Moabit
**Alt-Moabit 47/48.**
Donnerstag, den 23. März 1911:
**Die Kinder der Exzellenz.**
Kassenöffn. 7 Uhr. Anf. 8¼ Uhr.
Nach der Vorstellung:
**Tanz.**

## Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Berlin N., Brunnenstraße 16.
Zum letztenmal:
**Almenrausch und Edelweiß.**
Oberbayr. Volksschauspiel m. Gesang.
Anfang 8¼ Uhr. Vorzugskart. gültig.
Mittwoch: **Deborah.**

## Reichshallen-Theater.
**Stettiner Sänger.**

Zum Schluß:
**Kuhlickes Varieté-Theater.**
Burleske von Meysel.
Anfang wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

## Theater des Wedding
**Der letzte Wille Franz II.**
König von Frankreich
Historisches Drama.
**Das Osterei.**
Ein Bild aus dem Leben Col. sowie das übrige Sensationsprogramm.

## Theater Sanssouci
**Lichtspiele**
**Eröffnung**
**25. März**
Kottbuser Straße 6
Hochbahn, Kottbuser Tor.
Fassungsraum 1500 Personen.

## Voigt-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Dienstag, den 21. März 1911:
Gastspiel in Puhlmanns Theater.
**Die feindlichen Brüder.**
Schauspiel in 4 Aufz. von Erckmann-Chatrian.
Kassenöffnung 7, Anfang 8 Uhr.

## Walhalla-Theater.
(Rosenth. Tor.) Weinbergsw. 20
Alabendlich 8¼ Uhr:
**Bravo! Da Capo!**
Eine Allerwelts-Revue.
Sonntagsnachm. 3½ Uhr:
**Unsere Don Juans.**
Kleine Preise.

## Bosporus am Moritzplatz
**Heute:**
**Das neue Programm**
u. a.:
**Meyer mit dem Hängeboden.**
Anfang 6 Uhr.
Kassenöffnung 4 Uhr.
Von 11—2 Uhr:
**TANZ.**

## Sport-Palast
**Potsdamer Straße 72—72a**
**Eintritt 1 Mark.** Reserv. Plätze 2 Mark. **Eintritt 1 Mark.** Reserv. Plätze 2 Mark.
**Größter Eispalast der Welt.**
An Wochentagen von 1—4 Uhr Eintritt 50 Pf.
Feerie:
**„Eisfest an der Newa“**
Unter Mitwirkung von ca. 200 Eislaufkünstlern und zwei Künstlerkapellen.
**Außergewöhnliche luxuriöse Ausstattung und unerreichbare Lichteffekte.**
Bengalische Beleuchtung der Vorstellung.

## 6 Tage Rennen
**Beginn 24. März, 9 Uhr abends.**
Vom Dienstag, den 21. bis inkl. 31. März ist keine Eisbahn.
Das Publikum hat während des Baues der Radrennbahn Zutritte gegen 50 Pf.


Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**H. & P. Uder,** Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
**Tabak-Großhandlung** und **Tabakfabrik.**
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter **Zigarren** in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu **Originalpreisen.**
Amt 4, 3014.

**Kardinal-Malzkaffee**
der Beste der Gegenwart
Überall zu haben
Nur echt in **roter Packung.**

**Die reellsten und billigsten**
# Möbel
**und Polsterwaren** auf Teilzahlung zu Kassenpreisen und Zinsvergütung erhält man in der seit 32 Jahren bestehenden Möbelfabrik unter 10jähriger Garantie
**A. Schulz,** Reichenberger Straße 5.
64L*

## Verkäufe.

**Inventurausverkauf** zu Spottpreisen.

**Teppiche,** Farbenfehler, jetzt fabelhaft billig. Riesen-Fabriklager, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik; billiger wie überall. Vorwärtsleser noch extra 10 Prozent Rabatt. Sonntags geöffnet.

**Gardinen,** Fabrikreste, Fenster 1.65, 2.85, 2.85, 3.50, 4.50, 6.75 usw.

**Totalausverkauf** von angeschmutzten Gardinen, Stores, Bettdecken staunend billig. Große Frankfurterstraße 125.

**Tuch- und Plüschportieren,** Garnitur 3.85, 4.50, 5.25, 6.50, 8.25, 10.50. Fabriklager Große Frankfurterstraße 125.

**Steppdecken** billigst, Fabrik Große Frankfurterstraße 125.

**Tuch- und Plüschdecken** mit kleinen Fehlern zu Spottpreisen. Große Frankfurterstraße 125. Nur im Hause der Möbelfabrik. 2305R*

**Verbrechen und Prostitution** als soziale Krankheitserscheinungen von Paul Hirsch. Preis 2,— Mark, geb. 2,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

**Teppiche!** (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

**Federbetten.** Stand 11,00, große 16,00, neue Aussteuerbetten, Aussteuerwäsche, Gardinen, Portieren, Teppiche, Decken, große Auswahl, spottbillig. Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. 2200R*

**Vorwärtsleser** erhalten fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich Thomas.

**Teppiche,** vorjährige Muster, für halben Wert.

**Gardinen,** Restbestände, bis drei Fenster, statt 5 — 3, statt 8 — 5, statt 12 — 8.

**Teppich-Thomas,** Oranienstraße 160, Oranienplatz; Rosentalerstraße 54. 2204R*

**Kredithaus** Moabit, Turmstraße 55, Ecke Waldstraße, erhalten Sie Möbel und Waren jeder Art auf Teilzahlung, unter denkbar günstigen Zahlungsbedingungen. Spezialität: Herren- und Damenbekleidung. Gratis erhält jeder Herr beim Kauf eines Anzuges oder Paletots einen Hut, Stock oder Schirm; jede Dame Handtasche oder Gürtel. Beim Kauf größerer Wohnungseinrichtung Teppich oder Regulator. 2229R*

**Gaskronen,** dreiflammig 4,50, Bronzekronen 7,50, Gaszuglampen 7,00, Gasuhren 1,40, Gaswandarme 0,85. Teilzahlungen gestattet. Kronenlager Große Frankfurterstraße 92; Filiale Ravensstraße 6. 1301R*

**Milchgeschäftseinrichtungen!** Milchverkaufsgläser, Milchkannen, Milchmaße, Milchsiebe, Buttermaschinen, Eisschränke, billigst. Spezialfabrik Jordan, Michaelkirchstraße 21. 2119R*

**Hermannplatz 6.** Pfandleihhaus. Staunendbillige Jackettanzüge. Gehrockanzüge. Herrenpaletots. Herrenhosen. Extrabilliger Bettenverkauf. Wäscheverkauf. Teppichverkauf. Gardinenverkauf. Steppdecken. Plüschtischdecken. Riesenauswahl Schmucksachen. Taschenuhren. Wanduhren. Vorteilhafte Einkaufsquelle. Pfandleihhaus Hermannplatz. Auch Sonntags geöffnet. †20*

**Tüllgardinen,** Stores, Rouleaux. Spottbilliger Inventurverkauf. Fenster 1,15, 1,65, 2,50 bis 9,—. Prachtvolle Uebergardinen: Fenstergarnitur 3,50 bis 18,50. Wolfs Teppichhaus, Dresdenerstraße 8 (Kottbusertor). Abonnenten Rabatt. 2085R*

**Moritzplatz 58a** im Leihhaus kaufen Sie enorm billig, als: von Kavalieren getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9—18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damenjacketts, Kostümen, Kleidern, früher bis 100 Mark, jetzt 10 bis 20 Mark (hochelegant). Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Aussteuerwäsche, Betten, enorm billig. Moritzplatz 58a. 2223R*

**Schönhauser Allee 114** (Ringbahnhof). Pfandleihhaus. Großberlins vorteilhafteste Einkaufsquelle. Spottbilligster Bettenverkauf. Zur Einsegnung: Größtes Goldwarenlager. Taschenuhren. Zum Umzug: Gardinenlager. Portierenverkauf. Steppdeckenlager. Plüschtischdecken. Freischwinger. Prachtteppiche. Aussteuerwäsche. Elegante Frühjahrsulster. Jackettanzüge. Alles zu Spottpreisen. Fahrvergütung. 2250R*

**Daunenbett,** zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweischläfrig, 15,00, große Laken 90 Pfennig, Damastbezüge 3,80 Steppdecken, Portieren, Teppiche. Prinzenstraße 34.

**4.25** prachtvolles Bett, 10,00, ganzer Stand, rotrosa gestreift. Prinzen-Pfandleihe, Prinzenstraße 34.

**Brautbetten,** ganzer Stand 27,00, nur in der billigen Pfandleihe, Prinzenstraße 34. Annoncenvorzeigen vergüte Fahrgeld! 2281R*

**Bilder** kaufen Sie direkt Fabrik bei Bogdan, Weinmeisterstraße 2. *

**Drehrollen,** Hausmangeln, Waschmaschinen, Wringmaschinen. Krigar u. Ohsen, Waßmannstraße 29. *

**Billige** Hosenwoche. Hochelegante Herrenhosen aus feinsten Maßstoffen 7—15 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21.

**Vorjährige** elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 20—40 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1288R*

**Betten,** elegante, Stand 11,00, 16,00, hochfeine 21,00, 24,00, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Prachtteppiche, Freischwinger, Jackettanzüge, Wäsche, spottbillig Leihhaus Osten, Königsbergerstr. 19. 2296R*

**Kolonialwaren-** Geschäftseinrichtung elegante, wegen Aufgabe verkäuflich Weißensee, Friedrichstraße 6. †144*

**Teppiche.** Vorwärtsleser erhalten jetzt 20 Prozent. Große Partien Teppiche mit kleinen Webefehlern, zirka 200 × 300 11,75, 250/350 16,50, 300/400 20,00. Portieren, Gardinen, Tischdecken, Sofadecken, Läuferstoffe spottbillig. Teppichhaus L. Lesdore, nur Potsdamerstraße 106 B. (Kein Laden.) Hausnummer beachten. *

**Teilzahlung,** Uhren-, Goldwarenspezialgeschäft, wöchentlich 1 Mark, Turmstraße 16. 7815*

**Littauers** Nähmaschinen ohne Anzahlung, gebrauchte spottbillig! Skalitzerstraße 99, Warschauerstraße 67. *

**Die Grundbegriffe** der Wirtschaftslehre. Eine populäre Einführung von Julian Borchardt. Preis 40 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

**Teppiche** (Farbenfehler) Gelegenheitskauf. Fabriklager Mauerhoff, Nur Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Gegründet 1874. Vorwärtsleser 10 Prozent. Sonntags geöffnet.

**Steppdecken** billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Flureingang.

**Gardinenhaus,** Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. 2491R*

**Drehrollen,** bestes Fabrikat, Federdruck, Luftdruck Aelteste, leistungsfähigste Fabrik. Franz Thiele, Berlin, Kochstraße 19. Rixdorf, Friedelstraße 27. 2313R*

**Jährlich** nur einmal Inventur-Räumungsverkauf im Teppichhaus Emil Lesdore, Oranienstraße 158. Extraliste gratis. 1992R*

**Echte** Plüschteppiche, prima Qualität. 180/200 14,25, 160/230 20,75, 200/300 33,00 Inventurpreis. Teppichhaus Emil Lesdore, nur Oranienstraße 158. 1992R*

**Salonkrone,** dreiflammig, 12 bis 30,00, Speisezimmer 10—40,00, Wohnzimmer, Perlampeln zu halben Preisen verkäuflich. Fabrikgebäude Kaiserstraße 11/12. Sonntags geöffnet. 2111R*

**Teppiche.** Die Restbestände einer Teppichfabrik kommen zum schleunigen Verkauf. Preise bedeutend herabgesetzt. Plüschteppiche, ganz schwere Qualität: Stubengröße, früher 18,50 jetzt 12,00; Wohnzimmergröße, früher 32,75 jetzt 24,50; Salongröße, früher 43,50 jetzt 35,00. Teppichhaus Georg Lange, Chausseestraße 73/74. *

**Portieren,** Plüsch und Filz, Restbestände 1—4 Fenster bedeutend unter Preis.

**Erbstüll-Stores,** ein großer Posten mit Volant, volle Breite und Länge 4,75.

**Steppdecken,** eigene Anfertigung richtige Größe, 3,75, 4,50, 5,50, 7,50, Teppichhaus Georg Lange, Chausseestraße 73/74. 2208R*

**Radfahrerkarten.** Wir empfehlen den Freunden des Radsports: Mittelbachs Karte für Rad- und Motorfahrer von Berlin und weiterer Umgebung, auf Leinen gezogen Preis 1,80 M. (zusammenlegbar). — Karte für Rad- und Motorfahrer von Brandenburg, auf Leinen gezogen und zusammenlegbar 2,60 M. Expedition des „Vorwärts", Lindenstraße 69, Laden. *

**3.25** Steppdecken, Prachtteppiche, Plüschtischdecken 5,00, Portieren 3,75, Gardinen, Bezüge, Laken nur Oranien-Pfandleihe, Oranienstraße 23a. *

**3.90** prachtvolle Betten 7,00 daunige Betten, 10,00 ganzer Stand, rotrosa Inlette, nur Oranien-Pfandleihe, Oranienstraße 23a. Fahrgeld wird vergütigt. 43/7*

**Beleuchtungshaus.** Gaszuglampen 7,50, Gaszweilochkocher 3,50. Wallnertheaterstraße 32. 792b

**Frackanzug,** fast neu, zu verkaufen billigst Rummelsburg, Wählischstraße 58, Herrenartikelgeschäft. †106

**Betten** von 11 Mark an, Inlett und Federn billigst, Reinigungsinstitut Müllerstraße 25. †43

### Geschäftsverkäufe.

**Restauration,** Monatsumsatz 35 Halbe, sofort. Brauerei Hillebein, Tempelhofer Berg. †7*

**Großhandlung,** 6000 Mark Reingewinn, verkäuflich, nur 13 000 Mark bar, Nichtfachmann angelernt, Auskunft bei Singer, Berlin-Treptow, Grachstraße 10 parterre. 6465*

**Restaurant** verkauft billig, Fabrik im Hause, Immanuelkirchstraße 6.

**Obst-,** Gemüse-, Kolonialwaren-Geschäft wegen Verzug sofort billig Alexandrinenstraße 1a. 7935

**Zigarrenecke,** altes Geschäft, wegen andauernder Krankheit des Inhabers zu verkaufen Osten, Kronprinzenstraße 8. †105

**Zigarrengeschäft** mit großer Wohnung sofort billig zu verkaufen. Norden, Finnländischestraße 12. †39

**Parteilokal** mit Lotterieverein billig zu verkaufen wegen anderer Unternehmen. Auskunft Ruppinerstraße 45, Zigarrengeschäft. †78*

**Milchgeschäft,** gutgehend, große Wohnung, billige Miete, umständehalber sofort zu verkaufen Lichtenberg, Finowstraße 34. †106

**Gemüsegeschäft** mit Kolonialwaren, schöne Wohnung, sichere Existenz, wegen Versetzung spottbillig. Erfragen Bandelstraße 3, Fehling.

### Möbel.

**Möbel** ohne Geld bei ganz kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung; auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4, Schlesischer Bahnhof. 1951R

**Teilzahlung,** Möbeleinrichtung, Stube und Küche 15 Mark. Verlieben gewesene Möbel spottbillig. Gebrauchte Möbel nehmen in Zahlung. Berolina, Kastanienallee 49. 2151R*

**Gebrauchte** und neue Möbel am billigsten bei Rehfeld, Buttmannstraße 20 (Gesundbrunnen). 2244R*

**Bettstellen** mit Matratze 12,00, 15,00, 18,00, 21,00. — Englische, nagelneu 25,00. Rehfeld, Buttmannstraße 20.

**Kleiderschränke,** Muschelaufsatznußbaummartig 27,00, 12,00, 15,00, Rehfeld, Buttmannstraße 20.

**Einrichtung,** vollständige, für Stube, nagelneu 120,00. Rehfeld, Buttmannstraße 20.

**Kücheneinrichtung** komplett 45,00. Rehfeld, Buttmannstraße 20.

**Plüschsofas,** nagelneu, modern 39,00. Rehfeld, Buttmannstraße 20.

**Möbel-Lechner,** Brunnenstraße 7, am Rosenthaler Tor, Wohnungseinrichtungen auf Kredit und gegen bar. Riesen-Auswahl. Stube und Küche Anzahlung von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Hervorragend schöne Muster in bunten Küchen. Wochen-, Monats- oder vierteljährliche Raten nach Uebereinkunft. Liefere auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. *

**Ottostraße 2,** nahe der Turmstraße, im Laden, erhalten Sie solide gearbeitete Möbel jeder Art, wohlir jede gewünschte Garantie übernehme, zu außergewöhnlich billigen Preisen. Soliden Leuten gewähre Teilzahlung mit nur geringem Aufschlag. Bei größerer Anzahlung auch ohne Aufschlag. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. J. Kurstein. *

**Möbelangebot!** Sofas, Garnituren, Kleiderspinde, Vertikos, Büfetts, Schreibtische, Spiegel, Bettstellen, Küchenmöbel, Pianinos, ganze Einrichtungen spottbillig, große Gelegenheit, Riesenauswahl, 5 Etagen. Möbelspeicherei Neue Königstr. 5/6, Fabrikgebäude. Sonntags geöffnet. Teilzahlung gestattet. 240/19*

**Auf Teilzahlung** komplette Wohnungseinrichtungen in einfacher und besserer Ausführung sowie einzelner Möbelstücke in kolossaler Auswahl liefert bei billigen Preisen unter kulanten Bedingungen Tischlermeister Nolte, Zionskirchstraße 39. Kein Warenabzahlungsgeschäft. Ständiges Lager kurze Zeit verliehen gewesene Möbel. 7945*

**Umzugshalber** besonders billige Preise! Englischer Ankleideschrank 55,—, mit geschliffenem Spiegel 65,—, eleganter Sofaumbau mit großem Kristallspiegel 55,—, Plüschsofa 45,—, Säulenbüfett, Spezial-Leder-Stühle 8,—, englische, moderne Bettstelle mit Matratze und Keilkissen 45,—, Säulentrumeau mit geschliffenem Spiegel 29,—, Herrenschreibtisch 40,—, Chaiselongue mit Decke 22,—, Ausziehtisch 15,—, Waschtoilette mit Marmorplatte 26,—, moderne, farbige Küchen 55,— an. Aufbewahrung und Transport frei. Möbelkaufhaus Dresdenerstraße 107-108. 208/1

**Moebel-Boebel,** Moritzplatz 58. In meinem seit 32 Jahren bestehenden Möbelkaufhause stehen in fünf Etagen komplette Wohnungseinrichtungen zu äußerst niedrigen Preisen zum Verkauf. Als Spezialität liefere: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. 1 Zimmer und Küche 194,—, 360,—, 422,—, modern 479,—, 2 Zimmer und Küche modern 501,—, 667,—, 721,—. Schlafzimmer, englisch 190,—, modern, echt Eiche, 347,—. Wohnzimmer, modern, 297,—, Speisezimmer 355,—, Herrenzimmer 200,—, englische Bettstelle mit Matratze 44,—, Kleiderspind 30,—, Trumeau, geschliffen 34,—, Schlafsofa 36,—, Plüschsofa 55,—, Umbau 50,—, Teppiche, Riesenlager. Besichtigung erbeten. Transport und Lagerung kostenfrei. Eventuell Zahlungserleichterungen. Geöffnet 8—8, Sonntags 8—2. Kein Laden. Verkauf nur im Fabrikgebäude. Musterbuch F. gratis und franko. 1905R*

**Möbelangebot.** Im Anhalter Bahn- und Möbelspeicher Möckernstraße 25, Anhalter Innenbahnhof, direkt Hochbahnstation Möckernbrücke, stehen wieder verschiedene prachtvolle Zimmer- und ganze Wohnungs-Einrichtungen zum schleunigen Verkauf. Ganz besonders billig für Hotels, Pensionate, Brautleute passend sind Schlafzimmer 200,00, Speisezimmer, Herrenzimmer, Salons, schöne, 400,00, hübsche Küchen 50,00 an, einzelne Büfette, Bücherschränke, Kleiderschränke, Vertikos, Ankleideschränke mit Spiegel, Salongarnituren, Ruhebetten mit prächtiger Decke 22,50, Paneelsofas, Plüschsofas, Schreibtische schon 28,00, Bettstellen, Speisezimmertische, Salontische, Stühle, prächtige Säulentrumeaus 30,00, Lederstühle, Klubsessel 85,00, Flurgarderoben 17,50, hochelegante Salonteppiche mit kleinen, kaum sichtbaren Fehlern schon 30,00, Zimmerteppiche 8,00 an, reichgestickte Plüschportieren 7,50, Oelgemälde, Steppdecken, Erbstüllstores, Plüschtischdecken 5,00, Gaskronen, Salonbilder mit elegantem Rahmen, Tüllgardinen, Tüllbettdecken 2,00 an. Standuhren spottbillig. Verschiedene Gelegenheiten fehlerhafter, zurückgesetzter Möbelstücke, Teppiche, Freischwinger 12,00. Ganze Warenlager, Konkursmassen, Wirtschaften, Nachlässe übernehme zum schnellen Verkauf und Versteigerung. Otto Lidecke, Auktions- und Möbelspeicher, Möckernstraße 25. Kostenloser Transport. Lagerung. *

**Umständehalber,** Nußbaumwirtschaft, 2 Zimmer Plüschgarnitur, Teppich, Krone, Küchenmöbel, alles fast neu, 250,—, Nußbaumbüfett, Umbausofa. Weinmeisterstraße 1b—2, Verwalter. 43/13

**Am allerbilligsten!** kaufen Brautleute und Möbelsuchende gediegene Speise-, Herren-, Wohn-, Schlafzimmer, Salons, Küchen-, Polster- und Ledermöbel, Standuhren, in der Möbelfabrik M. Hirschowitz, Skalitzerstraße 25, an der Hochbahn! 40/12

**Möbeltischlerei,** Harnack, Tischlermeister, gegründet 1901, Stallschreiberstraße 57 (Moritzplatz), liefert komplette Wohnungseinrichtungen zu niedrigsten Fabrikpreisen. Unübertroffene Leistungsfähigkeit. Enorme Auswahl. Zahlungserleichterung. Vorwärtsleser 3 Prozent. Kein Laden. Verkauf Fabrikgebäude.

**Möbel!** Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Uebervorteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft M. Goldstaub, Zossenerstraße 38, Ecke Gneisenaustraße. Kein Abzahlungsgeschäft! 2901R*

**Möbel-Gelegenheitskäufe** in allergrößter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnungseinrichtungen bedeutend billiger wie regulär. Ergänzungsmöbel. Büfette, Schreibtische 45, Sofas 45, Garnituren 65, Trumeaus 37, Schränke, Vertikos 27, Kronen, Teppiche, Bilder, Küchenmöbel, Klubsessel, Ledersofas, Umbaue, Lederstühle usw. spottbillig. Lennerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55, Rosenthaler-Tor. Die Möbel sind in vier Etagen aufgestellt. 2201R*

**Nur kurze Zeit noch** 30 Prozent billiger 100 Schlafzimmer, 75 Speisezimmer, Herrenzimmer, 150 Wohnzimmer, 200 feine Küchen, Kleiderschränke, Vertikos, Bettstellen, Matratzen, Büfetts, Sofas, Garnituren, enorme Auswahl. Dwinatzki, Andreasstraße 30, gradeüber Markthalle, auch Grünerweg 85. R*

**Möbel-Teilzahlung.** Stube und Küche, schon bei 15 Mark Anzahlung. Einzelne Möbelstücke, wöchentlich eine Mark, verkauft Möbel-Magazin Cohn, Große Frankfurterstraße 58. 2216R*

**Brautleute** sparen viel Geld durch günstigen Einkauf in der Möbel, Polsterwaren-Fabrik Max Neumann Oranienstraße 202. Teilzahlung gestattet. Vorwärtsleser 3 Prozent. *

**Möbelhandlung** Mariannenstraße 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. Vorwärtsleser 3 Prozent Rabatt. 2321R*

**Kücheneinrichtung,** fast neu, 38 Mark. Moderne Küchen 55 Mark. Plüschsofas, vorjährige Muster, sehr billig. Muschelschränke, echt nußbaum furniert, 48 Mark. Eigene Werkstatt. Wesel, Große Frankfurterstraße 9. 2327R*

**Chaiselongue,** 21,25 Mark, Plüschsofa, Umbausofa billig. Polstermöbelfabrik, Palisadenstraße 47, Fabrikgebäude. 2328R*

**Möbelspeicher** Elsasserstraße 8 und Ruppinerstraße 9, verkaufen jetzt vor dem Umzug zu staunend billigen Preisen Kleiderschränke, Vertiko, Sofas, Ruhebetten, Bettstellen, Waschtoilette, Schreibtische, streng reelle Bedienung. Besichtigung lohnend. Sonntags geöffnet. 2335R*

**Plüschsofas,** nagelneue, 38,—, Ruhebetten. Tapezierer Walter, Stargarderstraße 18. †39*

**Gneisenaustr. 10,** Ecke Kottbuserstr. S. Grau, bekannt als beste Bezugsquelle. Kassa und Teilzahlung. *

**Möbel** verkaufe zu außergewöhnlich niedrigen Fabrikpreisen direkt im Fabrikgebäude und Laden. Besichtigung ohne Kaufzwang. Wohnungseinrichtung, Stube und Küche 200,00, 270,00 bis 400,00, zwei Stuben und Küche 400,00 bis 700,00, Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, Küche 950,00 bis 1450,00. Aeußerst günstige Gelegenheit bietet sich meiner Kundschaft in Gelegenheitskäufen, darunter Muschelkleiderspind, Vertikos, Ruhebetten, Muschelbettstelle mit Matratze, Säulentrumeau, Schreibtische, Büfette, Plüschgarnituren, Bücherspind, Paneelsofa sowie ganze Einrichtungen. Eventuell Zahlungserleichterung. Gekaufte Möbel werden kostenfrei aufbewahrt und geliefert. Richard Dehmel, jetzt Oranienstraße 131. 207/14*

### Fahrräder.

**Herrenfahrrad,** Damenfahrrad, einmal benutzt, 35,—, Holz, Blumenstraße 36b. 2108R*

**Geschäftsdreirad,** äußerst stabil, 50,00 an. Holz, Blumenstraße 36b. *

**Herrenfahrrad,** modern, gut erhalten 25,00, Damenfahrrad, sehr billig. Große Frankfurterstraße 14, Hof Keller. Kein Privatschwindel. *

**Herrenfahrrad,** Damenfahrrad, wenig gefahren, spottbillig. Braunack, Große Frankfurterstraße 103. †88*

## Musik.

**Pianinos,** 80,00 an, Teilzahlung, mietsweise 6,00. Scherer, Chausseestraße 105. 2276R*

**Für Private.** Pianino (fast neu, guter Ton), 400,00, zu verkaufen Schönhauser Allee 146, parterre.

**Klavierkursus.** Erwachsenen Schnellmethode. Monatspreis 3,00, Klavierüben frei. 20 Klaviere. Musikakademie, Oranienstraße 147 Moritzplatz, Unionstheater. 42/8*

## Verschiedenes.

**Patentanwalt Müller,** Gitschinerstraße 81. 1955R*

**Patentanwalt Wessel,** Gitschinerstraße 94a.

**Kunststopferei** von Frau Kokosky Schlachtensee, Kurstraße 8 III.

**Fensterdichtungen** (auch vorrätig). Leyser, Große Frankfurterstraße 67.

**„Friedrich-Wilhelm",** Generalagentur-Zahlstelle O. 112, Mainzerstraße 24, Lebens-, Arbeiter-, Kinderversicherung. Auch Sonntags. *

**Schnelle** und billige Erwirkung und Verwertung von Patenten, Gebrauchsmustern und Warenzeichen. Prospekt kostenlos. Theune u. Co., Berlin SW. 48, Friedrichstr. 249. *

**Technikum,** Berlin, Neanderstraße 3 (Schinkel-Akademie), Inhaber Artur Werner, Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau, Ingenieurkurse, Technikerkurse, Werkmeister-, Monteurkurse, Innungsmeister-, Polierkurse, Architektur, Tageskurse, Abendkurse. *

**Kunststopferei** Leyser, Große Frankfurterstraße 67. 4116*

**Märzbleiche!** Wäsche wird schonend gewaschen, Freien getrocknet, Leibwäsche, vier Handtücher, vier Taschentücher, Laken 0,10. Kein Vertauschen. Abholung Donnerstags. Frau Kubasch, Köpenick, Flemmingstraße 9. 2343R

**Platina,** alte Goldsachen, Bruchgold, Silber, Doublébabfälle, Tressen, Gebisse, Kehrgold, Goldwatten, Goldgummis, Stanniolabfälle, sämtliche gold- und silberhaltigen Abfälle kauft Broh, Goldschmelze, Köpenickerstraße 29. Telephon IV, 6958.

**Goldsachen,** Zahngebisse, Zahn bis 70 Pfennig, Silbersachen kauft Antiquitätengeschäft, Kirchstraße 14, Berlin. 43/14

**Zahngebisse,** Zahn bis 80 Pfennig, Goldsachen, Pfandscheine höchstzahlend, Kohn, Neue Königstraße 76. 208/2*

## Vermietungen.

**Restauration** sofort zu vermieten, große Fabriken im Hause. Rößler u. Schmidt, Kopernikusstraße 35.

### Wohnungen.

**Pankstraße 57** Stube, Küche, hochparterre, billig. †91*

**Andreasstraße 70,** ein und zwei Stuben, Küche billig vermietbar. *

### Zimmer.

**Möbliertes** Zimmer, 2 Herren, a 14,50 mit Kaffee, Dresdenerstraße 19, vorn IV links (Oranienplatz). †100

**Möbliertes** Zimmer für 2 Herren oder Damen Manteuffelstraße 103, vorn IV. Zu erkundigen bei Hölzer, Hof II. †7

### Schlafstellen.

**Schlafstelle** (zwei Herrn) Bäckerstraße 43, vorn I links. †6*

**Gut** möblierte Schlafstelle an einzelnen Herrn oder Dame zu vermieten Wrangelstraße 83, vorn 4 Treppen rechts. †6*

**Möblierte** Schlafstelle für Herren. Schüler, Schliemannstraße 37, II vorn.

**Schlafstelle,** möbliert, für einen bis zwei Herren vermietet Lässig, Rüdersdorferstraße 48 I. †72

**Schlafstelle** für Herrn (sofort). Pachert, Tilsiterstraße 64, Quergebäude IV. †72

### Mietsgesuche.

**Möbliertes** Zimmer in der Nähe des Bahnhofs Rixdorf gesucht. Offerten unter W. 75 „Vorwärts"-Ausgabe Siegfriedstraße 28/29. †51

## Arbeitsmarkt.

### Stellenangebote.

**Stellungslose,** redegewandte Arbeiter können an einem leicht verkäuflichen, gut eingeführten Artikel bei Geschäften und Privaten acht Mark täglich verdienen. Näheres 4—7. Altberg, Rixdorf, Reuterstraße 39. †24*

**Spachtler** für Alpaktstandkessel verlangt Thornau, Stettinerstraße 37. Meldung abends 6—7. †92

**2** saubere Granitschrifthauer verlangt Rösler, Brunnenstraße 106.

**Ausland.** Selbständiger unverheirateter Dolomit-Steinholz-Vorarbeiter bei hohem Lohn gesucht. Offerten E. 2, Hauptexpedition des „Vorwärts". 7965*

**Marmorschleifer** verlangt Steinmetzgeschäft Köstner, Genthinerstraße 14. 7905

**Arbeitsbursche,** 14—16 Jahre, verlangt Jacob Klees, Friedrichstraße 12. 787b

**Glasbläser** auf einfache Thermometer sofort verlangt. Offerten F 2 Expedition des „Vorwärts". 797b

**Mädchen,** 14—16 Jahre, verlangt Jacob Klees, Friedrichstraße 12.

**25** Jacken-Arbeiterinnen, 1.—6. hochgeschlossen, verlangt Grünstein, Königsbergerstraße 15. †72

**Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.**

**Lebensstellung.**

Zur Verwaltung eines umfangreichen **Akkordionstimmen-Lagers** wird ein **tüchtiger Stimmenmacher,** der zugleich **Reinstimmer** sein muß, möglichst per sofort gesucht.

Es wird nur auf eine erfahrene Kraft reflektiert, die durchaus zuverlässig, nüchtern, gewissenhaft und umsichtig ist.

**Leute mit guter Notenkenntnis,** verheiratet, nicht über 45 Jahre alt, erhalten den Vorzug.

Gefl. Offerten mit Angabe der Lohnansprüche unter Chiffre „D. W. 1058" an **Invalidendank, Magdeburg,** erbeten. 251/10*

**Zeitungsfrauen**
für **Pankow** verlangt
**Bornholmer Straße 1,**
43/8* Ecke Schönhauser Allee.

**20 geübte Akkord-Falzerinnen**
für Buchbindereien werden verlangt. Zu melden 785b
**Paritätischer Fach-Arbeitsnachweis für Buchbinder u. verwandter Berufe. Berlin N., Rückerstr. 9, IV.**
Geschäftszeit von 9—1 Uhr

**Achtung! Holzarbeiter.**

**Wegen Streik und Lohndifferenzen sind gesperrt:**
**Pianofabrik Ecke Seelower Straße 6 (für Zusammensetzer).**
**Tischlerei Dähne, Steglitz, Birkbuschstr. 11.**
**Bautischlerei Konrad, in Hennigsdorf.**
**Knopffabrik Kaal & Thiemann, Rixdorf, Pflügerstr.**
**Kistenfabrik Puhlmann u. Schulz, Kommandantenstr. 80.**
Das Berliner Arbeitswilligenvermittelungsbureau d. gelben „Handwerkerschutzverbandes".
**Die Ortsverwaltung Berlin des Deutsch. Holzarbeiterverbandes.**

## Leitender Redakteur gesucht.

Für unseren in die Redaktion des „Vorwärts" eintretenden Genossen Däumig suchen wir zum baldmöglichsten Eintritt einen **geeigneten Nachfolger.** 289/10*

Gefällige Bewerbungen nebst Angabe der Gehaltsansprüche erbitten wir bis zum **1. April** an den unterzeichneten Vorsitzenden der Preßkommission **„Tribüne", Erfurt. Hermann Rex, Johannesstr. 84.**

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

# Partei-Angelegenheiten.

**Ortsteil Treptow.** Heute abend 8½ Uhr in der Rennbahn: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht von und Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung, Wahl eines zweiten Schriftführers, Vereinsangelegenheiten.

**Tegel.** Heute Dienstag, den 21. März, abends 8½ Uhr, im Lokale von Jul. Klippenstein, Spandauer Straße 4: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht von der Verbandsgeneralversammlung von Groß-Berlin; Bericht aus der Gemeindevertretung; Verschiedene Neuwahlen. Die Bezirksleitung.

**Reinickendorf-Ost.** Am Sonntag, den 26. März, nachmittags 2 Uhr, findet in der „Urania" eine Vorstellung statt. Billetts hierzu sind noch bei den Bezirksführern und in der heute abend stattfindenden Mitgliederversammlung zu haben. Das Thema lautet: „Der Vierwaldstädter See".

**Potsdam.** Am Mittwoch, den 22. März, abends 8 Uhr: Zahlabend. Der Bezirk Brandenburger Vorstadt hält diesmal seinen Zahlabend bei Schlenck, Kiewitt 7, ab.

# Berliner Nachrichten.

### 100 Prozent Gemeindesteuern in Berlin.

Die Beratungen des Etatsausschusses haben gestern mit dem Ergebnis geendet, daß auch in diesem Jahre in Berlin 100 Proz. Gemeindesteuerzuschlag zur Einkommensteuer erhoben werden sollen. Dieses Resultat wird vielen etwas überraschend kommen, die den ohnehin mageren Etat kennen, den der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt hat und der mit 110 Proz. abschloß. Erreicht wurde das Resultat durch Zuhilfenahme der allerbedenklichsten Mittel, die einer Bilanzfälschung verzweifelt ähnlich sehen. Es sind gestrichen worden vom Schuletat 300 000 Mk., vom Tiefbauetat für Landerwerb und Straßenpflasterung 650 000 M., aus dem Gasetat für verbesserte Beleuchtung usw. 370 000 Mark, vom Arbeitshaus 60 000 M. Außerdem entzog man den Gaswerken eine Million, die für Abschreibungen bestimmt waren und setzte sich kühn und unerschrocken über die bestehenden Gemeindebeschlüsse hinweg, nach denen bestimmte prozentual festgesetzte Beträge zur Abschreibung gebracht werden müssen. Als bei den Ausgaben nichts mehr zu machen war, ging man an die Einnahmen und „verbesserte" diese in einer Weise, daß selbst dem Magistrat die Haare zu Berge standen. Bei der Kapital- und Schuldenverwaltung setzte man 300 000 M. mehr an zu erwartenden Zinsen ein. Die Abgabe der Großen Berliner und der B. E. W. wurde mit 320 000 M. höher in Einnahme gestellt. Dann ging es an die Steuern. Die Sozialdemokraten beantragten die Streichung der Lustbarkeitssteuer, weil diese Steuer noch gar nicht von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen und es ganz ungewiß sei, ob sie beschlossen werde. Man könne doch auf solch unsicherer Grundlage keinen Etat aufbauen. Alle Einwände fanden kein Gehör, die Mehrheit, die unter allen Umständen, koste es was es wolle, auf 100 Proz. bauen wollte, lehnte den sozialdemokratischen Antrag ab und setzte die Lustbarkeitssteuer als Einnahme in den Etat ein. Zwei Mitglieder des Ausschusses enthielten sich der Stimme; nur die Sozialdemokraten stimmten gegen die Lustbarkeitssteuer. Verschiedene Redner der Mehrheit erklärten im Namen der überwiegenden Mehrheit ihrer Freunde, daß diese unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Einführung einer Lustbarkeitssteuer zustimmen würden, „wenn auch die Steuer ihnen nicht sympathisch sei". Die Grundsteuer soll auf 165 Proz. (bisher 150 Proz.), wie der Magistrat vorschlägt, festgesetzt werden. Die Grundbesitzer wollen „Opfer" bringen, wie sie sagten. Denn so kämen sie besser weg, als wenn durch Ueberschreitung der Hundertprozentgrenze noch mehr Mieter nach den Vororten zögen und sie dadurch erhebliche Mietsverluste hätten. Recht opferwillig! Zu diesem Beschluß muß aber die Genehmigung der Aufsichtsbehörde eingeholt werden. Die Gewerbesteuer soll gleichfalls auf 165 Proz. bemessen werden (bisher 150 Proz.). Es wurde angeregt, die Klasse I mit 175 Prozent zu belasten und die Klassen II und III bei 150 Proz. wie bisher zu belassen. Schließlich wurde in Rücksicht darauf, daß die Gewerbesteuerklasse IV frei ist infolge der Warenhaussteuer und die Klasse III ein Vierteljahr freigestellt wäre, von der Erhebung differenzierter Sätze Abstand genommen und allgemein 165 Proz. beschlossen. Die Gewerbesteuer wurde mit 200 000 M. höher eingesetzt. Schließlich wurden die Ansätze des Magistrats bei der Umsatzsteuer um 400 000 M., bei der Wertzuwachssteuer um 220 000 M. erhöht. Die Gemeindeeinkommensteuer wurde mit 42 Millionen in den Etat eingesetzt, eine Summe, die kaum einkommen dürfte.

So ist der vom Magistrat vorgelegte Etat in wesentlichen Teilen vollkommen zerfetzt und in einer Weise hergerichtet worden, daß selbst vom Magistratstisch während der Verhandlungen gelegentlich geäußert wurde, daß das bei verschiedenen Positionen diesmal geübte Verfahren das eines Bankrotteurs sei. Noch am Freitag wurde im Hinblick auf verschiedene Streichungen des Etatsausschusses vom Magistrat erklärt, daß er kaum in der Lage sein werde, diese Streichungen zu akzeptieren. Aber im Magistrat sind Kräfte tätig, die hinter den Kulissen arbeiten und alles mitmachen, was ihnen die Mehrheitspartei im Rathause diktiert.

Ob der Magistrat es zum Konflikt wird kommen lassen, muß abgewartet werden, bei der Deroute, die im Magistrat herrscht, ist kaum zu erwarten, daß er an seinem vorgelegten Etat festhält.

### Gegen die Lustbarkeitssteuer,

durch die der Berliner Stadtfreisinn den schlapp gewordenen Stadtsäckel wieder prall zu kriegen hofft, haben nun auch die Gastwirte nochmals schärfsten Protest erhoben. Von Gastwirtevereinigungen verschiedener Richtungen war zu Montag eine öffentliche Versammlung (nach der „Concordia" in der Andreasstraße) einberufen worden, die sehr stark besucht war. Unter den Versammelten herrschte Einmütigkeit in der Be- und Verurteilung dieses Steuerprojektes, von dem auch das Gastwirtsgewerbe eine schwere Schädigung zu erwarten hat.

Der Versammlungsleiter Herr Strauß, Vorsitzender des Verbandes der Gast- und Schankwirte für Berlin und die Provinz Brandenburg, erklärte offen, das Verhalten des Magistrats in der Frage der Lustbarkeitssteuer habe vielen in politischer Hinsicht die Augen geöffnet. Das Referat des Gastwirts Litfin vom Verband der freien Gast- und Schankwirte legte eingehend dar, welche folgenschwere Bedeutung diese Steuer auf die Erholung für die Inhaber von Vergnügungslokalen haben muß. Eine Abwälzung auf das Publikum werde nicht möglich sein, sei sie aber etwa doch möglich, so werde die erholungsbedürftige Bevölkerung empfindlich getroffen werden. Zu dem oft gehörten Hinweis auf die anderen Städte, die die Lustbarkeitssteuer bereits eingeführt haben, bemerkte Referent, das sei überall vor der Reichsfinanzreform geschehen, zu einer Zeit, wo noch nicht durch diese dem Gastwirtsgewerbe die schwersten Lasten auferlegt waren. Genosse Litfin geißelte die Wortbrüchigkeit des Berliner Stadtfreisinns, dessen einflußreichster Führer, Stadtverordneter Cassel, im Jahre 1906 die Lustbarkeitssteuer für unannehmbar erklärt habe, während jetzt im Jahre 1911 gerade die Casselsche Fraktion die Annahme fordere. Es sprachen dann Redakteur Friedrichs vom Verband der Gast- und Schankwirte, Direktor Schulz vom Metropoltheater, Herr Berol Konorah als Vorsitzender der internationalen Artistenloge, Herr Priebel als Vorsitzender des Vereins der Berliner Musiker. Herr Max Schulz ergriff das Wort nicht als Berufskollege der Gastwirte, sondern als Mitglied der Stadtverordnetenversammlung. Er meinte, es sei kein erhebendes Gefühl, in dieser Frage die Stadtverordnetenversammlung hier vertreten zu müssen. Uebrigens denke die Intendanz der königlichen Theater nicht daran, die Lustbarkeitssteuer zu zahlen, nach dem Gesetz könne aber der König zur Steuerzahlung nicht gezwungen werden, und hierüber werde dann das ganze Steuerprojekt zu Fall kommen. Die Stadtverordnetenversammlung war noch durch einige andere Mitglieder vertreten. Stadtverordneter Genosse Manasse nannte die geplante Lustbarkeitssteuer ein aus der Sorge um die Etatbalanzierung entstandenes Angstprodukt, nicht würdig der Stadt Berlin. „Das sind ja," rief Manasse aus, „die von Ihnen selber gewählten Vertreter! Nun sehen Sie, welche Rute Sie sich aufgebunden haben. Schlafen Sie doch nicht die ganzen Jahre hindurch!" Auch der Stadtverordnete Genosse Wilke kennzeichnete in treffenden Ausführungen das Treiben der freisinnigen Stadtverordnetenmehrheit, die jetzt durch eine Erholungssteuer die Stadtfinanzen bessern will. Der letzte Redner war Herr Mellini von der Vereinigung der Kinematographenbesitzer Groß-Berlins. Er kündigte an, daß an dem Tage, wo die Lustbarkeitssteuer in Kraft trete, die Kinematographen nicht mehr Fürstenempfänge zeigen werden, sondern — das Berliner Rathaus in seiner wahren Natur.

Die Versammlung endete mit der einstimmigen Annahme der folgenden Resolution, die der Stadtverordnetenversammlung übersandt werden soll: „Die Versammlung sämtlicher Gastwirtevereinigungen, der Zirkusse, Verbände der Leiter und Angestellten der Berliner Bühnen, Artisten, Musiker, Kinematographenbesitzer und Variétés legen Verwahrung gegen die geplante Lustbarkeitssteuer ein, weil sie einzelne ohnehin schon schwer um ihre Existenz ringende Erwerbstände zugunsten der Allgemeinheit der Steuerzahler belastet, und insbesondere auch durch Freilassung der Königlichen Theater den Wettbewerb der an sich schon unter schwierigen Bedingungen arbeitenden Privatbühnen in ungerechter und unzulässiger Weise erschwert. Alle Fraktionen, welche ihre Zustimmung zu der Vorlage gegeben, haben ausdrücklich und ausnahmslos die Annahme der Vorlage von der Hineinbeziehung der Königlichen Theater abhängig gemacht. Die Annahme ohne diese Voraussetzung würde mit einem Wortbruch und dem Verrat der ihnen anvertrauten Interessen der Bürgerschaft gleichbedeutend sein." Die Resolution spricht die Erwartung unbedingter Ablehnung aus, bezeichnet die Lustbarkeitssteuer als ein neues Attentat auf den gesamten Wirtestand, das um so unerhörter sei, da die Wirte schon durch die Reichsfinanzreform in empfindlichster Weise belastet seien.

**An den Folgen eines Schlaganfalles** ist am Sonntagabend der Berliner Stadtverordnete und Obermeister der Berliner Klempnerinnung, Richard Berger, gestorben. Der 60jährige Mann brach, als er sich auf dem Heimwege nach seiner Wohnung in der Zossener Straße 43 befand, an der Ecke Culm- und Bülowstraße zusammen. Andere Straßenpassanten nahmen sich des Verunglückten sofort an und schafften ihn nach der Rettungswache in der Steglitzer Straße, wo der Arzt aber nur noch den bereits eingetretenen Tod feststellen konnte.

In der Droschke plötzlich verstorben ist in der Nacht vom Sonnabend zu Sonntag der 50jährige Fabrikbesitzer Oskar Fleck aus Hermsdorf a. Nordbahn. Er hatte mit seiner Gattin Bekannte in Berlin besucht und fuhr dann in einer Droschke nach dem Pankower Bahnhof, um von dort aus mit der Bahn nach Hause zurückzukehren. Während der Fahrt fühlte sich Herr F. unwohl und bat seine Frau, ihn zu einem Arzt zu bringen. Die Geängstigte ließ die Droschke nach der Unfallstation in der Badstraße fahren, wo jedoch nur der infolge Herzschlag eingetretene Tod konstatiert werden konnte. — Ein ähnliches Ende fand am Sonntagnachmittag gegen 5 Uhr der 44jährige Schneider Müller. Er saß mit mehreren Bekannten in einem Restaurant in der Triftstraße beim Kartenspielen, als er plötzlich lautlos vom Stuhle sank. Ein von der Unfallstation in der Lindowerstraße herbeigerufener Arzt konnte nur noch den inzwischen eingetretenen Tod des Mannes feststellen.

### Eine Prostituierte erstochen.

In die Kreise des Berliner Dirnen- und Zuhältertums führt eine Bluttat, die in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag in dem Hause Boyenstraße 14 verübt wurde. Dort wurde eine unter sittenpolizeilicher Kontrolle stehende Frauensperson tot aufgefunden. Sonntag morgen verkündeten bereits rote Plakate an den Säulen die Mordtat in folgender Weise:

**1000 Mark Belohnung.**

Heute morgen kurz nach 4 Uhr wurde im Seitenflügel des Hauses Boyenstraße 14 die unter sittenpolizeilicher Kontrolle stehende Frau Martha Schramm, geborene Schlitzkus, am 2. April 1880 zu Groß-Zieten geboren, mit zum Teil sieben bis acht Zentimeter tiefen Stichwunden tot aufgefunden. Die Verwundungen rühren vermutlich von einem messerartigen, kräftigen Instrument her. Der Tat ist offenbar ein heftiger Kampf vorausgegangen. Bei der Leiche lag der Hund der Toten, der durch einen Stich in den Unterleib getötet worden war. Die Ermordete ist zuletzt gesehen worden, als sie gestern abend um 11½ Uhr in Begleitung eines Mannes in die Boyenstraße einbog. Anscheinend handelt es sich um einen Racheakt. Es ist anzunehmen, daß die Kleidung des Täters mit Blut stark besudelt ist und daß er bei dem Kampfe Verletzungen an den Händen und im Gesicht davongetragen hat.

Personen, welche die Ermordete in der heutigen Nacht allein oder in Begleitung gesehen haben, werden aufgefordert, sich umgehend zu melden. Mitteilungen nehmen die Polizeireviere und die Kriminalabteilung entgegen.

Obige Belohnung ist für solche Personen ausgesetzt, welche Angaben machen können, die zur Ermittelung des Täters führen.

Berlin, den 19. März 1911.

Der Polizeipräsident.
gez. von Jagow.

Die Ermordete ist im Jahre 1880 zu Groß-Zieten im Kreise Teltow geboren. Sie verheiratete sich vor einigen Jahren mit einem gewissen Schramm, mit dem sie jedoch nicht lange zusammenblieb, da sie ihrem Mann berechtigten Grund zur Eifersucht gab. Das Ehepaar trennte sich deshalb und der Gatte zog mit einer Geliebten zusammen, während die Frau sich der Prostitution ergab. Der Polizei gegenüber gab sie sich als Näherin aus, stand jedoch schon seit Jahren unter sittenpolizeilicher Kontrolle. Bis vor einem viertel Jahr wohnte sie in dem Hause Wilsnacker Straße 31, wo sie jedoch ziehen mußte, weil sie die Miete schuldig blieb. Sie mietete dann in dem oben genannten Hause eine Wohnung und nahm ihren Geliebten, den 35jährigen Klavierspieler Lehmann, als Aftermieter zu sich. Wie allgemein behauptet wird, lebten die beiden jedoch nicht sehr glücklich miteinander, und Zank und Streit waren an der Tagesordnung. Die Ermordete war eine außergewöhnlich kleine, sehr zierliche Person, die sich gern auffallend kleidete und viel in zweifelhaften Nachtlokalen des Nordens verkehrte. Kurz nachdem sie im Dezember vorigen Jahres die neue Wohnung bezogen hatte, wurde sie von der Sittenpolizei festgenommen und wegen eines sehr schweren inneren Leidens nach dem Krankenhause geschafft, von wo sie erst am Mittwoch voriger Woche zurückkehrte. Offenbar war sie ihres Berufes überdrüssig geworden, denn bald darauf schrieb sie an ihren Mann einen Brief, in dem sie ihn bat, sie wieder aufzunehmen, da sie ihren bisherigen Lebenswandel bereue und unter keinen Umständen fortführen wolle. Sie teilte ihm auch mit, daß sie ihren bisherigen Liebhaber, den Klavierspieler Lehmann, veranlassen wolle, von ihr zu lassen. Dieses Schriftstück übergab sie ihrer Freundin, die im selben Hause wohnt und mit der sie enge Freundschaft geschlossen hatte. Uebrigens war die Sch. auch eine Frauenfreundin und kehrte nachts häufig mit Prostituierten in ihre Wohnung zurück. Nach ihrer Entlassung aus dem Krankenhause hatte die Schramm in Erfahrung gebracht, daß ihr Geliebter während ihrer Krankheit mit einer Kellnerin ein Verhältnis angeknüpft habe, und es kam am Freitagabend kurz nach 10 Uhr zwischen dem Paar zu einer heftigen Szene, die schließlich mit einer Prügelei endete und bei welcher die Frau ihrem Liebhaber das Gesicht vollständig zerkratzte. Lehmann scheint indessen seine Geliebte ebenfalls schwer mißhandelt zu haben, denn wiederholt ertönten Hilferufe der Sch. Es kümmerte sich jedoch niemand um das Rufen, da in dem Hause elf Prostituierte wohnen und derartige Auftritte durchaus nicht eine Seltenheit bedeuten. Am Sonnabendabend verließ die Schramm ihre Wohnung gegen 10 Uhr abends und kehrte, wie Hausbewohner beobachtet haben wollen, gegen ¼12 Uhr nachts in ihre Wohnung zurück. Während der nächsten zwei Stunden blieb alles ruhig. Erst kurz nach 1 Uhr hörte eine Frau, welche in der der ersten Etage des Quergebäudes wohnt, furchtbare Hilferufe. Die Frau hatte sich gegen 10 Uhr abends schlafen gelegt und hatte, wie sie angibt, um diese Zeit schon beinahe ausgeschlafen. Die Hilferufe währten etwa 15 Minuten lang und wurden zuletzt immer schwächer. Dazwischen klang das wütende Bellen eines Hundes — die Schramm besaß einen 11 Jahre alten Wolfsspitz —, bis auch plötzlich das Tier ein schrilles Winseln ausstieß und dann verstummte.

Lehmann war, wie er behauptet, in der Nacht zum Sonntag in einem Lokal in der Kopernikusstraße beschäftigt gewesen und hatte dort bis gegen ¼4 Uhr morgens gespielt. Er machte sich dann auf den Heimweg und langte bald nach 4 Uhr vor seinem Hause an. Als er die Korridortür aufschließen wollte, bemerkte er zu seinem Schrecken, daß die Tür weit geöffnet war. Da er selbst ein ziemlich schwächlicher Mensch ist und glaubte, daß ein Dieb in der Wohnung sei, machte er Licht und trat in die Küche ein. Hier fand er jedoch niemand, und so begab er sich dann durch die Verbindungstür, die von der Küche nach dem Wohnzimmer führt, in das Schlafzimmer der Schramm. Dort bot sich ihm ein entsetzlicher Anblick. An der rechten Seite der Wand vor einem Plüschsofa lag die Schramm über und über mit Blut bedeckt. Sie war vollständig bekleidet, nur der Hut und die Handschuhe lagen auf dem Tisch, der in der Mitte des Zimmers stand. Lehmann versuchte die Leblose aufzurichten und sah nun, daß er es mit einer Toten zu tun hatte. Als er dann auch einen Schritt von der Leitung entfernt den Hund mit aufgeschlitztem Bauche liegen sah, packte ihn das Grauen. Laut schreiend stürzte er aus der Wohnung und eilte zur Portierfrau, die im Seitenflügel des ersten Hofes wohnt. Die Frau schlug Lärm und benachrichtigte das nahegelegene Polizeirevier in der Wöhlertstraße, das sofort mehrere Beamte sandte. Eine Stunde darauf traf die Mordkommission ein.

Ein Raubmord erscheint völlig ausgeschlossen, da von den Schmuckstücken der Toten, zwei Armbändern und mehreren Ringen, nichts fehlt. Auffallend ist auch der Umstand, daß die Haus- und Wohnungsschlüssel der Schramm vorhanden sind. Der Mörder hat also entweder selbst Nachschlüssel besessen, oder er ist über die niedrige Mauer entkommen. Auf dem Treppenflur fand man an dem eisernen Geländer sowie an der Wand Blutspuren. Der Mörder hat sich offenbar in der Dunkelheit an der Wand entlanggetastet. Im Laufe des Vormittags wurden mehrere Polizeihunde auf die Spur gesetzt, doch konnte bisher noch nichts Sicheres durch sie festgestellt werden. Der Klavierspieler Lehmann wurde am gestrigen Tage längere Zeit vernommen, doch vermochte er sein Alibi nachzuweisen.

Die Kriminalpolizei hat festgestellt, daß die Schramm sehr häufig ihre männlichen und weiblichen Freundschaften wechselte und daß sie verschiedene Zuhälter habe „hochgehen" lassen. Sie rechnet deshalb auch mit einem Racheakt, da Gold- und Wertsachen nicht abhanden gekommen sind.

Das Ergebnis der Leichenöffnung, die die Gerichtsärzte Medizinalrat Dr. Störmer und Dr. Strauch gestern vornahmen zeigte u. a. was bisher nicht zu sehen gewesen war, daß der Mörder sein Opfer auch gewürgt hat. Daraus erklärt es sich, daß es bei dem Verbrechen so auffallend ruhig zugegangen ist. Der Mörder hat Frau Schramm jedenfalls sofort an die Kehle gegriffen, um sie am Schreien zu verhindern. Die Messerstiche sind mit einer ungeheuren Wucht geführt worden. Vier haben die Lunge durchbohrt. Die Brststiche waren so kräftig, daß das Messer bis auf den großen Wirbel durchdrang. Es stieß sogar eine Haarnadel, die wohl bei dem Kampfe in die Kleidung heruntergefallen war, mit in den Hohlraum der Brust hinein. Alle Stiche sind mit demselben Werkzeug geführt worden, auch die, die den Schädelknochen des Hundes glatt durchbohrten. Nach der Beschaffenheit der Wunden muß es an der einen Seite scharf- an der andern dickrandig, also ein Messer gewesen sein. Die Ermordete zeigte außer den Stichwunden und den Würgemalen auch noch eine ganze Reihe von Kratzwunden und Hautabschürfungen am Gesicht und an anderen Körperteilen. Nach dem Bilde, das die Obduktion lieferte, wird der Täter sein Opfer mit einer Hand an die Gurgel gefaßt und mit der anderen blindlings auf die Wehrlose eingestochen haben. Nachdem die Frau schon kampfunfähig geworden war, tötete der Mörder ihren Hund, der trotz seiner elf Jahre noch gute Fangzähne hatte und wohl unausgesetzt auf den Kerl eingesprungen ist, und bearbeitete dann von neuem die Frau mit dem Messer.

Ein Heer von Kriminalbeamten ist unausgesetzt bemüht, alle Beziehungen, die die Ermordete jemals gehabt hat, aufzudecken. Besonders wird auch allen Leuten nachgeforscht, die in der letzten Zeit aus irgend welchen Anstalten entlassen worden sind. Die Nachforschungen richten sich sowohl auf Männer wie auf Frauen, weil der Täter nach Lage der Dinge diesem oder jenem Kreise angehören kann.

**Millionärinnen im Irrenhause.** Auf unsere Sonnabend-Notiz, daß aus der Maison de santé das 30jährige schwerreiche Fräulein Anna Kolle entflohen ist, bringt die „Voßische Zeitung", anscheinend auf Information des Schöneberger Irrenhauses selbst, die Mitteilung, nach der die Dame nicht zwangsweise interniert gewesen sei, auch nicht geflohen sei, vielmehr alle erdenklichen Freiheiten genossen habe. Sie habe die Anstalt vor 10 Tagen verlassen, und ihre Anverwandten hätten der Anstaltsleitung mitgeteilt, daß ein weiterer Aufenthalt im Irrenhause nicht mehr nötig sei.

Diese Darstellung ist falsch und soll wohl nachträglich die Verwandtschaft reinigen. Tatsächlich ist Fräulein Kolle auf Veranlassung ihrer Mutter eingesperrt worden. Fräulein Kolle hat vor wenigen Tagen in einem eigenhändigen Briefe erklärt, daß sie aus der genannten Anstalt entflohen ist und sich aus Furcht vor Wiedereinsperrung verborgen hält. Es ist die alte Geschichte: Sobald ein derartiger Gesellschaftsskandal die Oeffentlichkeit zu beschäftigen anfängt, wollen diejenigen, welche an der Einsperrung ein Interesse hatten, die eigene Haut retten.

**Die „Zellerhaus-Zeitung".** Die Leitung des Rettungsheims für Trinkerkinder in der Quitzowstraße will demnächst eine „Zeitung" herausgeben, um für die Zwecke des Heims und der aus ihm hervorgegangenen Einrichtung der Mütterkonferenzen im Rathause noch besser Reklame machen zu können. Im vorigen Jahre wurde der Magistrat in allen Tonarten angejammert, daß das Zellerhaus Schulden habe und ohne städtischen Zuschuß kaum weiterbestehen könne. Es gelang, den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung zur Hergabe von 2000 M. Jahresbeihilfe zu bestimmen. Dagegen haben wir auch gar nichts einzuwenden, denn der eigentliche Zweck des Zellerhauses, Kinder trunksüchtiger Eltern vor dem Verkommen zu retten, ist ein durchaus guter. Das Geld ist aber nicht bewilligt worden, um eine „Zellerhaus-Zeitung" zu unterhalten, in der hauptsächlich für die Mütterkonferenzen und für die leitenden Personen derselben Stimmung gemacht wird. Vielmehr soll die bewilligte Summe direkt den Trinkerkindern zugute kommen, was doch wohl durch eine Zeitungsherausgabe nur sehr minimal erreicht wird.

**Feudaler Sport.** Am Sonntag wurde in Strausberg ein Pferderennen veranstaltet, bei dem es schwere Unglücksfälle gab. Ein Jockey namens Th. Bastian kam mit seinem Pferde zu Fall. Roß und Reiter überschlugen sich. Dadurch kam auch der dem Th. Bastian folgende Jockei Healy zu Fall. Dann stürzte der Reiter A. Bastian, erhielt mehrere Huftritte und blieb besinnungslos liegen. Als vierter stürzte Martin und erlitt schmerzhafte Quetschwunden. Der Arzt stellte bei Healy Kopfverletzungen und eine Fußverstauchung, bei Th. Bastian einen Bruch des linken Oberarmes fest. Am schlimmsten stand es um dessen jüngeren Bruder A. Bastian, dem, wahrscheinlich infolge innerer Verletzungen, unaufhörlich Blut aus dem Munde floß. Außerdem hatte er sich einen Bruch des Schädels und des Unterkiefers zugezogen. Die beiden Brüder wurden ins Krankenhaus geschafft.

**Ein schweres Brandunglück** hat sich gestern früh zwischen 4 und 5 Uhr in der Manteuffelstr. 117 zugetragen. Aus noch nicht ermittelter Ursache brach dort in der Kellerwohnung des Klempners Hermann Bleß ein Feuer aus, das Möbel und Betten erfaßte. Als die Bewohner die Gefahr bemerkten, war schleunige Flucht geboten. Zwei Personen konnten sich auch noch rechtzeitig durch ein Kellerfenster in Sicherheit bringen. Nur der Klempner Bleß selbst vermochte nicht so schnell zu flüchten und wurde von den Flammen eingehüllt. Er erlitt den Feuertod und konnte erst von der inzwischen eingetroffenen Feuerwehr aus der brennenden Wohnung geholt werden. Kopf und Hände waren vollständig verbrannt. Die Leiche wurde der Polizei übergeben. Das Feuer selbst konnte mit einer Schlauchleitung bald gelöscht werden.

**Tot aufgefunden — in einer Blutlache —** wurde am Sonntagmorgen der 35 Jahre alte Stellmachermeister Bernhard Balda im Hause Kolonienstraße 73. Balda war verheiratet und es sind vier Kinder der Ehe entsprossen. Die Ehe war aber nicht glücklich. Es kam öfter zu Streitigkeiten, weil der Mann vielfach angetrunken nach Hause kam und die Frau infolgedessen noch stark mitarbeiten mußte. Am Sonnabendabend kam es wieder zu Auseinandersetzungen. Der Mann sprang auf die Frau zu, würgte sie und warf sie zu Boden. Die Frau ergriff in ihrer Angst einen Tassenkopf und eine Lampe, die in Scherben gingen. Beide wälzten sich im Ringkampfe auf dem Boden, wobei Balda bald aus einer mehrere Zentimeter großen Wunde blutete. Die Frau lief davon und ging nach der Soldiner Straße 72 zu ihren Eltern, während der Mann in der Wohnung hin und her ging und sich einen Verband zurechtzumachen versuchte. Die Kinder, die Frau Balda in der Küche zurückließ, verhielten sich vor Angst ganz ruhig. Sonntag morgen kam Frau Balda um 7½ Uhr zurück. Sie bat die Verwaltersfrau Volle, mit ihr hinaufzugehen, und fand dann mit dieser ihren Mann tot im Bette liegen. Der Scherbenschnitt am Knie hatte die Schlagader getroffen und der Verletzte war verblutet. Hausbewohner hatten zwar am Abend vorher den Lärm in der Wohnung gehört, sich um die Leute aber nicht weiter gekümmert, weil sie an solche Auftritte schon lange gewöhnt waren. Die armen Kinder wurden zu den Großeltern gebracht. Frau Balda liegt in der Wohnung eines Hausgenossen in ärztlicher Behandlung danieder.

**Ein großer Einbruchsdiebstahl, bei dem die Diebe 15 000 M. bares Geld** erbeuteten, ist in der vergangenen Nacht in der Holzmarktstr. 65 bei der Speditionsfirma Jacob u. Valentin ausgeführt worden. Die ausgedehnten Kontorräume des großen Speditionsgeschäfts liegen am Hofe des Grundstücks im Erdgeschoß des linken Seitenflügels. Die beiden Geldspinde stehen in dem hintersten Kontorraum. Nachdem sich die Einbrecher mit Nachschlüsseln Zutritt verschafft hatten, „knabberten" sie zunächst ein Spind auf. In diesem fanden sie auch die Schlüssel zu dem zweiten, das sie nun bequemer öffnen konnten. Der Einbruch wurde gestern morgen kurz nach 7 Uhr von den Reinmachefrauen entdeckt.

**Vor der Polizeiwache erschossen** hat sich am Sonntag der 20 Jahre alte Maschinenbauer Richard Tschepe, der in der Birkenstraße 50 in Schlafstelle wohnte. Der junge Mann fuhr vormittag um 10 Uhr mit einer Kraftdroschke vor dem Hause Wilhelmshavener Straße 8/4, vor, ging nach der Wache des 100. Polizeireviers, die sich dort befindet, zu und erschoß sich auf dem Treppenabsatz. Die Kugel war dem jungen Mann in die Schläfe eingedrungen und hatte ihn so schwer verwundet, daß er auf dem Wege nach dem Krankenhause Moabit, wohin man ihn gleich mit der Kraftdroschke bringen wollte, verschied. Liebesgram soll die Ursache zu dem Schritte sein.

**Eifersucht** war die Ursache zu einer Revolverschießerei, die sich am Sonnabend in einer Mädchenkneipe in der Gabelsberger Straße abspielte. Ein Arbeiter Streich hatte mit einer in der Kneipe beschäftigten Kellnerin Bogatzki ein Verhältnis. Die Kellnerin wollte aber von dem St. nichts mehr wissen. Das verdroß den jungen Menschen. Und als er am Sonnabend wieder abgewiesen wurde, zog er einen Revolver, gab einen Schuß auf die Wirtin und auf das Mädchen ab und schoß sich dann selber eine Kugel in den Kopf. Während durch die ersten Schüsse die Wirtin nur leicht verletzt, das Mädchen aber gar nicht getroffen wurde, waren die Verletzungen des jungen Mannes so schwer, daß er nur mit schwachen Lebenszeichen nach dem Krankenhause gebracht wurde.

**Das Opfer eines Unfalls** ist der 60 Jahre alte Kolporteur Paul Radkiewicz aus der Weisestr. 65 zu Rixdorf geworden. Als der Mann am vergangenen Mittwoch in der Urbanstraße den Fahrdamm überschreiten wollte, geriet er unter eine Kraftdroschke und erlitt Arm- und Rippenbrüche. Der Wagenführer brachte ihn gleich nach dem Krankenhause Am Urban. Dort ist der Verunglückte gestern gestorben.

**Ein Paket,** enthaltend Anstreicherutensilien, ist im Norden der Stadt gefunden worden. Das Paket kann abgeholt werden bei Karl Heinrich, Graunstr. 22.

# Vorort-Nachrichten.

## Friedenau.

**Ein gewaltiger Dachstuhlbrand** kam gestern abend gegen 9 Uhr in der Fregestraße 7 zum Ausbruch. Die Gefahr wurde erst bemerkt, als aus dem Dach des neuen Vorderhauses schon die hellen Flammen herausschlugen. In wenigen Minuten bildete dann der gesamte Dachstuhl ein einziges Feuermeer. Es dauerte fast zwei Stunden, bevor durch die Friedenauer und Schöneberger Wehren die Gefahr als beseitigt gelten konnte. Der Dachstuhl des Vorderhauses ist vollständig zerstört.

## Rixdorf.

**Bei der Märzfeier** ist eine goldene Damenuhr verlorengegangen. Der ehrliche Finder wird ersucht, dieselbe in der Expedition Reckarstraße 2 abzugeben.

## Lichtenberg.

**Ein Verbandsbuch des Metallarbeiter-Verbandes,** eine Mitgliedskarte der Arbeiter-Samariterkolonne Nr. 38 und ein Notizkalender sind auf dem Wege Friedrichstr. 27—24a verlorengegangen. Der Finder wird gebeten, das Verlorene bei Gustav Keil, Rixdorf, Finowstr. 9 IV, abzugeben.

## Treptow-Baumschulenweg.

**Morgen,** Mittwoch, von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags findet die Wahl der Arbeitgeber-Beisitzer zum Gewerbegericht statt. Wahllokal: im Rathaus, Neue Krug-Allee 1—8, Zimmer 50. (Liste I Arbeitgeber-Beisitzer) ist die Liste der sozialdemokratischen Arbeitgeber. Erfülle jeder eingetragene Wähler seine Pflicht und stimme für unsere Liste. Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

## Wilhelmsruh.

**Gemeindewahl!** Bei der heutigen Ersatzwahl für die Gemeindevertretung wurde unser Genosse Gärtnereibesitzer Karl Wetzel mit 259 Stimmen gewählt. Den Bürgerlichen hingen anscheinend die Trauben zu hoch, sie hatten daher auf eine Kraftprobe verzichtet und von einer Kandidatur Abstand genommen.

## Adlershof.

Die Beratung des Voranschlages für das Rechnungsjahr 1911 wurde in der letzten Gemeindevertretersitzung mit einem längeren Exposee des Bürgermeisters eingeleitet. Auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge weist der Voranschlag an Neueinstellung auf: Beschickung von Ferienkolonien 600 M., für Anstellung von Schulärzten 800 M., öffentliche Badegelegenheit 500 M., Arbeitslosenversicherung 1000 M., Instandsetzung der Fluchtsanstalt und Einrichtung von Bädern daselbst 800 M. Auch für die Reinigung und Besprengung der Straßen sind größere Mittel eingestellt worden. Diese eingestellten Mittel werden durch die Belastung des Grundbesitzes aufgebracht, indem bei den Kostenberechnungen von Straßenregulierungen jetzt auch die durch die Gemeinde gestellte Bauaufsicht und Verwaltungskosten in Anrechnung gebracht werden. Bis jetzt wurden diese Kosten aus dem allgemeinen Steuersäckel gezahlt. Der Gemeindevorsteher hob besonders hervor, daß trotz der für die sozialen Aufgaben eingestellten Beträge der Kommunalsteuerzuschlag von 160 Proz. im Vorjahre, auf 150 Prozent, die Grundwertsteuer von 4,4 pro Mille auf 4 pro Mille und die Kanalisationsgebühren von 2½ Proz. des Nutzungswertes auf 2 Proz. herabgesetzt werden können. Als erster Redner in der Diskussion erklärte sich Herr Dr. Saling mit der Aufstellung des Voranschlages im allgemeinen einverstanden, glaubte aber noch eine weitere Berücksichtigung des Grundbesitzes fordern zu müssen. Er ersuchte, eine Erhöhung der Gebühren für Benutzung der Regenentwässerung von 1 auf 5 Pf. pro Quadratmeter Niederschlagsfläche nicht vorzunehmen. Diesem Wunsche wurde aber bei Beratung der Einzeltitel nicht entsprochen, da die Mehrheit in dieser geringfügigen Erhöhung eine Belastung des Grundbesitzes nicht erkennen konnte. Die Stellungnahme unserer Genossen wurde vom Genossen Hildebrandt in längerer Rede ausführlich zum Ausdruck gebracht. Er erkannte wohl an, daß der Voranschlag Fortschritte im Sinne der Sozialdemokratie enthalte, aber die eingesetzten Beträge zum Teil so niedrig bemessen sind, daß den an die Gemeinden zu stellenden Anforderungen nicht entsprochen werden kann. Besonders vermisse er aber jeden Betrag zur Bekämpfung der Tuberkulose und ähnlicher Krankheiten. Wenn jetzt endlich im Voranschlage unseren Forderungen teilweise entsprochen werde, so beweise dieses, daß unter der früheren Verwaltung überhaupt nicht der Wille vorhanden war, nur das Geringste auf sozialem Gebiete zu leisten. Des weiteren wandte sich der Redner gegen die Erhebung der Bier- und Lustbarkeitssteuer, welche von ihm und seinen Freunden entschieden verworfen werde, da dieselben als indirekte Steuern in erster Linie den Nichtbesitzenden belastet. Besonders aber wandte er sich gegen die Belastung der Gemeinde durch die höhere Schule. Gegen das Vorjahr, wo 14 715 M. als Zuschuß gefordert werden mußten, sehe der diesjährige Voranschlag 32 908 Mark vor. Er und seine Freunde seien nicht gegen die Ausgestaltung des höheren Schulwesens, sondern verlangen, daß das höhere Schulwesen sich auf die Volksschule aufbaue, um allen befähigten Kindern die Möglichkeit zu geben, sich die höhere Bildung anzueignen. In der Tatsache, daß heute nur diejenigen Kinder in den Genuß der höheren Bildung gelangen können, wo die Eltern zahlungsfähig sind, liege eine schwere Beeinträchtigung des größten Teiles der Einwohnerschaft, indem für die Kinder der Volksschule nur 107,76 M. und für die der höheren Schule 888,46 M. Ausgaben entstehen. Des weiteren wandte sich der Redner scharf gegen die Herabsetzung des Kommunalsteuerzuschlages und wies nach, daß die Bilanzierung des Voranschlages auf Zahlen beruhe, für deren Einnahmen noch gar keine Erfahrungen vorliegen. Er verwies darauf, welche Nachteile für die Gemeinde entstehen werden, wenn von den 28 000 M., welche nur unter besonders günstigen Umständen für Bauaufsicht und Verwaltungskosten eingehen können, nur ein Teil vereinnahmt werde, dann würde im nächsten Jahre ein Heraufgehen unbedingt wieder erforderlich sein. Ein Festhalten an dem jetzt bestehenden Zuschlage ist unbedingt notwendig, um größere Mittel für den Ausbau unserer sozialen Einrichtungen zu erlangen. Herr Dr. Ehrmann, das Haupt der früheren festen Majorität, wandte sich gegen die Ausführungen unseres Genossen und versuchte nachzuweisen, daß auch früher schon bei ihnen der Wille vorhanden war, auf sozialem Gebiete das Möglichste zu leisten, aber tatsächlich nur die finanzielle Schwäche die Betätigung ihres guten Herzens für die Arbeiterschaft nicht zuließ. Gegenüber der Forderung, auch zur Bekämpfung der Tuberkulose Mittel bereitzustellen, verwies Redner darauf, daß mit der Unterbringung von Kranken in Heilstätten nichts geleistet werden könne, sondern auch der Ausbau einer guten Wohnungshygiene notwendig sei. Diesen Ausführungen gegenüber verwies Genosse Hildebrandt darauf, daß die Möglichkeit, Mittel flüssig zu machen, schon immer vorhanden war, aber bei allen Anregungen unserer Genossen, den Besitz zur höheren Besteuerung heranzuziehen, auf die ungeheure Belastung desselben verwiesen wurde. Genosse Horlitz verwies noch darauf, daß wohl eine Gesundheitskommission bestehe, aber nicht einmal eine Wohnungsstatistik vorhanden sei. Auch er forderte dringend, den jetzt vorhandenen Zuschlag beizubehalten, da noch gar nicht zu übersehen wäre, welche finanziellen Anforderungen der Zweckverband an die Gemeindekasse stellen werde. In der Spezialberatung wurden entsprechend unserem Antrage 1000 M. zur Unterbringung kranker Gemeindeglieder in Heilstätten usw. eingestellt. Der Kommunalsteuerzuschlag wurde auf 150 Proz. festgesetzt.

## Trebbin (Kreis Teltow).

**Stadtverordnetensitzung.** Die Regierung wünscht, daß die Stunden der Fortbildungsschule auf 5—7 Uhr verlegt werden. Der Magistrat lehnte dies jedoch ab unter dem Hinweis, daß die Handwerksmeister durch die frühere Abhaltung der Unterrichtsstunden zu schwer geschädigt würden und bei Zwang das Bestehen der Schule gefährdet sei. Die Genossen Richter und Schönsee gaben sich die größte Mühe, die Herren für die Aenderung zu gewinnen, aber leider vergebens. Es wurde mit 10 gegen die 6 Stimmen unserer Genossen abgelehnt. Sodann wurde einstimmig die Errichtung der elften Lehrerstelle beschlossen. Der Kämmereikassenetat balanciert in diesem Jahre mit 109 000 M. Bei der Beratung bemängelte Genosse Richter den hohen Preis von 50 Pf. für ein Wannenbad und befürwortet eine Herabsetzung desselben, um größeren Kreisen Gelegenheit zur Benutzung zu bieten. Sodann frug Redner noch an, warum die Schulkinder, nachdem die Einrichtung doch schon eine ganze Zeit dem Publikum übergeben ist, noch nicht gebadet haben. Ferner sind im Etat 750 M. Bürgerrechtsgeld eingesetzt. Genosse Richter beantragte hierzu, nach § 38 St.-O. eine gemeinsame Kommission zu wählen, welche nochmals über die Abschaffung oder Regelung des Bürgerrechtsgeldes verhandelt. Dieser Antrag wurde angenommen. Auf Antrag des Stadtv. Haase wurde die Beschlußfassung der Zuschläge ausgesetzt und der Antrag auf Schluß der Etatsberatung angenommen. Sodann wurde ein Schreiben des hiesigen Gastwirtsvereins verlesen, worin ersucht wird, keine weiteren Konzessionen erteilen zu wollen. Während der Sitzung war ein Schreiben eingegangen, in welchem der Stadtverordnete der 1. Klasse, Herr Wilhelm Göhe, sein Amt niederlegte.

## Potsdam.

**Für die Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse hält** Sanitätsrat Dr. Panneck am Donnerstag, den 23. d. Mts., in der Aula des Realgymnasiums, Hohenzollernstraße, einen Vortrag über „Häusliche Krankenpflege".

# Aus aller Welt.

## Unglücksfahrt des Ballons Düsseldorf IV.

### Der Führer des Ballons ertrunken.

Einen tragischen Ausgang nahm eine Fernfahrt des Ballons Düsseldorf IV, der am Sonntagvormittag in Krefeld aufgestiegen war. Der Ballon, in dem sich die Krefelder Fabrikanten Paul Kayser und Otto Schröder, ersterer als Führer des Ballons, befanden, nahm bei günstigen Windverhältnissen seine Richtung auf Holland zu. Alles ging gut bis Harderwijk am Zuidersee, wo man, anstatt zu landen, auf die unselige Idee kam, nach Westen weiter zu fliegen, um in der Nähe von Amsterdam zu landen. Der Vorrat an Ballast wurde ausgeworfen und der Ballon stieg bis zu 1600 Meter empor. In dieser Höhe bemerkten die Insassen, daß die Windrichtung sich geändert hatte und der Ballon in nordwestlicher Richtung über den Zuidersee getrieben wurde. Der Gasverlust drückte den Ballon allmählich nieder, sodaß er dicht über dem Meeresspiegel dahinsegelte. Gegen 3½ Uhr nachmittags war man östlich der Insel Wieringen angelangt. Um den Ballon, der mehrere Male mit dem Korbe durch das Wasser geschleift wurde, wieder flott zu machen, wurden alle Ausrüstungsgegenstände mit Ausnahme der Instrumente über Bord geworfen. Da der Ballon, der nur einige Meter in die Höhe gegangen war, sich bald wieder senkte, beschlossen die Luftschiffer, als sie Land in der Nähe erblickten, die Seile, die den Ballon mit dem Korbe verbinden, zu durchschneiden. Das gelang ihnen aber nicht, weil ihre Gliedmaßen von der Kälte erstarrt waren. Schließlich wurde der Ballon von heftigem Winde gegen den Basaltdamm der Deiche der Van Ewijk-Schleuse des Anna-Paulowna-Polder geworfen. Schröder, der auf dem Rande des Korbes stand, wurde durch den Stoß auf den Deich geworfen, wobei er eine Verletzung am Kopfe erlitt. Kayser überschlug sich mit dem Ballon über die Deiche und gelangte in ein Binnenwasser, nicht breiter als 200 Meter. Obwohl er bemerkt wurde, war es bei dem vollkommenen Mangel an Hilfsmitteln unmöglich, ihm zu helfen. Er fand daher in der Nähe des Landes seinen Tod. Der Leichnam des verunglückten Luftschiffers konnte bisher noch nicht geborgen werden.

## Kleine Notizen.

**Bergmannsschicksal.** In der Sonntagnacht wurden auf der Zeche „Friedlicher Nachbar" bei Linden an der Ruhr zwei Bergleute durch herabfallendes Gestein verschüttet. Die beiden Verunglückten wurden als Leichen geborgen.

**Eine reiche Beute** machten Spitzbuben, die in der Nacht zum Montag in dem Bureau der Sächsisch-Thüringischen Aktiengesellschaft für Braunkohlenverwertung in Halle a. S. einen Besuch abstatteten. Gegen 25 000 Mark bares Geld fielen den Einbrechern in die Hände.

**Schweres Bootsunglück.** Bei der Ueberfahrt über die Sauer in der Nähe von Trier sank ein mit Holz beladener Kahn. Die beiden Insassen, zwei Brüder im Alter von 28 und 32 Jahren, sind ertrunken.

**Von der Galerie abgestürzt.** Im Ambigu-Theater in Paris stürzte während der Sonntagsvorstellung ein junger Mann aus der Galerie ins Parterre und prallte auf den Rücken einer Zuschauerin auf. Die Frau erlitt nur leichte Quetschungen, während der junge Mann sich einen Schädelbruch zuzog, an dem er hoffnungslos daniederliegt.

---

**Lese- und Diskutierklub „Wilhelm Liebknecht".** Heute, Dienstag, abends 9 Uhr, bei Karl Eichhorn, Danziger Str. 93: Vortrag. Gäste willkommen.

**Kaufmännische Kranken- und Sterbekasse von 1885. (E. H. 71.)** Heute abend 9 Uhr im Restaurant Jüdenstr. 18/19: Sitzung.

**Arbeiter-Samariter-Bund, Kolonne Spandau.** Mittwoch, den 22. März, abends 8½ Uhr, bei Pöhle, Havelstraße: Uebungsabend. Vortrag über Ertrinken und Ersticken.

---

**Amtlicher Marktbericht** der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage:** Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft ruhig, Preise für Schweinefleisch nachgebend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr ohne Bedeutung, Geschäft rege, Preise fest. Geflügel: Zufuhr nicht ausreichend, Geschäft ziemlich lebhaft, in lebenden Hühnern große Nachfrage, Preise fest. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft rege, Preise teilweise aufgebessert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft sehr still, Preise gedrückt.

---

**Witterungsübersicht vom 20. März 1911.**

| Stationen | Barometer auf 0° reduziert | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. n. C. | Stationen | Barometer auf 0° reduziert | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. n. C. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Swinemünde | 770 | SO | 3 | wolkenl. | —3 | Haparanda | 777 | SO | 2 | bedeckt | —7 |
| Hamburg | 768 | OSO | 4 | bedeckt | —1 | Petersburg | 766 | NNO | 1 | wolkenl. | —6 |
| Berlin | 769 | O | 2 | heiter | —2 | Scilly | 750 | O | 7 | bedeckt | 8 |
| Frankf. a. M. | 760 | NO | 3 | heiter | 2 | Nordern | 766 | OSO | 4 | bedeckt | 3 |
| München | 761 | SO | 5 | halb bd. | —0 | Paris | 754 | SO | 3 | wolkig | 6 |
| Wien | 766 | NO | 1 | bedeckt | —0 | | | | | | |

**Wetterprognose für Dienstag, den 21. März 1911.**

Vielfach heiter, nachts gelinder Frost, am Tage etwas wärmer bei ziemlich frischen östlichen Winden; keine oder unerhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.